



22. Heft / 4. November 1909

PAUL UMBREIT · ZUR FRAGE DER GESETZLICHEN ARBEITERVERTRETUNGEN

REKANNTLICH war der Gesetzentwurf betreffend Arbeitskammern in der Kommission des Reichstags erledigt und an das Plenum zurückgelangt. Er wäre zweifellos in der verflochtenen Session verabschiedet worden, wenn nicht die Finanzreform die gesamte Arbeitskraft des Parlaments in Anspruch genommen hätte. So kam es nicht mehr zur zweiten und dritten Lesung, und dann machte der Schluss der Session alle Vorberatung gegenstandslos. Die bei Sessionsschluss unerledigten Entwürfe und Anträge wandern in den Papierkorb und müssen erst wieder von neuem eingebracht werden. Letzteres kann sowohl seitens der Regierung als auch seitens der Reichstagsparteien geschehen. Die Regierung kann den Entwurf entweder in der ursprünglichen oder in abgeänderter Fassung vorlegen. Fühlt sie sich nicht dazu verpflichtet, dann bleibt den Reichstagsparteien der Weg offen den Gesetzentwurf als Initiativantrag einzubringen. In diesem Fall würde zweifellos die von der Kommission beschlossene Fassung gewählt werden, um eine Wiederholung der bereits abgeschlossenen Kommissionsberatungen zu vermeiden. So oder so wird hoffentlich der Reichstag in die Lage versetzt werden den Gesetzentwurf zu erledigen.

Die Kommissionsberatungen waren bis auf einen Konfliktpunkt überaus glatt von statten gegangen. Dieser eine Punkt war allerdings von prinzipieller Tragweite. An Verbesserungen hatte die Kommission beschlossen, dass nicht die Landesregierungen sondern der Bundesrat Arbeitskammern errichten solle. Die Arbeitskammern sollten das Recht haben selbständig Umfragen über gewerbliche und wirtschaftliche Verhältnisse zu veranstalten, auf den Abschluss von Tarifverträgen hinzuwirken und die Schaffung paritätischer Arbeitsnachweise zu fördern. Das aktive Wahlrecht wurde vom 25. auf das 21. Lebensjahr, das passive vom 30. auf das 25. Jahr herabgesetzt und die geheime Abstimmung der Kammer auf Antrag eines Drittels ihrer Mitglieder zugelassen. Die Aufsicht über die Kammern wurde dem Bundesrat zugegeben. Eine Verschlechterung des Entwurfs stellte die von der Kommissionsmehrheit beschlossene Nichteinbeziehung der Werkmeister, Techniker und Betriebsbeamten in die Arbeitskammern dar.

Über alle diese Punkte gab es keine tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten. Kritisch gestaltete sich die Beratung nur, als die Kommission trotz des Widerspruchs der Regierungsvertreter beschloss den von Arbeitern als Sekretäre, Beamte usw. besoldeten Personen ein passives Wahlrecht einzuräumen. Die Kommission beschloss:

„Wählbar sind auch solche Personen, welche denjenigen Gewerbebezügen, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, wenigstens 3 Jahre hindurch als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehört haben und in den Bezirken, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, wohnen, sofern die Voraussetzungen der Ziffern 1 und 3 im Absatz 1 gegeben sind. [Es handelt sich bei diesen Voraussetzungen um die Erreichung des 25. Lebensjahrs und um den Nichtempfang von Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln.] Die Anzahl, in der solche Personen in die Arbeitskammer gewählt werden, darf je ein Viertel der Arbeitgeber und der Vertreter der Arbeitnehmer nicht übersteigen.“

Die Regierungsvertreter erklärten noch in der zweiten Kommissionslesung, dass die Wählbarkeit von Angestellten der Berufsvereine das Gesetz für die Regierung unannehmbar machen werde. Gleichwohl stimmte die Kommission mit 17 gegen 9 Stimmen der obigen Fassung zu, die übrigens nur in sehr abgeschwächter Weise das, was man für notwendig hielt, zum Ausdruck bringt. Noch während der Erledigung der letzten Formalitäten der Kommission warnte der eine Regierungsvertreter vor diesem Beschluss mit dem Bemerkens, die Regierung könne ihm nicht zustimmen. Der Kommissionsvorsitzende erwiderte, die Regierung werde sich wohl noch besinnen, da für ein anderes weder in der Kommission noch im Reichstag selbst eine Mehrheit zu erwarten sei. Mittlerweile hat der Ausgang der Finanzreform erhebliche Änderungen für Regierung und Reichstag gebracht. Fürst Bülow musste zurücktreten und wurde durch den damaligen Staatssekretär von Bethmann-Hollweg ersetzt. An Stelle des letztern trat der frühere preussische Handelsminister Delbrück, an Stelle Delbrücks der frühere Reichsschatzsekretär Sydow. Im Reichstag dagegen wurde das Zentrum aus seiner Oppositionsstellung zur Regierung erlöst, es wurde Regierungspartei und bildete mit den Konservativen, Antisemiten und Polen gemeinsam einen neuen Block, während die liberalen Parteien aus dem Regierungsblock ausschieden.

Wie gestalten sich angesichts dieser neuen Konstellation die Aussichten für die Schaffung gesetzlicher Arbeiterververtretungen? Für die Arbeitskammern ist die Sachlage im wesentlichen die gleiche wie in der verflorenen Reichtagssession. Es wird allerdings zunächst von der Reichsregierung abhängen, ob sie sich entschliesst dem Reichstag den Entwurf wiederum vorzulegen. Sie dürfte sich indes dieser Pflicht kaum entziehen können, da der neue Reichskanzler persönlich als Staatssekretär des Innern den Entwurf im Reichstag vertreten hatte. Der Reichskanzler wird den früheren Staatssekretär schwerlich desavouieren können. In der Tat verlaudet neuerdings, dass die Regierung die Arbeitskammervorlage wieder einzubringen gedenke. Und zwar will sie dabei die von der Kommission beschlossenen Änderungen berücksichtigen, aber eben mit Ausnahme des Arbeitersekretärparagraphen. Das konnte man voraussehen. Denn über den Inhalt des Entwurfs hat jetzt Herr Delbrück ein gewichtiges Wort mitzusprechen, und von ihm war ein vorurteilsloser Standpunkt in Fragen der Arbeiterpolitik nicht zu erwarten. Herr Delbrück war es, der die vom Grafen Posadowsky nach der ominösen Zwölf-tausendmarkaffäre abgebrochenen Beziehungen zwischen der Regierung und

dem *Zentralverband deutscher Industrieller* wieder anknüpfte. Als preussischer Minister hat er stets das Interesse der Unternehmer vertreten, wozu ihn seine Stellung als Leiter der fiskalischen Bergwerke Preussens ganz hervorragend befähigte. Er wird aller Voraussicht nach seinen ganzen Einfluss gegen die Zulassung der Wahl unabhängiger Arbeitervertreter zu den Arbeitskammern aufbieten.

Die neue Stellung des *Zentrums* im Reichstag wird dagegen an der Situation der Arbeitskammerfrage wenig ändern. Das Zentrum ist nicht allein durch seine früheren Anträge festgelegt, sondern es ist selbst an der Wählbarkeit von Arbeitersekretären in hervorragendem Mass interessiert. In katholischen Arbeiterkreisen ist die Auswahl geeigneter, befähigter Personen für solche Ämter eher noch schwieriger als in sozialdemokratischen, weil die beruflichen und wirtschaftlichen Interessen in den Arbeitermassen dort weniger geklärt sind. Die christlichen Gewerkschaften reichen mit ihrem Einfluss nicht halb so weit in die Zentrumsarbeiterwählerschaft hinein wie die freien Gewerkschaften in die allgemeine Arbeiterschaft. Und die katholischen Fachabteilungen halten ja nach ihren Leitsätzen die katholischen Arbeiter überhaupt für unfähig ihre wirtschaftlichen Interessen selbständig, also allein zu vertreten. In den Savignyschen Grundsätzen /1902/ heisst es:

»Die katholischen Arbeiter haben nicht die moralische Fähigkeit selbständig die Grundsätze des Christentums auf das wirtschaftliche Leben richtig anzuwenden. Sie sind deshalb zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen in der Weise zu vereinigen, dass ihre Organisation an die der Kirche sich anlehnt, und der Geistliche ihre wirtschaftlichen Bestrebungen leitet.«

Angesichts dieser völlig unzureichenden wirtschaftlichen Vorbildung der katholischen Arbeiterschaft und des unzureichenden Einflusses der konfessionellen und interkonfessionellen Gewerkschaften auf die katholischen Arbeitermassen kann das Zentrum noch viel weniger als die Sozialdemokratie zugeben, dass abhängige Arbeiter ohne jede unabhängige Leitung und Führung in paritätischen Kammern den Arbeitgebern gegenüber treten, zumal die Arbeiterschaft in den wichtigsten Industriegebieten mit katholischer Arbeiterschaft voraussichtlich liberal vertreten sein dürfte. Aber auch die Zentrums *gewerkschaften* verlangen die Zulassung der Wählbarkeit von Arbeitersekretären zu den Arbeitskammern nicht minder entschieden wie unsere Gewerkschaften. Auf dem christlichen Gewerkschaftskongress zu Köln /1909/ erklärte der christliche Generalsekretär A. Stegerwald-Köln dem anwesenden Vertreter des Reichsamts des Innern:

»Fällt der Arbeitersekretärparagraph, und wird die Wahl von Arbeitersekretären in die Arbeitskammern nicht zugelassen, dann hat auch die christliche Arbeiterschaft das Interesse an der Errichtung von Arbeitskammern verloren. [*Sehr richtig!* Lebhafter Beifall.] Wir stehen damit nicht auf dem Standpunkt der *Alles oder nichts*-Politik. Wir sagen uns: Hätte man vor 20 Jahren die Arbeitskammern so vorgeschlagen wie es jetzt der Fall ist, so wäre das eine grosse soziale Tat gewesen. Inzwischen aber haben sich die Verhältnisse sehr wesentlich geändert. Für die handwerksmässigen Betriebe wird das Arbeiten unter Tarif immer mehr zur Norm. Dadurch aber ist ein grosser Teil der Aufgaben der früher gewünschten Arbeitskammern auf die Tarifämter übergegangen. Daher besteht für die handwerksmässigen Berufe ein unbedingtes Bedürfnis für Arbeitskammern nicht mehr, wenn sie für diese Kategorien auch nicht überflüssig sind. Ist dagegen in der Grossindustrie der Gewerkschaftsbeamte nicht wählbar, dann werden unsere dortigen Kollegen von dem Assessoratum in dieser Industrie zurechtgedrillt, sie, die nicht 8 bis 10 Jahre in der Mittelschule oder gar auf Universitäten gewesen sind, und zwar in der Art, dass

EDUARD BERNSTEIN · DER TOD FERRERS UND DIE MACHT DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG

FRANCISCO Ferrers Erschiessung hat eine Entrüstungsbewegung in Europa hervorgerufen und dank dieser in Spanien einen Ministerwechsel zur Folge gehabt, der möglicherweise sich zu einem ganzen Systemwechsel auswachsen wird. Dies Ergebnis zeigt, zu welcher Macht unter Umständen die öffentliche Meinung durch die Kulturvölker werden kann. Eben noch war uns deutschen Sozialisten durch die offizielle Parteiwochenschrift verkündet worden, dass bei der Ferrerbewegung »absolut nichts« herausgekommen sei, dass »die Anschauung der Revisionisten von der Macht der öffentlichen Meinung« vor einer neuen eklatanten Widerlegung stehe: da sah sich das spanische Ministerium Maura genötigt vor dem Entrüstungsturm des liberalen und demokratischen Europa die Segel zu streichen und einem liberalen Ministerium Platz zu machen.

Nun hat es mit diesem Entrüstungsturm gewiss seine eigene Bewandnis, und wenn man von gewisser Seite der deutschen Sozialdemokratie einen Vorwurf daraus gemacht hat, dass sie nicht sofort sich ihm anschloss, so halte auch ich das für durchaus unberechtigt. Als Gegner der Todesstrafe und aller Ausnahmegerichte verurteilen wir selbstverständlich die Erschiessung Ferrers und die Art der kriegsgerichtlichen Verhandlung. Aber beides war leider kein Ausnahmefall; in Russland wie auch in Spanien ist in den letzten Jahren viel Schlimmeres geschehen, ohne dass die öffentliche Meinung es über ein leises Säuseln hinausbrachte, das auf die Regierungen und die Henker wenig Eindruck machte. So konnte es scheinen, dass bei der Agitation, die aus Anlass der Prozedierung und Tötung Ferrers ins Werk gesetzt wurde, Elemente als treibende Kräfte im Spiel waren, denen sich kritisch gegenüberzustellen die deutsche Arbeiterklasse alle Ursache hat.

Barcelona, der Ort von Ferrers Wirken, ist diejenige Grossstadt Europas, in der die Taktik der Dynamitattentate am stärksten Boden gefasst hat. Seit den Tagen der alten *Internationalen* dominiert dort in der Arbeiterbewegung der Anarchismus, und er hat es zu wege gebracht, dass in dieser grossen Industrie- und Handelsstadt die Organisation der Arbeiterklasse ausserordentlich viel zu wünschen übrig lässt. Dafür ist der Kultus der Bomben dort in der wildesten Form gepredigt und praktiziert worden. Mag sein, dass bei einem Teil der Bombenattentate, deren Schauplatz Barcelona war, Polizeiangen ihre Hand im Spiel hatten. Aber wenn dies der Fall war, so hat ihnen die Bombendoktrin eben doch den Weg gebahnt. Ich halte die Vertreter dieser Doktrin für irgeleitete Schädiger des Arbeiterkampfes und werde sie bei jeder Gelegenheit auf das entschiedenste bekämpfen. Aber das kann mich nicht veranlassen jeden Bombenwurf, der ihrer Theorie entspricht, für Polizeimache zu erklären. Dadurch schiebt man die Kritik dieser Theorie auf ein ganz falsches Gebiet.

Die Frage, ob Dynamitattentate nützen und wem sie nützen, ist rein opportunistischen Charakters und darf immer nur in zweiter oder dritter Linie in betracht gezogen werden. Die Hauptfrage für die Berater der Arbeiterklasse muss hier, wie bei jedem andern Kampfmittel, die sein, wie es sich zu den kulturell-humanitären Tendenzen der Arbeiterbewegung unserer Zeit verhält. Diese Bestrebungen haben die Verwirklichung der höchsten Wertung des Men-

schenlebens zum Ziel, die jemals in der Geschichte von grossen Bewegungen als Prinzip aufgestellt wurde. Die Bombentaktik aber ist nur in der Technik modern, als Methode ist sie Rückkehr in die Barbarei. Sie steht mit den Grundideen der modernen Arbeiterbewegung in direktem Widerspruch. Nun kann freilich kein Volk aus seiner Kulturhöhe herauspringen. Der einzelne oder eine einzelne Sektion können nicht für den allgemeinen Sittenzustand, die allgemein vorherrschende Rechtsauffassung einer Nation verantwortlich gemacht werden. Es sind eine ganze Reihe geschichtlicher Faktoren, die Spanien in der Kulturentwicklung zurückgehalten haben, und als einer der verhängnisvollsten von ihnen ist sicher die Generationen währende Herrschaft eines fanatisch bildungsfeindlichen Klerus zu bezeichnen. Die künstliche Festhaltung des Volks im abergläubischen Dogmenkult züchtet ihr eigenes Extrem. Einmal hinter die innere Unwahrheit dieser Dogmen gekommen — und dazu gehört heute im Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität recht wenig — wird der einfache Mensch um so leichter in seinen ethischen Begriffen Nihilist. Es ist daher ganz in der Ordnung die Mitschuld der klerikalen Regierungen Spaniens an jenen Sittenzuständen kräftig hervorzuheben, eine Schuld, die dadurch nicht verringert wird, dass die Regierung allzu arge Auswüchse durch Grausamkeiten auszurotten suchten, die dem selben niedrigen Kulturstand entsprachen und gleichartige Gegenwehr hervorriefen.

Mit dieser Feststellung ist jedoch die Frage nicht erschöpft. Es geht dies schon daraus hervor, dass Barcelona zu denjenigen Städten Spaniens gehört, wo die Priesterherrschaft am wenigsten zu bedeuten hat. Die katalonische Bourgeoisie ist liberal-radikal, sie ist in der Landespolitik separatistisch. In Katalonien und seiner Hauptstadt Barcelona ist die föderalistische Bewegung Spaniens am stärksten, und die anarchistische Bewegung ist im Grunde nur eine Überbietung dieses Föderalismus, die, wie alle solche Überbietungen, schliesslich in Widersinn ausartet. Die Atmosphäre, in der Ferrer gelebt und gewirkt hat, ist nicht die unwissender Geistlicher und ihrer abergläubischen Gefolgschaft gewesen. Wie sehr der Anarchismus Ferrers wildgewordener radikaler Separatismus war, zeigt am besten ein Nachruf, den der französische Sozialist André Morizet am Tag nach der Erschiessung Ferrers diesem in der *Humanité* gewidmet hat. Der Nachruf ist *Ein tapferer Mann und ein braver Mensch* überschrieben, und es heisst dort:

„Geistig war er keiner der unseren. Er gehörte zu denen, die von keiner Organisation wissen wollen und lediglich von der Entwicklung des freien Denkens die Erneuerung der alten Welt erhoffen. Als Revolutionär verwarf er nicht nur die Aktion politischer Parteien, selbst die Gewerkschaftsbewegung interessierte ihn wenig. Er war einfach ein Individualist. Er glaubte, dass man durch die Heranbildung freier Geister und starker Seelen bereits die Revolution vorbereitet. Zu diesem Zweck hatte er seine Schule gegründet, um Lehrer heranzubilden, die überall den Abscheu vor jeder Art Religion säen und bei den Kindern des Volks die Bürgertugenden und die Willenskraft entwickeln sollten. Seit den mehr als zwei Jahren, freundschaftlichem Disput über unsere grundverschiedenen Ideale gestritten. Ferrer glaubte Spanien unmittelbar vor der sozialen Revolution und konnte es nicht an hören, wenn man ihm sagte, dass ein Land, in dem der Kapitalismus noch nicht entwickelt ist, nicht mit einem einzigen Satz in den Kommunismus hineinspringen kann. „Das sind, sagte er, marxistische Witzchen. Je rückständiger ein Land ist, um so revolutionärer ist es. Denn um so mehr kann man darauf rechnen, dass dort die Energien ungebrochen bleiben, die Mannhaftigkeit sich erhält.“

So weit Morizet, der Ferrer genau kannte. Mit dieser wirren Romantik, die, wie alle Romantik, ein Stück Wahrheit ins Extrem übertreibt und Entwicklungsgesetze für Plunder erklärt, war Ferrer heftiger Gegner der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Spaniens. Unsere spanischen Genossen haben selbstverständlich ihn das in den Stunden nicht entgelten lassen, wo er politischer Gefangener war, und noch weniger haben sie die politische Gegnerschaft ihm als persönliche Gegnerschaft über das Grab hinaus nachgetragen. Sie haben energisch für Ferrer diejenigen Rechtsgarantien verlangt, auf die jeder politisch Angeklagte Anspruch hat, und seine Erschiessung auf das schärfste verurteilt. Aber wer die Erklärungen ihres altbewährten Vorkämpfers Pablo Iglesias in dieser Sache nachliest, der wird unschwer herausfinden, wie sorgfältig dort darauf Bedacht genommen wird die Gerechtigkeit gegenüber Ferrer nicht zur Ungerechtigkeit gegen die Grundsätze der eigenen Bewegung auswachsen zu lassen.

Wie konnte aber gerade der Fall Ferrer der Regierung verhängnisvoll werden? Es ist mit den Grenzen für die Vergehen eines Regierungssystems wie mit den Grenzen der Möglichkeiten physischer Belastungen. Nicht das schwerste Stück einer Last bringt ihre Grundlage zum Brechen, sondern dasjenige, das die Last über die Tragfähigkeit der Grundlage hinaus erhöht, mag es selbst verhältnismässig leicht, der berühmte *Strohalm* aus dem Volksmärchen sein. Für das Regierungssystem Maura war der Fall Ferrer der *Strohalm*. Man wird es nach dem hier Mitgeteilten ohne weiteres begreifen, wie sehr Ferrer mit seiner Auffassung sich demjenigen bürgerlichen Radikalismus genähert hatte, für den der Kampf gegen die Kirche den ersten Punkt seiner Politik bildet. Daher die Wucht der Bewegung in allen romanischen Ländern sowie in Ländern wie Belgien, wo die politischen Fragen sich immer wieder auf den Gegensatz *Hier römische Kirche, hier politischer und philosophischer Rationalismus* zuspitzen, wo die Freimaurerei eine politische Macht ist und gewisse politische Missionen erfüllt. Ebenso erklärlich ist es aber auch, dass man in Ländern, wo dieser Gegensatz hinter anderen Kämpfen zurücktritt, sich nur schwerer in jene Erregungen versetzen konnte, die das radikale Frankreich, Italien, Belgien durchzittert haben. Für die nicht-romanische Welt war der Fall Ferrer nur ein Einzelfall, und nicht einmal der ärgste, in der Reihe der Justizverbrechen unserer Tage. Als die **Bewegung** sich aber dahin zuspitzte, dass der Fall Ferrer zum Symbol für den Kampf gegen ein gewalttätig-reaktionäres Regierungssystem wurde, als das freiheitlich denkende Europa zum Richter gegen dieses Regierungssystem aufgerufen wurde, als jede Stimme, die nicht gegen dieses abgegeben wurde, für dieses ausgebeutet werden konnte, da folgte die internationale Sozialdemokratie damit, dass sie mit ihrer machtvollen Stimme die Protestbewegung verstärkte, dem selben richtigen Gefühl, durch das sie sich vor 12 Jahren leiten liess, als sie der französischen Dreyfusbewegung ihre Unterstützung lieh. Auch am Schicksal des Hauptmann Dreyfus hatte die Sozialdemokratie keinerlei parteipolitisches Interesse. Er war ihr Gegner so gut oder noch mehr als Ferrer. Aber sie hatte und hat ein lebendiges Interesse an einer demokratischen Rechtspflege, ein fundamentales Interesse am Kampf gegen jene Justiz der Geheimakten und Spionenberichte, deren Opfer Dreyfus war. Die Sicherung der französischen Republik vor der Verschwörung von Säbel und Kutte war auch für

die Arbeiterklasse der Kulturwelt ein parteipolitisches Interesse ersten Ranges. Die grosse Mehrheit der Sozialdemokraten aller Länder liess sich daher durch kein doktrinäres Bedenken davon abhalten für die Dreyfusbewegung einzutreten und ihr zum Sieg zu verhelfen. Und so hat sie auch jetzt ohne Doktrinarismus und ohne Illusionen über die Natur ihrer Nachbarn die Bewegung unterstützt, die *Sühne für Ferrer* verlangt und nun auch durchgesetzt hat.

Der Sturz Mauras ist ein Sieg, darf man sagen, der öffentlichen Meinung des gebildeten und des freiheitlich denkenden Europa. Verkleinern wir uns nicht doktrinär die Tatsache, dass es noch ein solches Europa gibt. Welche Faktoren ihm zu Hilfe gekommen sind, dass der Sieg möglich wurde, lässt sich zurzeit noch nicht übersehen. Es ist nicht undenkbar, dass einzelne europäische Regierungen, wenn sie auch offiziell sich jeder Einwirkung enthalten haben, inoffiziell doch die leitenden Persönlichkeiten Spaniens haben wissen lassen, dass der Sturm der öffentlichen Meinung ihrer Länder es ihnen unmöglich mache mit Spanien freundschaftliche Beziehungen aufrecht zu erhalten, wenn nicht ein Systemwechsel eintrete.¹⁾ Der Leitartikler der *Neuen Zeit* sah nicht weit über die schwarz-weiss-roten Pfähle hinweg, als er schrieb, dass die europäischen Regierungen »nicht im Traume« daran dächten »sich durch die Macht der öffentlichen Meinung imponieren zu lassen«, dass sie »aus alter Erfahrung« wüssten, dass »die Wut der bürgerlichen Intelligenz eine ohnmächtige Wut und in der Tat nur eine Wut über die eigene Ohnmacht ist«. Hinterpommersche Geschichtsauffassung. In Frankreich wie in England verhält es sich denn doch ein bisschen anders. In beiden Ländern sind Regierungen am Ruder, die auf die öffentliche Meinung der radikalen bürgerlichen Intelligenz und der Arbeiterklasse sehr viel Rücksicht zu nehmen haben, und in beiden Ländern ist die radikale bürgerliche Intelligenz noch stark und aktionskräftig genug gegebenenfalls auf ihre Regierungen einen fühlbaren Druck ausüben zu können. Das Ende des Kabinetts Maura ist ein interessanter Kommentar zu der höhnischen Bemerkung der *Neuen Zeit*: »Enttäuschungen in der Politik sind immer sehr unangenehm, zumal in Fällen, wo ein ungewöhnliches Mass von Kurzsichtigkeit dazu gehört sich täuschen zu lassen oder sich selbst zu täuschen.« Es gibt auch ein ungewöhnliches Mass von Kurzsichtigkeit, das Folge der Gewohnheit ist die Menschen als ökonomische Spielmarken und nicht als Wesen von Fleisch und Blut zu beurteilen. Die Weltgeschichte war wieder einmal falsch, sie hätte nach der Doktrin in Spanien Befestigung der Reaktion heissen müssen.

Mit dem Sturz des Ministeriums Maura hat Ferrer seine Sühne erlangt, soweit die willkürliche Verkürzung eines Menschenlebens überhaupt durch politische Änderungen gesühnt werden kann. Den Ferrerkultus aber kann und wird die deutsche Sozialdemokratie nicht mitmachen. Ferrer ist mannhaft für seine Überzeugung gestorben; das haben jedoch Tausende vor ihm getan und

¹⁾ In der radikalen Londoner Wochenschrift *Nation* vom 23. Oktober lese ich soeben am Schluss einer Polemik gegen die Erklärung Sir Edward Greys vom 19. Oktober, die jede offizielle Einmischung Englands in die inneren Angelegenheiten Spaniens ablehnte: »Wir sind jedoch geneigt zu glauben, dass Sir Edward Grey im Tun ein gut Teil besser gewesen ist als in Worten. Soweit private und inoffizielle Ratschläge in betracht kamen, hat unsere Regierung versucht jener unseligen Verwaltung einen Dienst zu leisten, die am vorigen Donnerstag ihr verdientes Ende gefunden hat.« Da die *Nation* mit dem linken Flügel der gegenwärtigen englischen Regierung Fühlung hat, spricht sie sicher nicht aus dem Stegreif. Die englische Regierung musste auf die Empfindungen des radikalen Englands Rücksicht nehmen.

werden wohl noch viele nach ihm tun. Es ist vom politischen Gesichtspunkt aus nicht gerechtfertigt den Mut der letzten Stunde so hoch einzuschätzen, dass man auf ihn hin Strassen benennt und Denkmäler baut. Die grosse Kulturbewegung der Arbeiterklasse hat andere Massstäbe für die Wertung von Vorkämpfern. Sie hat kein Interesse daran das kulturelle Niveau ihrer Kämpfe auf das früherer Epochen zurückzustellen. Das Dynamit und der Revolver haben als politische Kampfmethoden überall Bankrott gemacht. Nicht daran ist das Ministerium Maura gefallen, dass es der Gewalt der Bombenwerfer die Gewalt der Bajonette entgegengesetzt, sondern daran, dass die öffentliche Meinung Europas Ferrer für unschuldig an jenen Gewalttaten hielt, auf die hin man ihn ohne wahren Prozess standrechtlich tötete.

XX

MAX MAURENBRECHER · SCHULUNG DER FUNKTIONÄRE



MAN kann sagen: Die Masse ist nicht politisch. Sie besucht im besten Fall ihre Versammlung und liest ihre Zeitung. Sie wählt, wenn der Wahlfuror durchs Land geht, sogar bis zu 95 % der Wahlberechtigten. Aber sie bestimmt nicht im einzelnen den Weg, den die Politik oder die wirtschaftliche Entschliessung der Arbeiterbewegung zu gehen hat. Sie macht sich keine Gedanken über die Taktik; sie fragt nicht nach den Einzelheiten des politischen Getriebes. Dafür bestimmt sie ihre Vertrauensmänner oder nimmt die von den Organisationen bestimmten Vertrauensmänner ohne weiteres an. Sie hat das Vertrauen, dass wir schon richtig geführt werden, dass *unsere bewährte Taktik* — von der wenige angeben könnten, worin sie eigentlich besteht, und wie weit sie sich eigentlich bewährt hat — notwendig *mus*s. Derjenige, der über Taktik und Weg zum Sieg in letzter Linie endgültig entscheidet, ist, wenn der Ausdruck wiederholt werden darf, der Unteroffizier der Bewegung. Er bildet die grosse Masse der Parteitagsdelegierten, er bestimmt die Kandidaten für alle öffentlichen Körperschaften und damit die Zusammensetzung der Fraktionen, er sitzt in den Presskommissionen und hat damit letzthin die Verantwortung für die politische und allgemein-erzieherische Haltung der Presse. Sein Einfluss kommt nicht in jedem Augenblick zur Geltung; in bestimmten, manchmal recht weit gezogenen Grenzen hat der Abgeordnete, der Redakteur, der Referent, der Gauleiter auf eigene Verantwortung hin zu handeln. Aber auf die Dauer kann sich in der Arbeiterbewegung nichts halten, was nicht diese Unteroffiziere, diese eigentlichen und nächsten Führer der Masse, hinter sich hat. Wir haben das an einzelnen Abgeordneten und Redakteuren in den letzten Jahren zur Genüge gesehen. Wir haben eine grosse Press- und Redefreiheit in der Partei, grösser als irgend eine andere Partei. Jeder hat die Möglichkeit seine Meinung zu sagen. Aber durchsetzen lässt sich nur, was in den Tausenden von Unteroffiziersköpfen wirklich Eingang findet, was ihnen verständlich und übersehbar ist, und was ihrer Gefühlsweise entspricht.

Ich habe in einem frühern Fall die Notwendigkeit politischer Bildung der Masse aus der Demokratie hergeleitet, die wir als staatliches Ideal erstreben und als Parteiorganisation verwirklicht haben. Aber in dieser Formulierung ist der Gedanke falsch. Je grösser die Zahl der Köpfe ist, die in einer Demo-

kratie formell gleichberechtigt neben einander stehen, um so mehr hebt sich materiell die Macht einzelner Stellen aus der Masse heraus; um so weniger hat der einzelne in der Masse Einfluss auf die Einzelgestaltung der Dinge; um so stärker konzentriert sich das Gehirn der Bewegung bei denen, die Organisationsleiter oder Versammlungsredner in grossen Städten sind. Der Kampf um die Taktik der deutschen Arbeiterbewegung ist ein Kampf um die Köpfe und Gehirne derer, die in irgend welchem Mass als Teilkraft für die Bildung des Gesamtwillens der Partei in Frage kommen. Freilich ist dabei nicht nur an diejenigen zu denken, die formell als Leiter eines Wahlvereins oder einer Zahlstelle fungieren. Es gehören ausser den Arbeitersekretären, Parteisekretären, Gewerkschaftssekretären, Lagerhaltern, Geschäftsführern usw. auch alle die in diese Gruppe, die Versammlungs- oder wenigstens Diskussionsredner sind oder gern wären, die Werkstättenvertreuer, Einkassierer usw. Sie sind es, die in ihrer Gesamtheit oder in ihrem Gegenspiel das Niveau und die Entschliessung der einzelnen Versammlung bestimmen. Aus ihnen heben sich in immer stärkerem Mass die Angestellten heraus, die in der Arbeiterbewegung ihre besoldete Lebensstellung und damit ihren Lebenszweck und Lebensinhalt finden. Aber diese Besoldeten allein sind heute noch längst nicht ausschlaggebend für die Entscheidung politischer und wirtschaftlicher Fragen. Sie rekrutieren sich immer neu und arbeiten immer wieder zusammen mit der breiteren Schar der sogenannten *interessierten Parteigenossen*, die schliesslich auch für die Haltung der Angestellten den Ausschlag gibt. Bei diesem grösseren Kreis der *interessierten* oder *tätigen Parteigenossen* liegt letzter Hand die Entscheidung über die Zukunft. Sie sind vor der Geschichte verantwortlich für Sieg oder Tod der Arbeiterbewegung. Sie sind es, die als Objekt für eine planmässige politische und wirtschaftliche Bildung in Frage kommen.

Ihre Aufgabe ist die Einzelentscheidungen in politischen und wirtschaftlichen Fragen zu treffen, als deren Gesamtheit sich der Fortschritt der Bewegung ergibt. Sie haben die Arbeit zu leisten, wenn ein Wahlkreis gewonnen werden soll; sie haben zu entscheiden, ob man einen Streik macht oder nicht, ob man einen Konsumverein gründet, eine Parteidruckerei errichtet usw. Ihr Leben geht in der sogenannten *Kleinarbeit* auf; und das Ergebnis dieses vieltausendköpfigen Mühens, Fragens und Entscheidens ist die steigende oder fallende Macht der Gesamtbewegung. Um diese Arbeit zu leisten und die Verantwortung zu tragen, die auf ihr liegt, muss diese Gruppe fähig sein oder fähig gemacht werden die Situation, aus der heraus sie ihre Einzelentscheidung zu treffen hat, zu übersehen und die Folgen ihrer Entscheidung vorher zu berechnen. Das Ziel der Bildung, nach der diese Kreise in erster Linie verlangen müssen, kann nur sein, dass sie fähig werden die ihrer Entscheidung unterbreiteten Fragen in ihrer ganzen Bedeutung und in ihren möglichen Wirkungen zu überblicken und somit nach Berechnung und nicht nur nach Stimmung oder Laune entscheiden zu können. Alle Einzelheiten der Bildungsarbeit müssen von hier aus beurteilt und geregelt werden.

Was gehört dazu, um eine politisch-taktische Frage, wie die der Erbschaftsteuer zum Beispiel, zureichend überschauen zu können? Dazu gehört vor allem eine Kenntnis der politischen Geschichte der letzten dreissig Jahre. Unsere geschichtlichen Bildungskurse zeigen hier eine klaffende Lücke. Ent-

weder wir bieten allgemeinste Darstellung der menschlichen Entwicklung überhaupt (Wirtschaftsgeschichte in 8 Stunden!), oder wir bieten Geschichte des Revolutionsjahrhunderts von 1789 bis 1871. Nun ist ja keine Frage, dass mit der französischen Revolution die gegenwärtige Geschichtsperiode beginnt, und dass diese Dinge für uns noch nicht in der Mass Vergangenheit sind wie zum Beispiel der Bauernkrieg oder der 30jährige Krieg. Aber das Revolutionsjahrhundert allein genügt heute für die politische Bildung nicht mehr. Als Lassalle 1849 in Düsseldorf Arbeitern private Vorträge bot, begann er mit 1789 und hatte für seine Zeit damit recht. Aber heute brauchen wir mindestens ebenso sehr wie auch die Jahre 1789 bis 1799 und 1848 eine genaue und objektive Kenntnis der politischen Ereignisse von 1858 bis heute, das heisst derjenigen Ereignisse, in denen die heutigen politischen Parteien entstanden sind, und der taktischen Mittel, mit denen sie gegen einander und mit der Regierung gerungen haben. Mindestens 99 % unserer tätigen Parteigenossen weiss von diesen Dingen sehr wenig; was sie wissen, ist bestensfalls ein rein zufällig zusammengerafftes Anklagematerial gegen gegnerische Parteien, nicht ein systematisches Verstehen des ganzen Wechselspiels der politischen Kräfte. Das aber ist es gerade, was wir als politische Bildung brauchen. Es genügt nicht die allgemeinen Schlagworte aus dem Revolutionsjahrhundert immer weiter zu wiederholen, auch nachdem wir nun um fast ein halbes Jahrhundert darüber hinaus sind. Es ist nötig am praktischen Beispiel anderer Parteien und der eigenen zu lernen, wie man auf dem Boden des Parlaments zu arbeiten hat, wie man Blößen vermeidet. Situationen benutzt und Situationen schafft. Gerade die Fehler, die andere Parteien oder auch die eigene früher gemacht haben, bieten ein reiches Material, an dem man lernen und die eigene Urteilskraft üben kann. Es gibt massenhafte Zukunftsweissagungen in allen Parteien. Der rückschauende Beobachter kann prüfen, ob sie eingetroffen sind oder nicht, und kann versuchen zu verstehen, warum sie etwa von der wirklichen Geschichte desavouiert worden sind. Man kann die taktischen Entscheidungen der eigenen Führer prüfen und fragen, welche Wirkung sie tatsächlich gehabt haben. Man kann damit die Führerweisheit in kleine Münze umprägen und das, was die Grossen vielleicht nur ganz intuitiv geschaffen haben, für die Erziehung zur Berechnung und Überlegung ausnützen. Man braucht sich aber dabei durchaus nicht nur an die eigenen Führer zu halten. Auch Windthorst, auch Miquel, auch der *Bund der Landwirte*, auch Gladstone, Rosebery, Chamberlain, auch Napoléon III. oder Bismarck können dabei ein vorzügliches Demonstrationsobjekt sein. Ich habe das früher schon einmal gesagt und musste erleben, dass das als blöde Heroenverehrung verhöhnt und abgelehnt wurde. Die so urteilten, hatten nicht verstanden, dass es hier nicht auf Verehrung sondern auf die Methode ankommt, die man von jenen doch zweifellos erfolgreichen Politikern lernen oder nicht lernen kann. Es handelt sich nicht darum sich für Windthorst oder Bismarck zu begeistern sondern nur darum zu verstehen, wie sie gearbeitet haben, um dann auch die Taktik unserer Gegner in der Gegenwart durchschauen und, was wichtiger ist, durchkreuzen zu können. Wir haben erst eine parlamentarische Vergangenheit von einigen vierzig Jahren. Wir müssen also alle Hilfsmittel heranziehen, die diese kurze Zeit uns bietet. Unsere politischen Situationen aber sind wesentlich parlamentarische Situationen und können

mit den Begriffen einer vorparlamentarischen Zeit daher nicht mehr gemeistert werden.

So ist für die politische Bildung, also für die geistige Fähigkeit politische Fragen zu entscheiden, die Kenntnis der parlamentarischen Geschichte der letzten Jahrzehnte eine erste und bis jetzt noch zu sehr vernachlässigte Vorbedingung. Aber unsere Funktionäre haben noch öfter wirtschaftliche Fragen aktuellen Charakters zu lösen. Jeder Gewerkschafter, der sich um seine Gewerkschaft bekümmert, hat jeden Augenblick die Frage: Streiken wir, oder geben wir nach? Boykottieren wir, oder suchen wir einen Kompromiss? Wie will der einzelne hier von seinen Stimmungen unabhängig werden und wirklich nach Berechnung und nicht nur nach Laune entscheiden, wenn er die Konjunktur seiner Branche nicht überschaut? Auch die wirtschaftliche Bildung, die unsere Unteroffiziere brauchen, heisst zunächst Einzelwissen, Tatsachenkenntnis, Statistik und nicht allgemeine Theorie und abstrakte Begriffe. Woher kommt ein gewerkschaftlicher Disziplinbruch wie seinerzeit der in Ludwigshafen? Nur daher, dass die Wortführer der Masse, die Versammlungs- und Diskussionsredner, nicht die genügende Übersicht hatten, um die Entscheidungen des Zentralvorstandes verstehen zu können. Die Schlagfertigkeit unserer Gewerkschaften aber hängt eben daran, dass die lokalen Führer der Masse ebenso wie die obersten Leiter der Organisation das ganze Kampffeld überschauen und nicht nur gerade das bisschen Terrain kennen, das vor ihrer höchst persönlichen Nase liegt. Der gewerkschaftliche Kampf erfordert immer mehr hohe Einsicht und umfassende Kenntnisse. Man muss die ganze internationale Konjunktur der Branche überschauen, die Möglichkeiten des Unternehmers, die er zum Ausweichen hat (Maschine, anderweitige Beschaffung von Arbeitern, Bezug von Surrogatstoffen usw.), und die Möglichkeiten der Arbeiter auf den Unternehmer zu drücken (internationale Konkurrenz usw.). Eine solche Kenntnis kann ja freilich niemals durch eine einzelne Bildungsveranstaltung endgültig gewonnen werden; denn die Dinge verschieben sich von Monat zu Monat. Aber es kann die Grundlage gelegt werden: Der Teilnehmer kann lernen, aus welchen Hilfsmitteln er schöpfen soll, wie er die immer wiederkehrenden Zahlen zu werten hat, welche Schlüsse er aus ihnen ziehen muss usw. Solche Einführung in praktische Nationalökonomie ist heute für den Gewerkschafter ungleich viel nötiger als ein ganzes System theoretischer Begriffe, mit dem er jeden Streik verlieren und jede Situation verschlafen kann. Aber wieder ist zu sagen, dass solche praktischen Wirtschaftskurse — abgesehen von den gewerkschaftlichen Zentralkursen in Berlin — noch fast gar nicht bestehen.

Aber das Programm politischer und wirtschaftlicher Bildung für unsere Funktionäre greift darüber hinaus. Wir müssen wissen, welche wirtschaftlichen Forderungen wir als Arbeiterbewegung zu stellen haben. Da steht das Interesse an der Sicherung der Arbeitsgelegenheit in erster Linie. Innerhalb des Betriebs kämpfen Unternehmer und Arbeiter um Lohn und Gewinn; darüber braucht auch in unseren Bildungskursen nicht erst lange geredet zu werden. Aber an der Erhaltung des Betriebs haben sie beide ein ganz elementares Interesse das sie auf grosse Strecken zusammenführen kann, trotz allen Kampfes um den Mehrwert. Ohne Industrie gibt es keine Arbeitsgelegenheit. Verdrängung unserer Industrie vom Weltmarkt durch ausländische Kon-

kurrenten heisst Arbeitslosigkeit bei uns zu gunsten der Arbeiter anderer Länder. So gross kann kein internationales Solidaritätsgefühl sein, dass wir das zugeben könnten. An der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit unserer industriellen Produktion haben auch die Arbeiter ein lebhaftes Interesse. Hier begegnen sich die wirtschaftliche und die politische Schulung: Kenntnis der gesamten Wirtschaftslage, der wirtschaftlichen Ziele der einzelnen politischen Gruppen und der wirtschaftlichen Konzessionen, die die Arbeiter in der Industrie an Landarbeiter und Kleinbauern machen müssen, um ihre Bundesgenossenschaft im Kampf um den Staat zu gewinnen. Auch diese Gesamtübersicht über das Hin und Wider der wirtschaftlichen Interessen ist noch nicht theoretische Nationalökonomie, noch nicht begriffliche Abstraktion; sie soll und muss immer noch auf der Linie der Anschauung laufen, am Einzelmaterial und den Einzelfragen orientiert sein. Aber sie setzt allerdings voraus, dass der, der sie gibt, selbst über tüchtige und feste Begriffe auch in der theoretischen Nationalökonomie verfügt. Er muss den Schülern, die er lehren will, selbst um einige Meter in der begrifflichen Vertiefung seiner wirtschaftlichen und politischen Kenntnisse voraus sein.

Freilich muss nun hier sofort wieder gesagt werden, dass das *Kommunistische Manifest*, der 1. Band *Kapital* und deren unzählige Popularisierungen nicht genügen, um diese solide Unterlage scharfer nationalökonomischer und politischer Begriffe zu geben. Natürlich werden diese Bücher in einer sozialistischen Theorie der Wirtschaft immer ihre Stelle behaupten; aber sie genügen für sich allein nicht als Unterrichts- oder Bildungsmaterial. Einmal setzen sie bereits eine ganze theoretische Ökonomie voraus und operieren mit Begriffen, die sie selbst nicht erst erklären. Andererseits ist in den 40 Jahren, die seit dem 1. Band *Kapital* verflossen sind, die begriffliche Zergliederung des Wirtschaftslebens ganz erheblich viel schärfer geworden. Werke, wie Büchers *Entstehung der Volkswirtschaft* oder Sombarts *Kapitalismus* zeigen, auf Marx' Schultern stehend, eine so starke Verfeinerung des ökonomischen Sprachgebrauchs → man denke nur an den Begriff der *Arbeitsteilung* bei Marx und Bücher und ähnliches →, dass jeder notwendig von vornherein ins Hintertreffen kommt, der diese Entwicklung nicht kennt und ihr nicht folgt. Ich betone, dass ich hier vom Sprachgebrauch, vom Begriffsmaterial, also von der rein formalen Seite eines theoretischen Systems der Wirtschaft rede, und nicht materiell die Schüler — Bücher und Sombart sind ebenso Marxschüler wie Kautsky oder Bernstein — über den Meister stellen will. Aber auch materiell ist zu sagen, dass eine theoretische Erfassung des Wirtschaftslebens von *Mehrwert* allein aus für die wirtschaftliche Erziehung der Arbeiterführer durchaus nicht genügt. Sie müssen nicht nur ihren Gegensatz zum Unternehmer sehen sondern auch ihr Interesse an einer Ausdehnung der industriellen Arbeitsgelegenheit überhaupt und das Problem, wie die Landwirtschaft sich in eine steigende Industrie einrangieren kann und muss.

Aber es ist nicht die Absicht dieses Artikels so ganz nebenbei unsern landläufigen *Marxismus* zu kritisieren. Das ist durchaus eine Sache für sich. Es sollte nur angemerkt werden, dass mit dem Begriff *theoretische Nationalökonomie* noch etwas mehr gesagt sein soll als in ein paar Kautskyschen vulgärmarxistischen Schriften steht, und dass die Genossen, denen es ernst ist etwas zu lernen und etwas zu lehren, gut daran tun sich nicht gar zu ein-

seitig nur auf diese Literatur zu stützen. Wohl aber soll hier noch gesagt werden, dass die theoretische Nationalökonomie, wie jede begriffliche, abstrakte Wissenschaft, eine Menge von Vorkenntnissen und Fähigkeiten voraussetzt, die so ohne weiteres nicht zu erreichen sind. Es ist wahrhaftig nicht Stolz und Eigendünkel, sondern es ist einfache Erfahrungstatsache, wenn man sagt, dass eine akademische Vorbildung hier eine wichtige, wenn auch nicht absolut unerlässliche Voraussetzung ist. Wir stehen doch alle auf dem Boden der Entwicklungslehre. Wir wissen, dass eine Zucht abstrahierenden Denkens, die in 9 Jahren Schule und 4 bis 5 Jahren wissenschaftlicher Schulung auf der Universität gewonnen wurde, sich nicht so leicht in $\frac{1}{2}$ oder in 1 Jahr nachholen lässt, zumal bei Gehirnen, die schon durch unsere heutige Volksschulmethode mehr an Nachreden als an Selbstdenken gewöhnt worden sind. Und nun erwäge man, was zum Beispiel bei Marx an philosophischen, historischen und wirtschaftlichen Einzelstudien vorausgegangen ist, ehe er die begriffliche Formulierung seines Systems fand, und wie er noch mehr als ein Jahrzehnt daran weitergearbeitet hat, feilend, glättend, umstossend, weiter-spinnend. Man halte sich doch vor Augen, dass alle wirklich wesentlichen Teile des *Kapitals* nur in Ausführungen vorliegen, die er selbst noch nicht zum Druck gegeben hat, obgleich sie teilweise 10 Jahre lang in seinem Schreibtisch lagen, die er also noch nicht für abschliessende und druckreife Formulierungen seiner wirtschaftlichen Theorien hielt. Ist es da möglich, ist es aussichtsreich Arbeitergehirne, die ihrer ganzen Denkrichtung nach aufs Praktische, Aktuelle, Anschauliche gerichtet sind, mit dieser in sich noch ganz unfertigen Theorie zu belasten? Man hat gesagt, Mehrwerttheorie und materialistische Geschichtsauffassung verstehe der Arbeiter weit besser als ein Akademiker, weil sie einfach seiner Klassenlage entsprächen. Die so reden, scheinen selbst nicht genau zu wissen, was Werttheorie ist. Jedenfalls täten die Arbeiter besser sich von der Autorität solcher Lehrer zu emanzipieren und ihnen recht kräftig zu sagen, dass ihre, der Arbeiter, Lebensaufgabe draussen eine praktische ist und nicht eine akademische, und dass sie in ihren Bildungskursen etwas lernen wollen, was sie befähigt diese praktische Aufgabe besser, umfassender und treuer zu erfüllen als bisher. Die akademischen Erörterungen und Weiterbildungen aber sollen denen überlassen bleiben, die Vorbereitung und Interesse für solche Arbeiten haben.

Aber gerade weil die Aufgabe unserer Funktionäre eine praktische ist, darum gehört neben politischer Geschichte der letzten Jahrzehnte und praktischer Nationalökonomie doch noch eine Wissenschaft in unsere Unteroffiziersschulung hinein, die heute noch gänzlich fehlt, und die immer mehr ein Lebensbedürfnis wird: Das ist wenigstens eine Ahnung von Psychologie und Pädagogik. Ich meine nicht Unterrichtsmethode oder Schulpolitik für die Jugend sondern ich meine die Fähigkeit das, was man selbst erkannt und erfasst hat, nun auch lebendig und warm von sich zu geben, die Kunst, seine Zuhörer gerade an dem Zipfel zu packen, an dem eben diese Zuhörer genommen sein wollen. Seit Herbart nennt man das in der Psychologie die Anknüpfung an ein besonderes Interesse oder die Darbietung einer neuen Vorstellung in dem Augenblick, wo das Interesse gerade für sie besonders gespannt ist. Die Psychologie, das heisst die wissenschaftliche Erforschung der Gesetze unseres Vorstellens, Fühlens und Wollens, ist die jüngste Wissenschaft, die wir haben.

Aber sie ist nicht abstrakt und theoretisch, braucht es wenigstens nicht zu sein, sondern empirisch, experimentell und in ihren Anwendungen praktisch; sie kann daher in ihren Grundlagen und Ergebnissen von jedem angeeignet werden, der Liebe zur Sache und einen offenen Blick für Tatsachen mitbringt, genau wie die Ergebnisse der Naturwissenschaft, der Geschichte oder der praktischen Volkswirtschaftslehre. Wenn wir mehr Psychologie hätten, hätten wir auch mehr warmherzige, packende Redner, mehr Wirkung unserer Agitation. Und unserm ganzen parteiwissenschaftlichen Getriebe würde damit ebenfalls nur gedient sein.

Bleibt die Frage, woher wir das Menschenmaterial nehmen sollen, das in diesem Sinn Geschichte, Wirtschaftslehre und Psychologie im Kreis unserer Parteifunktionäre unterrichten könnte. Aber diese Frage ist zurzeit einfach nicht zu beantworten. Der spärliche akademische Nachwuchs, den wir überhaupt noch haben, besteht fast ganz aus Ärzten und Advokaten, die, in praktischen Berufen ausserhalb des Wirtschaftslebens stehend, kaum Musse zur Vorbereitung und Abhaltung solcher Kurse haben. Es wird auch hier kaum etwas anderes übrig bleiben als die interessierten Genossen auf die Literatur und auf Volkshochschulkurse bürgerlicher Universitätsprofessoren zu verweisen und dabei das Vertrauen zu haben, dass ihr Klassengefühl an sich schon rege genug sein wird, dass sie in dem ihnen Dargebotenen zu unterscheiden wissen, wo der Wissenschaftler aufhört und der bürgerliche Parteipolitiker anfängt. Solange wir eine freie, auf Psychologie, Geschichte und Erkenntnistheorie ruhende Weiterbildung des Marxismus aus unseren eigenen Reihen heraus noch nicht haben, so lange ist es natürlich auch noch nicht möglich diese dem Bedürfnis des heutigen Arbeiters einzig entsprechende Lehre in Bildungskursen zu popularisieren. Es gilt daher zunächst nur das Bedürfnis nach dieser Erweichung und Neuformulierung überkommener Schemata immer von neuem zu wecken. Vielleicht bringt uns eine Wandlung der allgemeinen politischen Zustände auch eine Annäherung des Sozialismus an die wirkliche Wissenschaft unserer Tage.

XX

WILHELM SCHRÖDER · ARBEITER UND ARBEIT- TERBETRIEBE



Es gab eine Zeit, wo es sozusagen notwendig war der Öffentlichkeit den Beweis zu liefern, dass sozialdemokratische Arbeiter überhaupt im stande seien unter Ausschaltung eines Privatunternehmers einen Betrieb zu leiten. Die Gründung der ersten sozialdemokratischen Genossenschaftsdruckereien erweckte ein gewisses Staunen, und nicht ohne Stolz druckte am 8. September 1876 die *Berliner Freie Presse* die Schilderung eines süddeutschen Besuchers ihrer Offizin ab. Unter Lächeln lesen wir da, dass der Fremde von der Vortrefflichkeit und der Modernität der damaligen Einrichtungen im Hause Kaiser Franz Grenadier Platz 8a begeistert war: »Wahrlich, wir sind im ersten Augenblick von dem Anblick, der sich uns bietet, frappiert. Eine gewaltige, fast bis zur Decke reichende Maschine ist es, die, in rasender Schnelle arbeitend, unsere Blicke fesselt. Es ist eine Doppelpresse, die Stunde für Stunde an 3000 Bogen bedruckt und auslegt.« Heute finden wir es charakteristisch für die Anspruchslosigkeit der

damaligen Zeit, dass es möglich war fast eine halbe Stunde vom Berliner Zeitungsviertel entfernt überhaupt ein Tageblatt herzustellen; nur der generelle Verzicht auf Aktualität in der Berichterstattung konnte solches erklärlich erscheinen lassen.

In der Gegenwart schon hat die Partei es so weit gebracht, dass in manchen Grosstädten Deutschlands die sozialdemokratischen Druckereien überhaupt die grössten am Ort sind. In dem bedeutendsten dieser Betriebe hatte allein der *Vorwärts*, einzig als Zeitung genommen, 1908-1909 einen Etat von 1 562 049,45 Mark; in dem noch nicht so sehr von den Wirkungen der Krise betroffenen Vorjahr gar einen solchen von 1 636 099,55 Mark; und dieser Umsatz stellt nur einen, wenn auch erheblichen, Teil vom Gesamtumsatz in diesem einzigen Betrieb dar. Blicken wir nun von den sozialdemokratischen Parteibetrieben auf den gleichfalls zumeist von Arbeitern geleiteten und kontrollierten Teil der Konsumgenossenschaften, der der *Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine* angeschlossen ist, so kann man hier ebenfalls mit imponierenden Zahlen aufwarten. Zur Kennzeichnung der gewaltigen Entwicklung in dem kurzen Zeitraum von 15 Jahren sei nur erwähnt, dass der Umsatz der *Grosseinkaufsgesellschaft* im Gründungsjahr 1894 erst 541 471,43 Mark, 1908 jedoch 65 778 277,03 Mark betrug. Die damals gesäte Saat hat mithin 122fältige Frucht getragen. Rechnen wir nun noch hinzu, dass auch die 66 freien deutschen Gewerkschaften, die mit 1 831 731 Mitgliedern der *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* angeschlossen sind, im Jahr 1908 eine Gesamteinnahme von 48 544 396 Mark hatten, so ist es begreiflich, dass schon der Gedanke ventiliert wurde alle diese gewaltigen Geldsummen unabhängig vom Privatkapitalismus in einer Arbeiterbank zu verwalten.

Die vortreffliche Entwicklung dieser Arbeiterorganisationen lässt die Frage, ob Proletarier überhaupt im stande sind Unternehmerfunktionen auszuüben, zur beleidigenden Torheit werden. Nur die gewerbsmässigen Verleumder der Arbeiterschaft pflegen im Interesse des Scharfmachertums sozialdemokratischen Arbeitern die Fähigkeit zur Selbstverwaltung abzustreiten; das an der Erhaltung und Erweiterung seiner Organisationen interessierte Proletariat kann aus derartigen haltlosen Verdächtigungen nur die eine Lehre schöpfen, dass sein Streben sich unabhängig vom Privatkapitalismus zu machen ganz naturgemäss den Zorn der obersten Interessenten an der kapitalistischen Weltordnung wecken muss. Ist eine solche Frage nach dem Befähigungsnachweis absurd und ihre Verneinung nur die Kundgebung böswilliger Ohnmacht, so tauchen dennoch andere Fragen auf, die wohl einer Erwähnung wert sind. Es sind deren im wesentlichen zwei. Die eine geht dahin, ob die proletarischen Betriebe durchweg in technischer Hinsicht mit den am weitesten vorgeschrittenen privatkapitalistischen Betrieben den Wettbewerb aushalten können, und die andere betrifft die Haltung der in den proletarischen Betrieben beschäftigten Arbeiterschaft ihrem Unternehmen gegenüber.

Was die erste Frage angeht, so ist wohl kein Zweifel, dass die Technik im engern Sinn in den Arbeiterunternehmungen durchaus auf der Höhe ist. Blicken wir zum Beispiel auf die Druckerzeugnisse der sozialdemokratischen Offizinen, so gilt heute in stark erhöhtem Mass das Urteil, das der eingangs erwähnte Gast der *Berliner Freien Presse* schon 1876 gefällt hat. Der Herr führte damals folgendes an: »Ein Katalog mit Illustrationen für die

Maschinenwerkzeugfabrik von Kärger in Berlin war in diesem Moment auf der Schnellpresse im Druck. Ich habe infolge meines Berufs viel mit derartigen Katalogen zu schaffen, und darum darf ich mich wohl über das hier in diesem Fach Geleistete äussern. Es macht mir aber auch Freude es zu können. Die Arbeit war wirklich musterhaft, was sonst von Berliner typographischen Arbeiten im allgemeinen nicht gerühmt werden kann. Von den Fortschritten, die das typographische Gewerbe seitdem gemacht hat, haben sozialdemokratische Druckereien durchweg in erster Reihe zu profitieren gesucht; die modernen Wunderwerke, die Rotationsmaschinen, sind hier in auserlesenen Exemplaren zu sehen, und die Druckerzeugnisse dieser Offizinen heben sich in der Qualität durchweg sehr vorteilhaft von den Leistungen mancher privater Unternehmungen ab. Ähnliches gilt von Arbeiterkonsumvereinen, und zwar insbesondere, soweit die Eigenproduktion dieser Organisationen in betracht kommt. Ware erster Qualität ist die Regel, und als besondern Vorzug hebt die proletarische Hausfrau hervor, dass sie im strikten Gegensatz zu privaten Detailhändlern im *Konsum* stets reelles Gewicht erhält. Es fehlt eben jede Ursache sich auf unlautere Weise an den Käufern zu bereichern. So fällt auch hier der Vergleich insoweit durchaus zu gunsten der proletarischen Einrichtungen aus. Gegenüber diesen Vorzügen dürfen allerdings einige Erscheinungen nicht ausser acht gelassen werden, in denen ein Verzug noch einzuholen ist. Soweit die Druckereien in betracht kommen, habe ich wesentlich das Zeitungswesen im Auge. Hier bleibt ausser Zweifel, dass private Verleger den parteigenössischen in wesentlichen Stücken überlegen sind. Es ist auffallend, dass es nicht nur in Berlin und den grösseren Provinzstädten sondern auch in mittleren Städten bei den massgebenden bürgerlichen Blättern die Regel ist 2mal am Tag zu erscheinen, während unter allen 74 sozialdemokratischen Blättern bis jetzt noch kein einziges mit 2maliger Erscheinungsweise vorhanden ist. Wenn man privatim auf diesen Unterschied hinwies, so erfolgte zumeist die Antwort, dass in der Arbeiterschaft kein oder nur ein mässiges Bedürfnis vorliege 2mal täglich das Parteiblatt zu erhalten. In Verbindung hiermit steht die noch an diesem oder jenem Parteiblatt vorhandene Tendenz in der Redaktion der Arbeit, die man insgemein *prinzipielle Aufklärung* nennt, eine sehr grosse, der Aktualität hingegen eine verhältnismässig geringe Bedeutung beizulegen. Ebenfalls mit der Unterstreichung, dass mit diesem Grundsatz den Wünschen der Arbeiterschaft am besten entsprochen werde. Meines Erachtens jedoch beruht die Auffassung, dass dem Arbeiter nicht in dem Mass wie dem Bourgeois an schneller Berichterstattung gelegen sei, auf einem Irrtum. Man braucht den Wert der prinzipiellen Aufklärung durchaus nicht zu verkleinern und kann doch der Meinung sein, dass eine schnelle, präzise Berichterstattung etwas sehr Erwünschtes ist. Ja, mir will scheinen, dass das politische Bewusstsein, das beim Arbeiter durchweg viel stärker ausgebildet ist als beim Bourgeois, einen Mangel in der Schnelligkeit der Berichterstattung schärfer vermissen lässt als es beim unpolitischen Philister der Fall sein muss. Und selbst wenn diejenigen recht haben sollen, die dem Arbeiter den Sinn für Aktualität absprechen, so gäbe diese Tatsache der sozialdemokratischen Presse noch durchaus kein Recht sich damit nach *Bequemlichkeit* einzurichten. Wir halten es doch sonst für unsere vornehmste Pflicht im Arbeiter die Tugend der *Begehrlichkeit*, in der ihm

der Bourgeois leider immer noch bedeutend voraus ist, nach Kräften zu stärken. Wir sollten daher auch in diesem Fall tun, was einer gewissen Notwendigkeit entspricht. Und dafür, dass auch in dieser Hinsicht der Vorsprung, den die bürgerliche Presse vor der proletarischen hat, bald eingeholt wird, bürgt der Beschluss des Leipziger Parteitags, wonach der Parteivorstand das zmalige Erscheinen des *Vorwärts* in Erwägung ziehen soll. Hat erst einmal ein Blatt den Anfang gemacht, so werden auch andere die gewiss nicht ausser acht zu lassenden finanziellen Hindernisse zu überwinden trachten und der Aktualität den gebührenden Platz einräumen. Vielleicht kann in dieser Hinsicht ein Ausweg gefunden werden, wenn man für mehr Inserate und weniger Text sorgt. Eine solche Anregung mag brutal-kapitalistisch genannt werden, doch hat sie durchaus ihre Berechtigung. Es fällt ja gewiss einem bürgerlichen Blatt sehr viel leichter als einem durch eine ganze Anzahl Hindernisse gefesselten Proletarierblatt für einen ausgiebigen Annoncenteil zu sorgen, doch kann auch hier vielleicht eine mehr kaufmännisch gehandhabte Akquisition manches leisten. Was jedoch die räumliche Ausdehnung des Textes betrifft, so könnte man in der Tat, ohne den prinzipiellen Gehalt des Blattes zu schmälern, dem Arbeiter entgegenkommen. Für den Durchschnittsarbeiter, der bekanntlich um so langsamer liest, je gewissenhafter er an seiner Belehrung arbeitet, bedeutet das Lesen des Parteiblattes in parlamentarisch bewegter Zeit eine Arbeit von 3 Stunden; wo aber soll bei einer 10 stündigen Arbeitszeit so viel Zeit herkommen? Tatsächlich denkt der Arbeiter denn auch gar nicht daran alles, was in seinem Blatt zu lesen steht, in sich aufzunehmen. Für den Redakteur allerdings bedeutet es grössere Mühe Auslese zu halten und verhältnismässig wenig zu bringen; aber auch diese Kunst übt sich zum Vorteil des Lesers und des Zeitungsetats.

In den Arbeiterkonsumvereinen mag das Bedürfnis in der äussern Ausstattung des Verkaufsraums mit den grossen Warenhäusern und den hervorragenden Detailgeschäften zu wetteifern, nicht überwiegend stark hervortreten. Dass aber auch in dieser Hinsicht Tüchtiges geleistet werden kann, zeigt der illustrierte Geschäftsbericht des Konsum-, Bau- und Sparvereins *Produktion* zu Hamburg. Die in der zweitgrössten Stadt Deutschlands in der kurzen Zeit von 10 Jahren erzielten Erfolge scheinen überhaupt die Ansicht Lügen zu strafen, dass weltstädtische Verhältnisse der Entwicklung der Konsumorganisationen nicht günstig seien. Und dies glaube ich besonders im Hinblick auf Berlin betonen zu müssen. Ganz im Gegensatz zu Hamburg, Leipzig usw. hat hier die Konsumvereinsbewegung unter der Arbeiterschaft leider noch nicht besonders festen Fuss fassen können. Als eine der Ursachen dieser Erscheinung führt man die Warenhäuser an. Und ohne Zweifel bilden diese ein nicht unwesentliches Hindernis. Gerade in Berlin haben die Warenhäuser eine ausserordentliche Entwicklung genommen. Sie sind zum Teil rein in architektonischer Hinsicht schon Sehenswürdigkeiten, und die Pracht ihrer Ausstattung zöge selbst das bürgerliche wie das Arbeiterpublikum vielleicht auch dann an, wenn nicht alle Mittel einer geschickten Reklame das Publikum immer wieder von neuem zum Kaufen drängten. Demgegenüber blühen in Berlin die Verkaufsstellen der Konsumvereine wie die Veilchen im Verborgenen und unterscheiden sich nicht im geringsten von den Läden armseliger Kleinkrämer in Nebenstrassen. Berlin war in der Arbeiterbewegung bis dahin der Ort, der

oft mit verschwenderischer Fülle nach der Provinz hin Gaben austreute; ohne diese Opferwilligkeit wäre die Aufrüttelung des Proletariats selbst in sehr weit entfernt liegenden Gegenden nicht möglich gewesen. Es fragt sich, ob diese Generosität nicht zum Teil vergolten werden könnte, indem von Stätten aus, wo die Organisation des Konsums bereits weit gediehen ist, für Berlin Hilfe käme. Ganz gewiss wird die Genossenschaftsbewegung ja auch hier einmal die gebührenden Erfolge aufweisen, aber dazu gehört vor allen Dingen eine Einrichtung gleich im Grossen, durch die sich die Arbeiterbevölkerung ähnlich wie von den Warenhäusern angezogen fühle. In Hamburg sind die staunenerregenden Erfolge zum guten Teil dadurch erzielt worden, dass man von vornherein auf die leidige Dividendenwirtschaft verzichtete und die Überschüsse der Betriebe grundsätzlich dem Ganzen zu nutze kommen liess. Eine solche Taktik würde überall ihre Wirkung haben; und die auf die angedeutete Weise aufgehäuften Mittel könnten die Bewegung auch dort in Fluss bringen, wo bis jetzt von Fortschritten noch nicht die Rede war.

Die Frage des *Mehrwerts* und seiner Verwendung führt zu einer Betrachtung des Verhältnisses, das Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Unternehmer zu den in ihren Betrieben beschäftigten Personen einnehmen. Dass in dieser Hinsicht manche Fehler begangen sind, ist unbestreitbar. Einesteils richtete man sich vor allem an kleineren Orten in der Ausnutzung der Arbeitskraft allzu ängstlich nach dem von der grossen Mehrzahl der Privatunternehmer gegebenen schlechten Beispiel; andererseits machte sich die Reaktion gegen derartige Übergriffe mehrfach im Übermass geltend. In der Erinnerung sind noch die Konsumvereinsstreitigkeiten aus dem Jahr 1907. Damals stellten die Lagerhalter usw. die Forderung auf mit ihnen im Tarifvertrag den Ausschluss jeglicher Sonntagsarbeit, dazu einen halben freien Tag in der Woche, 14 Tage Ferien im Jahr, gleich hohe Entlohnung für männliche und weibliche Angestellte, Festsetzung der Umsatzgrenze, die einer Arbeitskraft in Verkaufsstellen zuzumuten ist, und noch einige andere Vorteile festzulegen. Der zu Düsseldorf abgehaltene 4. ordentliche Genossenschaftstag des *Zentralverbandes deutscher Konsumvereine* lehnte die Forderungen ab, indem er erklärte, dass genossenschaftliche Lohn- und Arbeitstarife nicht auf solchen Prinzipien aufgebaut werden könnten, deren Durchführung bei den konkurrierenden Privatbetrieben noch in weiter Ferne liege. Es gehe nicht an schon heute solche Forderungen zu realisieren, die weit über das hinausgehen, was die Gewerkschaften bei den privaten Unternehmern verlangen und durchzusetzen vermöchten. Diese Abweisung war meines Erachtens durchaus stichhaltig; und dass der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* alles andere, nur nicht ein rücksichtsloser *Ausbeuter* ist, ergaben die später mit den Angestellten und Arbeitern vereinbarten Tarife, die deren Forderungen so weit als angängig Rechnung trugen und ihnen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sicherten als es in der Mehrzahl der Privatunternehmungen üblich ist.

Auch in den sozialdemokratischen Parteidruckereien fehlte es ja nicht an Auseinandersetzungen, die aber zumeist einen mehr persönlichen Charakter trugen und das eigentliche Tarifverhältnis nicht berührten. Dass es hier in dieser Hinsicht glimpflich abging, mag wesentlich an der Taktik der gewerkschaftlichen Organisationen liegen. Während die in Konsumgenossenschaften beschäftigten Personen, wie Handlungsgehilfen und Bäcker, sich auf den Stand-

punkt stellten, dass diese Unternehmungen mit besonderm Mass zu messen seien, sahen die in gewerkschaftlicher Hinsicht tüchtigen Buchdrucker ohne weiteres von solchen seltsamen *idealen* Forderungen ab und bewerteten im Tarifvertrag die sozialdemokratischen Druckereien nicht anders als bürgerliche. Das hatte dann die Wirkung, dass bereits zu Anfang 1904 in einer Konferenz der Geschäftsführer sozialdemokratischer Parteidruckereien beschlossen wurde den 8stündigen Arbeitstag, 8 Tage Ferien im Jahr unter Fortzahlung des Lohns und eine Reihe anderer Vergünstigungen aus freien Stücken einzuführen. Soweit nicht Tarifvereinbarungen in Frage kommen, gilt bekanntlich in sozialdemokratischen Parteibetrieben der Grundsatz die unteren Chargen besser, die oberen hingegen schlechter zu stellen als es in Privatbetrieben üblich ist, wozu noch kommt, dass die persönliche Freiheit, die die Angestellten sozialdemokratischer Unternehmungen geniessen, unbeschränkt ist. Und so gebührt es sich. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass nur Arbeiterbetriebe im Arbeiter das Gefühl der Gleichberechtigung zur Geltung kommen lassen, wohingegen mit ganz wenigen Ausnahmen selbst wohlwollende Unternehmer in dieser Hinsicht eine Schranke aufrichten. Die Arbeiterbetriebe in ihrer erdrückenden Mehrzahl legen aber auch dafür Zeugnis ab, dass diese Gleichberechtigung, dieser Mangel jeglichen Zwangs bei Meinungsäusserungen, an sich durchaus mit strammster Ordnung vereinbar ist. Nur eins fehlt in Arbeiterbetrieben, nämlich das persönliche Wohlwollen, das der Chef dem einen Angestellten und Arbeiter entgegenbringt und dem andern entzieht. Doch dieser Mangel ist zu ertragen und bildet kein Hindernis für wirkliche Tüchtigkeit über die Masse hinaus zu leitender Stellung zu gelangen, und zwar schon um deswillen nicht, weil hervorragende Talente hier wie überall auf der Welt nicht allzu reichlich gesät sind.

Es käme eine wesentliche Frage noch in betracht, nämlich die, ob die in Arbeiterunternehmungen beschäftigten Personen von einem besondern, höhern Pflichtgefühl durchdrungen sein sollen. Der letzte Jahresbericht der Hamburger *Produktion* berührt diese Frage in dem von der Bautätigkeit des Vereins handelnden Kapitel. »Wir bauen«, so heisst es da, »nur Arbeiterwohnungen, und derjenige Arbeiter, der seine Arbeitsleistungen bei unseren Bauten einschränken würde, schädigt sich und seine Klassengenossen nicht nur als Mieter sondern auch insofern als Produzent als er uns die Möglichkeit nimmt unsere Ziele, die Eigenproduktion, in grösserm Masse zur Ausführung zu bringen.« Das ist durchaus richtig, und mich will bedünken, dass in den immerhin möglichen Fällen, wo das eigentliche Arbeiterinteresse mit dem Interesse des Betriebs in Konflikt kommt, der Arbeiter und Angestellte eher als im Dienst eines Privatunternehmers einen Ausgleich zu suchen hat. Vor allem schon um deswillen, weil die Konfliktmöglichkeiten, die dem Privatunternehmer gegenüber immer noch eine wesentliche Rolle spielen, hier nicht vorhanden sind. Bei dem Angestellten in leitender Stellung versteht es sich ja von selbst, dass er Rücksichten auf das Wohl seiner Person ausser acht lässt. Solange er im Amt ist, ist er auf Gedeih und Verderb mit dem Unternehmen verbunden. Der Redakteur eines Parteiblatts hat keinen Augenblick mit den Wimpern zu zucken, wenn er als Verantwortlicher etwa an eine Aufgabe herantreten muss, die ihn in politisch bewegter Zeit auf Monate ins Gefängnis bringt und ihm zum mindesten an der Gesundheit beträchtlichen Schaden zufügt. Desgleichen

haben wir ja auch an den Organisatoren der Gewerkschaften und Genossenschaften das Beispiel vor uns, dass sie das Wort *Eigennutz* nicht kennen und im idealen Aufgehen in ihren Lebenszweck Taten vollbringen, die mit Gold überhaupt nicht aufzuwiegen sind. Derartiges vom mechanischen Arbeiter zu verlangen ginge nur dann an, wenn er ebenfalls im höhern Sinn dauernd an sein Unternehmen gefesselt würde. Das zu bewerkstelligen ist Aufgabe einer nicht allzu fernen Zukunft. Die soziale Entwicklung drängt zu einer immer grössern Ausdehnung der Arbeiterbetriebe, und diese haben in immer höherm Mass und nach jeder Richtung hin zu zeigen, dass sie nicht nur dem Durchschnitt sondern auch der Elite der Privatunternehmungen überlegen sind. Hierzu gehört aber, dass die vereinte Tätigkeit von Gewerkschaft und Genossenschaft auch dem einfachsten Arbeiter das Bewusstsein beibringt, dass er als Angestellter eines Arbeiterunternehmens etwas Hervorragendes ist und sowohl besonders hohe Rechte zu beanspruchen als auch besonders hohe Pflichten zu erfüllen hat.

XX

EDMUND FISCHER · DAS SOZIALISTISCHE WERDEN



RESULTAT einer Entwicklung wird einmal die sozialistische Gesellschaft sein. Entwicklung ist aber immer eine Gliederung, ein Wachsen aus kleinen Keimzellen zu immer grösseren Formen, ein Werden aus ersten Anfängen, also ein Aufbauen von unten nach oben. Auch wenn die Menschen ihre Geschichte nur nach den gegebenen Bedingungen, nach den jeweiligen Produktions- und Austauschverhältnissen machen können, ist die soziale Entwicklung doch immerhin das Produkt des Gesamtwirkens aller einzelnen Menschen und damit auch durch das Wollen und Handeln der Individuen bedingt. Sozialistisches Wollen und sozialistisches Handeln werden deshalb die gesellschaftliche Entwicklung sozialistisch beeinflussen, und entsprechend der sozialistischen Machtentfaltung wird sich das Werden der sozialistischen Gesellschaft vollziehen, soweit die ökonomischen Vorbedingungen dazu die Möglichkeit bieten. Diese Anschauung brachte auch das Wahlmanifest der deutschen Sozialdemokratie für die Reichstagswahl vom Jahr 1884 zum Ausdruck. Es hiess da, der Satz *Keine Kraft geht verloren, sie erzielt stets eine ihr entsprechende Wirkung* gelte nicht nur für die Physik sondern auch für die Politik. Die Kraft des sozialistischen Wirkens muss dann auch eine ihr entsprechende Wirkung in der politischen und sozialen Entwicklung erzielen. Nach der Marxschen Auffassung enthalten alle Produktions- und Gesellschaftsformen bei ihrer Entstehung bereits die Keime zu abermals neuen, höheren Formen, die sich aus den alten heraus entwickeln, das heisst von den Menschen *entwickelt* werden müssen. Demnach sind die Keime, die ersten Ansätze der sozialistischen Produktions- und Gesellschaftsformen auch in der kapitalistischen Gesellschaft zu finden, und aus dieser heraus, in ihr bereits beginnend, entsteht die sozialistische Gesellschaft. Wilhelm Liebknecht drückte das bekanntlich dadurch aus, dass er sagte, wir wüchsen in die sozialistische Gesellschaft hinein. Dann muss sich das sozialistische Werden auch vor unseren Augen abspielen und von uns wahrnehmbar sein.

Der Munizipalsozialismus, der den kapitalistischen Interessen ent-

gegensteht und doch bereits heute immer weitere Gebiete erobert, stellt zweifellos nicht mehr eine kapitalistische sondern bereits eine sozialistische Form dar. Wer nicht auf dem utopistischen Standpunkt steht das Geld und das Lohnsystem abschaffen zu wollen, wird sich eine sozialistische Produktion — wenigstens in ihren Anfängen — nicht anders vorstellen können als sie sich in der kommunalen Produktion zeigt, nur mit dem Unterschied, dass sie demokratischer ausgestaltet sein, und dass den Arbeitenden ein grösserer Anteil am Ertrag zukommen wird. Das gleiche gilt auch für die staatliche und genossenschaftliche Produktion. Und wer nicht von einer plötzlichen *Übernahme* der gesamten Produktion träumt, der wird in der Herausbildung staatlicher, kommunaler und genossenschaftlicher Betriebe und in allen gesellschaftlichen Einrichtungen zur Regelung der Lebensverhältnisse der einzelnen Gesellschaftsmitglieder das beginnende Werden der sozialistischen Gesellschaft erblicken müssen.

Diese Entwicklung ist vorläufig noch nicht bedeutend. Die sozialistische Bewegung ist ja auch noch jung. Aber die Anfänge, die ersten Grundlagen der sozialistischen Formen sind bereits vorhanden, sie sind auch gar nicht so sehr unbedeutend, und sie haben gerade in jüngster Zeit eine nicht geringe Fortbildung aufzuweisen. Die Berufszählung vom Jahr 1907 liegt noch nicht ganz vor, und das Verhältnis der Anzahl der staatlichen und kommunalen Betriebe zu der der privatkapitalistischen lässt sich deshalb noch nicht genau feststellen. Nach der Berufszählung von 1895 waren 1557 Betriebe im ganzen Deutschen Reich im Besitz von öffentlichen Korporationen, vom Staat oder von Gemeinden. Das waren aber nur die Betriebe mit gewerblichem Charakter; Wasserleitungen, Eisenbahnen, Strassenbahnen, Post usw. waren nicht mitgezählt. In diesen Betrieben, die sich auf alle Berufsgruppen verteilen, waren 179 579 Personen beschäftigt. Das bedeutet, dass nur 0,1 % aller industriellen Betriebe im gesellschaftlichen Besitz und nur 2,2 % aller in der Industrie beschäftigten Personen in gesellschaftlichen Betrieben tätig waren. Die staatliche Produktion hat sich inzwischen nicht ausserordentlich vermehrt. Aber die kommunalen Betriebe haben erst seitdem ihre Entwicklung begonnen. Von den 120 000 Arbeitern, die heute in den Gemeindebetrieben beschäftigt werden, war im Jahr 1895 erst ein sehr kleiner Teil vorhanden. Und man geht nicht zu weit, wenn man die in den Betrieben der öffentlichen Körperschaften beschäftigten Personen heute auf 300 000 schätzt. Zu diesen kommen nun noch die 692 408 Beamten und Arbeiter, die nach der Berufszählung von 1907 bei den vollspurigen Eisenbahnen beschäftigt wurden. Die Eisenbahnen sind, von bedeutungslosen Ausnahmen abgesehen, heute alle *vergesellschaftet*. Von den rund 6000 Beamten und Arbeitern der schmalspurigen Bahnen kommt die Hälfte auf die staatlichen Unternehmungen. Die Post beschäftigte im Jahr 1907 insgesamt 312 708 Personen. Damit ist die Zahl der von der Gesellschaft beschäftigten Personen noch nicht erschöpft. Auch die 390 000 Verwaltungsbeamten in Staat und Gemeinde kommen für die Errichtung eines sozialistischen Baus in betracht. Und von den 299 396 Personen, die in der Berufsgruppe *Bildung, Erziehung und Unterricht* beschäftigt werden, sind sicher 250 000 von öffentlichen Korporationen fest angestellt. Das macht zusammen 1 947 408 oder rund 2 Millionen Erwerbstätige, die heute von der Gesellschaft in ihren Betrieben, in der Verwaltung oder in sonstigen Einrichtungen beschäftigt werden.

Mit deren Angehörigen umfasst dieser Kreis über 6 Millionen Einwohner: ein Zehntel der ganzen Bevölkerung. Auch wenn man die 390 000 Verwaltungsbeamten in Abzug bringt, sind noch rund 1 600 000 Personen, die mit ihren Angehörigen zirka 5 Millionen Einwohner ausmachen, in staatlichen oder kommunalen Einrichtungen tätig, von denen die wesentlichsten, wie die Eisenbahnen, Maschinenwerkstätten, die Post usw., früher im privatkapitalistischen Besitz waren und in anderen Ländern es noch vielfach sind. Dass alle diese Einrichtungen heute Eigentum der Gesellschaft sind und von dieser verwaltet werden, bedeutet die Verwirklichung eines sozialistischen Gedankens. Und nach der völligen Demokratisierung von Staat und Gemeinde wird an dem sozialistischen Charakter dieser Einrichtungen wenig mehr fehlen.

Diese sozialistische Entwicklung tritt immer deutlicher hervor und dürfte für die nächste Zeit, entsprechend der Zunahme der sozialistischen Bewegung, ein noch rascheres Tempo annehmen. Noch vor 10 Jahren sprach kein Mensch von den Gemeindebetrieben in Deutschland. Im Jahr 1907-1908 hatten aber bereits 1823 von 2590 befragten Gemeinden kommunale Betriebe. Von den Strassenbahnen, die früher alle im Privatbesitz waren, ist trotzdem erst kaum die Hälfte im kommunalen Besitz, und noch viele Gasanstalten, Elektrizitätswerke usw. sind zu kommunalisieren: das bleibt den nächsten Jahren überlassen. Auch das Streben nach kommunalen Bäckereien, Schlächtereien, Milchzentralen macht sich stark geltend. Eine Anzahl Städte hat bereits Schweinezüchtereien und landwirtschaftliche Betriebe, und die Verstädtlichung der Apotheken hat selbst ein preussischer Ministerialdirektor auf der Generalversammlung des *Ver eins für Sozialpolitik* in Wien verlangt. Welche Bedeutung aber wird erst die staatliche Produktion erlangen, wenn nur einmal die Bergwerke in Staatsbesitz übergeführt werden. Alles drängt darauf hin, und viele Industrielle verlangen das schon heute. Über 600 000 Arbeiter werden heute in den im Privatbesitz befindlichen Bergwerken beschäftigt.

Das sozialistische Werden drückt sich ganz besonders aber auch in der Entwicklung des Genossenschaftswesens aus. Von den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften nach Schulze-Delitzsch kann man hierbei absehen, sie haben keinen sozialistischen Charakter. Wohl aber die Konsumvereine, deren Wachstum ganz ausserordentlich ist, und die eine grosse und bedeutungsvolle Zukunft vor sich haben. Nach der letzten Statistik zeigt der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* folgendes Entwicklungsbild:

	1902	1906	1907	1908
Zahl der Verbandsvereine	585	929	985	1 068
Zahl der berichtenden Vereine	503	886	964	1 060
Mitgliederzahl	480 916	781 369	885 074	975 605
Zahl der Verkaufsstellen	1 261	2 324	2 562	2 829
Zahl der beschäftigten Personen	—	10 716	12 783	14 910
	Mark	Mark	Mark	Mark
Umsatz	147 895 161	258 514 822	303 794 452	349 728 334
In eigener Produktion hergestellte Waren	—	24 803 208	32 634 305	44 482 900
Erübrigung	12 477 352	19 370 284	20 995 226	21 102 782
Warenbestände	16 132 939	29 091 285	32 207 990	36 457 971
Inventar und Maschinen	3 098 181	5 586 708	6 612 341	8 308 435
Buchwert des Grundbesitzes	18 336 770	37 075 803	42 079 847	48 500 087
Eigenes Kapital	14 456 283	25 311 783	28 396 573	32 467 578
Fremdes Kapital	16 625 313	36 281 262	43 160 709	51 315 900

Die rund 1 Million Mitglieder, die fast durchweg Familie besitzen, repräsentieren eine Bevölkerungszahl von 5 Millionen, also ebensoviel wie diejenigen Personen, die in staatlichen oder kommunalen Betrieben und Einrichtungen anderer Art erwerbstätig sind. Eine Bevölkerung, so gross etwa wie die des Königreichs Bayern, erhält in Deutschland bereits ihre Existenz vom Staat oder der Gemeinde oder deckt ihren ganzen Bedarf an Lebens- und zum Teil an Gebrauchsartikeln durch eine eigene, den Handel ausschliessende Organisation. Da die englischen Genossenschaften ähnlicher Art bereits 2½ Millionen Mitglieder haben, Deutschland aber 20 Millionen mehr Einwohner als England hat, so braucht es nicht sehr lange zu dauern, bis die deutschen Konsumvereine 4 Millionen Mitglieder besitzen, eine Bevölkerung von 20 Millionen Menschen umfassend. Wenn das der Fall sein wird, dann wird auch die genossenschaftliche Eigenproduktion, in der in Deutschland heute erst für 45 Millionen Mark Waren hergestellt werden, eine andere Bedeutung erlangen. Und dass diese Genossenschaftsentwicklung in Verbindung mit der Verstaatlichung und Verstaatlichung von Produktionszweigen und dem gewerkschaftlichen und politischen Kampf die Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaft bedeutet, wer wollte das in Abrede stellen?

Das Werden des Sozialismus spielt sich vor unseren Augen ab, und sein Tempo wird im selben Mass beschleunigt wie die sozialistische Bewegung wächst. Das ist der Weg zur Macht. Erst wenn sich die sozialistischen Produktionsformen so stark herausgebildet haben, dass sie die Grundlagen der Gesellschaft bilden können, wird auch ein sozialistisches Regierungssystem möglich sein. Durch einen revolutionären Akt kann es nicht *eingeführt* werden: Soziale Gebilde können entstehen, aber nicht dekretiert werden.

Die eigentliche grosse Warenproduktion wird allerdings von den bisherigen staatlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Betrieben erst wenig berührt. Im Jahr 1895 machten die staatlichen und städtischen Industriebetriebe, wie wir sahen, nur 0,1 % aller Betriebe aus, und die Arbeiterzahl auch nur 2,2 %. Also etwa der 50. Teil der industriellen Produktion war erst vergesellschaftet. Aber das zeigt doch nur, dass die Neuformung sich erst in ihren Anfängen befindet, dass die sozialistische Entwicklung noch jung ist, dass sich Staat, Kommune und Genossenschaft in die Vergesellschaftung zu teilen haben und jeder Teil von ihnen eine besondere Aufgabe zu erfüllen hat, dass die gesellschaftliche Regelung des Verkehrswesens und die Organisation des Konsums der Organisation der Produktion zum grossen Teil auch vorausgehen musste. Wie rasch vollzieht sich aber bereits die Kommunalisierung von Betrieben! Es ist sicher zu erwarten, dass die genossenschaftliche Eigenproduktion ebenso schnell in die Höhe gehen wird, sobald der Kreis der organisierten Konsumenten gross genug dazu geworden ist. Auch die staatliche Produktion drängt nach Erweiterung. Die Staaten beginnen grosse elektrische Kraftzentralen zu errichten, um ihre Eisenbahnen zu *elektrisieren* und Kraft dann auch an Kommunen und Unternehmer abzugeben. Die Frage des Elektrizitätsmonopols ist bereits ernstlich besprochen worden. Damit würde der grösste Teil der Arbeitskraft vergesellschaftet werden.

Auch die Vergesellschaftung des Grund und Bodens beginnt ihre Laufbahn. Von den 4 544 800 Hektar Waldungen in Deutschland sind noch von früher 2 338 275 im Besitz des Staats und der Gemeinden, also mehr als die

Hälfte. Die Veräusserung staatlichen und städtischen Besitzes an Boden hat zwar bis in die jüngste Zeit angehalten, aber die Bewegung für eine Bodenpolitik im sozialistischen Sinn ist wenigstens in den Städten heute schon so stark, dass in nächster Zeit allgemein mit einer ständigen und starken Vermehrung des kommunalen Besitzes zu rechnen ist. Frankfurt am Main hat allein im Jahr 1907 31 bebaute Grundstücke mit einer Fläche von 1,37 Hektar zu einem Preis von 2,49 Millionen Mark und 2355 unbebaute Grundstücke im Wert von 14 Millionen Mark erworben, aber nur für etwa 3 Millionen verkauft. München hat seinen Besitz von 1890 bis 1900 um 3350 Hektar vermehrt, Breslau um 942, Aachen um 1565, Essen um 171, Dresden um 351 usw.

In der landwirtschaftlichen Produktion geht die Entwicklung allerdings nicht auf eine Vergesellschaftung des Grund und Bodens. Aber die 20 973 landwirtschaftlichen Genossenschaften, die im Jahr 1907 im ganzen Reich gezählt wurden, bedeuten doch auch eine beginnende Umwälzung in der landwirtschaftlichen Produktionsweise in sozialistischem Sinn, so wenig manche ihrer gegenwärtigen Wirkungen uns behagen mögen. Wenn der Bauer nicht mehr für den Markt sondern für seine Genossenschaft arbeitet, und die landwirtschaftliche Genossenschaft den Bedarf der Konsumgenossenschaften deckt, so ist das auch ein Stück Sozialismus. Beim Agrarsozialismus muss man das Wesen von der Form trennen. Die Schaffung neuer ländlicher Eigentümer aus den Kreisen der Landarbeiter¹⁾ wirkt, bei allem äussern Gegensatz, doch in der Richtung zum Sozialismus.

Die sozialen Versicherungseinrichtungen sind gleichfalls Anfänge sozialistischer Gesellschaftsformen. Nach der Berufszählung vom Jahr 1907 waren von den 61,7 Millionen Einwohnern des Deutschen Reichs rund 28,2 Millionen erwerbstätig, das sind 45,5 % der Gesamtbevölkerung. Etwa ein Fünftel der Bevölkerung ist gegenwärtig gegen Krankheit, ein Drittel gegen Unfall und nahezu ein Viertel gegen Alter und Invalidität versichert. Von 1885 bis 1907 wurden 9 Milliarden für diese Versicherungen aufgebracht und 6 Milliarden an die Versicherten ausbezahlt. Die Einnahmen der Krankenkassen haben sich von 1900 bis 1906 von 193,1 auf 314,5 Millionen oder um 63 % erhöht, während ihre Mitgliederzahl von 10,2 auf 12,9 Millionen, das heisst um 27 % gewachsen ist. Dementsprechend wuchs das Vermögen um 43 %. Ebenso stiegen die Leistungen. Die Ausgaben betragen im Jahr 1906 bereits 282,5 Millionen Mark. Im Jahr 1907 erhielten 1 Million Personen Unfallrenten, und zu Beginn des Jahres 1909 liefen 868 086 Invalidenrenten, 108 637 Altersrenten und 19 087 Krankenrenten. Seit 1900 haben sich die Entschädigungsbeträge nahezu verdoppelt. Der Vermögensstand der Invaliden- und Altersversicherung betrug im Jahr 1907 bereits 1404 Millionen, die in Genesungsheimen, Walderholungsstätten, Lungenheilstätten usw. angelegt sind. Dass alle diese Einrichtungen noch sehr unzulänglich sind und des Ausbaus bedürfen, das brauche ich nicht zu betonen. Aber das Werden sozialistischer Solidarität zeigen sie an, sie bilden die Grundlagen, auf denen weiter gebaut werden muss. Mit ihren Angehörigen umfassen die Versicherten mehr als die Hälfte der Bevölkerung.

Auch die Vergesellschaftung der Ärzte und Apotheken sehen wir vor sich

¹⁾ Siehe darüber den lehrreichen Artikel Schulz' *Das dänische Beispiel* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 1350 ff.

gehen. Über 63 Millionen Mark zahlten die Krankenkassen im Jahr 1907 als Honorar an die Ärzte, über 40 Millionen gaben sie für Arznei aus. Schulkliniken — in denen ebenfalls ein sozialistischer Gedanke zum Ausdruck kommt — werden errichtet, die Gemeinden stellen Ärzte für ihre Krankenhäuser, aber auch zur Überwachung und Leitung ihrer hygienischen Einrichtungen an: Der Arzt wird ein Angestellter der Kommunen und der Krankenkassenorganisationen. So verwirklicht sich die Forderung des sozialdemokratischen Parteiprogramms auf unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung. Die Schulspeisungen, die Säuglingsfürsorge und ähnliche Einrichtungen sind in ihren ersten Anfängen. Sie haben erst eine sehr geringe Bedeutung, aber sie geben die Richtlinien der Entwicklung nicht minder an als die staatliche, kommunale und genossenschaftliche Produktion und die soziale Versicherung.

Das Werden der sozialistischen Gesellschaft zeigt sich auf allen Gebieten. Im Schoss der kapitalistischen Gesellschaft entstehen neue, sozialistische Gebilde. Diese zur Entfaltung zu bringen und die Gesellschaft gleichzeitig demokratisch zu gestalten, das ist die sozialistische Aufgabe. In dem Mass wie die Arbeiter zu dieser Erkenntnis gebracht werden, wird ihre Hoffnungsfreudigkeit und auch ihre Kampfes- und Arbeitsfreudigkeit zur Erfüllung der Aufgabe wachsen.

RENÉ SCHICKELE · GROSSSTADTVOLK

JA, die Grossstadt macht klein . . .
 O, lasst euch rühren, ihr Tausende . . .
 Geht doch hinaus und seht die Bäume wachsen:
 Sie wurzeln fest und lassen sich züchten,
 Und jeder bäumt sich anders zum Licht.
 Ihr freilich, ihr habt Füße und Fäuste,
 Euch braucht kein Forstmann erst Raum zu schaffen,
 Ihr steht und schafft euch Zuchthausmauern.
 So geht doch, schafft euch Land! Land! Rührt euch!
 Vorwärts! Rückt aus!

DEHMEL



EIN, hier sollt ihr bleiben!

In diesen bedrückten Maien, in glanzlosen Oktobern.

Hier sollt ihr bleiben, weil es die Stadt ist,

Wo die begehrenswerten Feste gefeiert werden

Der M a c h t, und die blassmachenden Edikte erlassen werden

Der M a c h t, die wie Maschinen,

Ob wir wollen, oder nicht, uns treiben.

Weil von hier die bewaffneten Züge hinausgeworfen werden

Auf mordglänzenden Schienen,

Die alle Tage wieder

Das Land erobern.

Weil hier die Quelle des Willens ist,

Überschäumend in Wogen, die millionen Nacken drücken,

Die Quelle, die im Takt der millionen Rücken,

Im Hin und Her der millionen Glieder

Bis an die fernsten Küsten brandet.

Hier sollt ihr bleiben!

In diesen bedrückten Maien, in glanzlosen Oktobern.

Niemand soll euch vertreiben.

Ihr werdet mit der Stadt die Erde euch erobern.

[Der Gläubige betet:]

Gott, der Ihr Euren Sohn uns sandtet
 Zu aller Sünden Wiederkauf:
 Steigt nicht aus allen diesen Knechtsgebärden
 Blutrote Trauer zu Euch auf?
 Sind dieser Schweiss der Angst und der Erniedrigung,
 Des Hungers, alle Tränen der Demütigung,
 Die täglich fließen, nur der Dung
 Für i h r e Erde?
 Wo ist die u n s r e, Gott?

Sicher seid Ihr, es gibt einen Himmel: vielleicht.
 Doch will ich nicht, dass
 (Weil es dort besser ist, als hier auf Erden)
 Der Hunger meine Kinder bleicht,
 Und will nicht, dass sie Waisen werden.
 Ihr lebt in mir wie Hass.

Höre mich, o Gott!
 Ich glaube an Dich,
 Denn, wenn Du nicht wärst, müsste ich morden.
 Ich glaube an Dich,
 Denn wem sollte ich danken, dass ich
 Vor meinem Weibe Mensch geworden,
 Vor ihm wenigstens, wenn mir auch nichts gehört
 Als i h r Herz und i h r Mund, der mich dennoch oft betört
 Aufschluchzen lässt, als wäre es das einzige Glück?
 Wem sollte ich danken für das winzigste Stückchen Glück,
 Wenn nicht Dir?
 S i e gaben es mir nicht.
 Allein von ihrem Gang und ihrem Gesicht
 Schauert mein Blick mir ins Geblüt zurück,
 Wärs Du nicht, ich müsste morden.

So aber glaube ich, dass mein Hass,
 Der wie ein gutes Feuer mich verzehrt,
 Von Dir und vielfach gesegnet ist,
 Weil er Hoffnung, Liebe und Güte
 Und im Grund mein ganzes Leben ist,
 Um das ich zitternd wüte,
 Alles grausam nur verkehrt.

O Gott, ich höre Dich wie einen Vater sagen: »Lass
 Nur, bald komm ich wieder
 Und werde euer Hauptmann sein.
 Ich werde die Kleider erneuern, die ihr verschlisst,
 Eurer Frau bring ich ein neues Mieder,
 Ich selber führ euch in die prächtigen Häuser ein.

zu umfassender solidarischer Abwehr machte. Sie mussten sich damit begnügen im Verhandlungswege, rein geschäftlich, ihre Interessen zu wahren. Das aber war die Grundlage für einen Kompromiss, der die Interessen beider Parteien nach den jeweiligen Machtverhältnissen regelte. Heute streitet man nicht mehr über das Prinzip der Vertragsschliessung, heute behandelt man die praktischen Seiten der Frage, man diskutiert über die vorteilhafteste Technik, über den Ausbau der tariflichen Vereinbarungen. Auf einige solcher Spezialfragen soll auch im nachstehenden eingegangen werden.

Je mehr die Tarifverträge an Boden gewinnen, desto nötiger erscheint es zu einer schlüssigen Begriffsbestimmung zu gelangen. Die Bezeichnungen *Arbeitsarbitravertrag*, *tarifliche Vereinbarung*, *korporativer Arbeitsvertrag*, *Tarifgemeinschaft*, die oft durcheinandergeworfen, für ein und die selbe Sache angewandt werden, verdanken ihre Entstehung nicht Zufälligkeiten sondern dem Bedürfnis die Unerschiedlichkeit des Stoffs mit einem geeigneten Wort zu treffen. Jeder, der sich der Worte bedient, schiebt ihnen mehr oder weniger willkürlich einen andern Sinn unter und trägt dazu bei die Unklarheit auf dem Gebiet zu erhöhen. Wenn der wissenschaftliche Sozialpolitiker sich nur mühsam zurechtfindet, der der Praxis ebenso fern stehende Richter schliesslich zu den widersinnigsten Kombinationen über das Wesen eines Tarifvertrags gelangt, so sollte man doch wünschen, dass wenigstens in Gewerkschaftskreisen und in der Arbeiterpresse eine möglichst einheitliche Begriffsbestimmung zur Herrschaft gelangt.

Um die wesentlichen Merkmale eines Tarifvertrags zu erfassen, ist es notwendig Ursprung und Bedürfnis historisch zu ermitteln. Nicht jeder Tarif ist auch ein Vertrag, nicht jeder Tarifvertrag auch eine Tarifgemeinschaft. Individuelle Arbeitsverträge können zum Beispiel unter dem Einfluss allgemeiner Rechtsnormen und Arbeitsmethoden eine derartige Einheitlichkeit erlangen, als ob eine organisierte Einwirkung erfolgt sei. Das liess sich früher in Industrien nachweisen, in denen noch kein gewerkschaftlicher direkter oder indirekter Einfluss wirksam war. Eine ähnliche Erscheinung ist in Industrien erkennbar, in denen die Unternehmer nur aus Unternehmerinteresse, ohne dass ein gewerkschaftliches Faktum mitspielte, also kein gegen die Arbeiter gerichtetes Interesse vorlag, gemeinsam einheitliche Arbeitsbedingungen einführten. In solchen Fällen können Zeit- und Akkordlohnverzeichnisse oder Tarife entstehen, aber nicht Tarifverträge. Die auf der Grundlage von solchen Tarifen eingegangenen Verträge sind individuelle Arbeitsverträge in juristischem Sinn, ohne den ideellen Anforderungen eines Vertrags (gleiche Kontrahenten mit gleichem Interesse am Vertragsobjekt) überhaupt zu entsprechen. Wie wenig man, rein juristisch betrachtet, in einer von Klasseninteressen zerklüfteten Gesellschaft mit abstrakten Rechtsbegriffen auskommt, lässt sich an den Einschränkungen des Vertragsrechts unter Zuhilfenahme sozialer und sittlicher Gesichtspunkte erkennen, die den wirtschaftlich Überstarken Grenzen in der Anwendung seiner Macht zu ziehen suchen. Daher wird insbesondere der Arbeitsvertrag immer mehr Gegenstand des selbständig gebildeten sozialen Rechts, das im Tarifvertrag zum Ausdruck kommt.

Das früheste Entwicklungsstadium der Tarifverträge zeigt sich in dem organisierten Einwirken beider Parteien — auch wenn sich anscheinend nur eine völlig durchsetzt — auf die Normen des Abschlusses von Arbeitsverträgen

überhaupt. Die Voraussetzung hierzu sind in erster Linie Arbeiterorganisationen; die Arbeiter erscheinen nur so als Partei. Während der einzelne Unternehmer, wirtschaftlich betrachtet, immer Partei ist, ist der einzelne nicht organisierte Arbeiter es nicht; er wird erst Kontrahent, wenn ihm eine Organisation die Aussicht eröffnet die vom Unternehmer gebotenen Arbeitsbedingungen ablehnen, der Diktatur des Unternehmers sich entziehen zu können. Sobald Arbeiterorganisationen gebildet sind, beginnt der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, der jeweilig mit der Festsetzung bestimmter Minimalbedingungen einen vorübergehenden Abschluss findet. Tarifverträge in buntester Mannigfaltigkeit werden abgeschlossen. Und das war überall so, wenn nur die Arbeiterorganisation einigermaßen Einfluss gewonnen hatte. Tarifverträge sind keine moderne Erfindung. Schon das Mittelalter mit seinem stark ausgeprägten Zug nach Regelung und Ordnung aller sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zeitigte Tarifverträge in bisher nicht wieder erreichter Wirksamkeit. Bei Mangel an Arbeitskräften bewirkte der Zunftbeschluss die Festsetzung von Höchstlöhnen und einer Mindestarbeitszeit, damit nicht durch Übergebote die Meister sich gegenseitig die Gesellen abspenstig machten. Aber der Beschluss wurde umgangen. Die Meister zogen die Gesellen mit Geschenken, Kleidungsstücken usw. an sich, die neben dem gestatteten Höchstlohn gegeben wurden. Nun wurde auch der Höchstwert der gestatteten Geschenke von der Zunft fixiert. Diese für die Gesellen so günstige Lage des Arbeitsmarkts sollte sich indessen bald ändern. Die Erschwerung der Zulassung zur Meisterschaft und ähnliches erhöhten das Gesellenangebot und ermöglichten den Meistern die Löhne zu drücken: Anreiz genug für die Gesellen sich zu koalieren und ihre Interessen zu wahren, was ihnen mit wechselndem Glück auch gelingt. Sie alle oder ihre Vertreter erscheinen in der Meisterversammlung und beeinflussen deren Beschlüsse in Lohn- und Arbeitszeitfragen; sie nehmen auch an der Zunftgerichtsbarkeit teil, die später ohne weiteres als Tarifschiedsgericht funktioniert und deshalb höhere Bedeutung für die Förderung des tariflichen Arbeitsverhältnisses beanspruchte als unsere heutige Gewerbegerichtsbarkeit, der die für diese Zwecke erforderliche berufliche Gliederung fehlt. Die Zunftbeschlüsse werden vom Rat der Stadt sanktioniert: Ein Tarifvertrag, eifersüchtig von den Parteien überwacht, ist fertig; er erscheint sogar sogleich als gewerbliches Gesetz mit öffentlich-rechtlicher Anerkennung ausgestattet. Setzten die Gesellen im Guten ihre Forderungen nicht durch, so machten sie einen *Auszug*, das heisst, sie streikten bis eine Vereinbarung, oft unter Vermittelung des Rats, erzielt war.

Ein förmlicher Tarifvertrag wird schon im Jahre 1351 zwischen Webermeistern und Weberknechten in Speier nach vorausgegangenem Streik abgeschlossen. In dem Vertrag heisst es, dass die Parteien »lieblich, freundlich und gütlich geschlichtet und gerichtet« hätten und »eines Lohnes übereinkommen« sein, »den wir und alle unsere Nachkommen ewiglich geben sollen, und die Weberknechte, die nun hier sind oder je herkommen, ewiglich nehmen sollen. . . .«. Der Vertrag setzt, bis ins kleinste gehend, alle Akkordpreise fest. Seine Ewiglichkeit dauerte aber nur bis 1362. Das Überhandnehmen des Trucksystems führte in diesem Jahr zu einem neuen Abkommen, in dem ausschliesslich Geldlohn vereinbart wurde. Auch wurde festgesetzt, dass »jeder Knecht, der da ist und ferner in die Stadt kommt, schwören soll die stipu-

lierten Punkte zu halten, vorher darf keine der beiden Zünfte [Tucher und Leinweber] ihn setzen und halten. Bemerkenswert ist auch, dass nicht mehr wie bei der Differenz, die zum ersten Vertrag führte, mit der Gesamtheit der Gesellen sondern mit den Vorstandspersonen (Büchsenmeistern) des Gesellenverbands verhandelt, abgeschlossen und unterzeichnet wurde. Wir haben es demnach mit einem *Korporativvertrag* zu tun. In der Zeit der zünftischen Gesellenorganisationen will das praktisch nicht viel sagen, da Gesellen ausserhalb des Verbands ebenso wenig denkbar waren, wie Meister ausserhalb der Zunft — wenigstens innerhalb des Stadtgebiets. Gegenwärtig tritt zu den Merkmalen des Korporativvertrags noch der Ausschluss der unorganisierten Unternehmer und Arbeiter von den Vertragsbedingungen. Der organisierte Unternehmer darf nur organisierte Arbeiter zu tariflichen Bedingungen beschäftigen, der organisierte Arbeiter darf nur bei organisierten Unternehmern arbeiten. Auch jene Erweiterungen des Tarifvertrags, die neuerdings zu der Bezeichnung *Tarifgemeinschaft* führten, sind mittelalterlichen Ursprungs. In der Solinger Waffenindustrie bestanden derartige von Unternehmern und Arbeitern gebildete *Gemeinschaften* mit paritätischen Instanzen zur Erhaltung, Durchführung und Ausbreitung des Tarifs, und die Einrichtungen haben sich Jahrhunderte hindurch bis auf den heutigen Tag erhalten.

Nach den Entwicklungsstufen des Tarifvertrags lassen sich demnach folgende Begriffe feststellen:

Der *Arbeitstarif* ist ein Tarif, der, von einem oder mehreren Unternehmern einseitig festgesetzt, als Norm für Arbeitsbedingungen gilt. Er ist häufig in Industrien zu finden, in denen vorwiegend im Akkordlohn gearbeitet wird. Sein Inhalt beschränkt sich vorwiegend auf Akkordlohnpositionen.

Die *tarifliche Vereinbarung* ist, ohne Vertrag mit zeitlicher Begrenzung zu sein, ein Übereinkommen über Arbeitsbedingungen, das auch die Zustimmung der Arbeiter gefunden hat, sei es nach einer Lohnbewegung oder einem Streik, sei es nach mündlichen oder schriftlichen Verhandlungen.

Der *Tarifvertrag* ist ein Vertrag über die Grundlagen von Arbeitsbedingungen, zu dessen Beachtung sich Arbeiter und Unternehmer für eine bestimmte Zeit schriftlich verpflichten.

Der *Korporativvertrag* ist ein Vertrag, der, unter Ausschluss der unorganisierten Elemente von den Vorteilen des Vertrags, zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen abgeschlossen, nur für Mitglieder der Organisationen statthaft und bindend ist.

Die *Tarifgemeinschaft* ist eine Gemeinschaft, die Unternehmer und Arbeiter, mit oder ohne direkter Anteilnahme ihrer Organisationen, zur Durchführung, Erhaltung und Ausbreitung eines Tarifvertrags oder eines Korporativvertrags bilden.

In allen Fällen handelt es sich um eine Mehrheit von Arbeiterkontrahenten, die einem Tarif oder einem Vertrag untersteht; eine Mehrheit von Unternehmern ist praktisch nur für den Korporativvertrag und für die Tarifgemeinschaft erforderlich.

Die Rechtslage der Tarifverträge ist vorläufig noch recht verworren. Während das Reichsgericht den Tarifvertrag als eine Verabredung im Sinn des § 152, Absatz 2 der Gewerbeordnung ansieht, an deren Teilnahme niemand durch Drohung usw. gezwungen oder verhindert werden darf, betrachten viele

Gewerbegerichte den Tarifvertrag als ein Rechtsverhältnis, das über dem individuellen Arbeitsvertrag steht. Andere Gewerbegerichte wieder messen dem Tarifvertrag zwingendes Recht nur unter ganz besonderen Umständen bei. Auf den ersten Blick erscheint deshalb das Verlangen nach gesetzlicher Regelung des Tarifvertragsrechts nicht ungerechtfertigt. Allein, es ist nicht zu erwarten, dass ein gesetzlicher Eingriff im Interesse der Förderung oder auch nur des Schutzes der Tarifverträge ausfallen wird. Und ohne Garantie vor reaktionären Experimenten ist der gegenwärtige Zustand immer noch vorzuziehen. Es ist auch auffallend, dass gerade in denjenigen Kreisen, die am meisten mit Tarifverträgen zu tun haben, am allerwenigsten nach einer gesetzlichen Regelung verlangt wird. Es widerspricht gewissermassen dem Wesen des Tarifvertrags ihn mit gesetzlicher Zwangsjacke zu umkleiden. Wenn der ehrliche Wille der Kontrahenten im Einzelfall versagt, sind die Organisationen dazu da den Bestimmungen Nachdruck zu geben. Sind aber Tarifbrüche so häufig, dass sie die Organisationen nicht unterbinden können, dann ist dieser Zustand immer ein Beweis der Schwäche oder dafür, dass der Tarifvertrag überhaupt auf unhaltbarer Grundlage beruht. In solchen Fällen würden natürlich auch gesetzliche Bestimmungen versagen. Viel wichtiger ist jedenfalls die Sicherstellung des Koalitionsrechts für den Schutz der Verträge. Alles andere muss vorläufig der Selbsthilfe überlassen bleiben. Für eine Ordnung der Dinge, wie sie vielen Sozialpolitikern in der Errichtung von Zwangsschiedsgerichten, Lohntarifämtern usw. vorschwebt, fehlt die wichtigste Voraussetzung: der Organisationszwang für Arbeiter und Unternehmer. Solange dafür die Zustände nicht reif sind, wird man mit Aushilfsmitteln auch erreichen können, was man von einer Regelung der Rechtsverhältnisse des Tarifvertrags in erster Linie erwartet.

Als Hauptmangel wird es empfunden, dass der Tarifvertrag keinen Rechtsanspruch begründet. Erhält zum Beispiel ein Arbeiter, der bei einem Unternehmer, der sich zur tarifmässigen Bezahlung gegenüber der Arbeitervielleicht auch der Unternehmerorganisation verpflichtete, ohne besondere Abmachung in Arbeit tritt, nicht den tariflichen Lohn, so kann er juristisch — die Spruchpraxis der Gewerbegerichte ist leider derart — dem Unternehmer nicht beikommen. Umgekehrt würde sich ein Unternehmer natürlich auch nicht auf den Tarifvertrag berufen können, wenn zum Beispiel ein Arbeiter, der nicht ausdrücklich mit dem tarifmässigen Ausschluss der Kündigung einverstanden ist, Anspruch auf die gesetzliche Kündigungsfrist erhebt; es sei denn, dass der Tarif von der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter und Unternehmer anerkannt würde, und somit seine Bedingungen vom Gericht als ortsübliche anerkannt werden können. Solche und ähnliche Differenzen resultieren eben aus der Auffassung, dass der Tarifvertrag kein Rechtsvertrag im gesetzlichen Sinn ist. Alle diese daraus entstehenden Misshelligkeiten können aber auf sehr einfache Weise beseitigt werden. Man löse den Tarifvertrag in individuelle Arbeitsverträge auf! Man veranlasse, dass das Abkommen in die Arbeitsordnung hineingearbeitet werde und zwar mit der Massgabe, dass Einzelabkommen nur dann rechtsverbindlich sind, wenn sie sich nicht unter den Minimalbedingungen des Tarifs bewegen und nicht gegen den Geist des allgemeinen Vertrags verstossen. Rechtlich einwandfrei muss auch die Hinterlegung des Tarifvertrags und eine von

lösung des Freibiers. Und doch ist dies eine Kulturtat des Verbandes, die nicht hoch genug angeschlagen werden kann.

Nicht mit Unrecht haben die Führer der Brauereiarbeiterorganisation in ihrer grossen Mehrheit von Anfang an den übermässigen Biergenuss als den schlimmsten Feind der Aufklärung und des Fortschritts betrachtet und ihn heftig bekämpft. Aber der Widerstand, der ihnen gerade in diesem Punkt entgegen gesetzt wurde, war gewaltig. Der uneingeschränkte Biergenuss war dem Brauereiarbeiter durch vielhundertjährige Überlieferung etwas Unantastbares geworden. Ja, gerade um die Zeit der Gründung des Verbandes hatte er eine besondere Bedeutung erlangt. Das Bier war dem Arbeiter kein Genussmittel mehr, es war ihm ein Teil seines Lebensunterhalts geworden. Die Entwicklung der Brauerei zum Grossbetrieb hatte zur Folge, dass in grösseren Brauereien die bisher übliche Beköstigung abgeschafft wurde. An und für sich war das erwünscht und eine der ersten Forderungen des Brauereiarbeiterverbandes. Aber der Geldbetrag, der als Ablösung der Kost ausgeworfen wurde, war ein derartig niedriger, dass es unmöglich war die bei der schweren Arbeit des Brauereiarbeiters nötige Nahrungsmenge zu beschaffen. Ein reichliches Quantum Bier musste den Mangel an Nahrung ersetzen, es füllte den Magen und täuschte über das Elend hinweg. Man vergegenwärtige sich die Praxis, wie sie fast überall üblich war. Früh um 3 oder 4 Uhr begann die Arbeit, nachdem man kaum einige Stunden ununterbrochenen Schlafs gehabt hatte, weil vielfach zwischen dem späten Feierabend und dem frühen Arbeitsanfang Arbeiten von kürzerer Dauer verrichtet werden mussten. Schlecht genährt, weil dazu der Lohn nicht reichte, ungenügend ausgeruht, hiess es an die schwere Arbeit gehen. Kein anderes Mittel die körperliche Schläffheit zu überwinden lag näher als ein Krug kellerfrischen Biers. Ob der Brauereiarbeiter es auch oftmals fühlte, dass dieses kalte Bier zu solcher Zeit in dem nüchternen Magen wie Gift wirken musste, er trank doch, aus Gewohnheit und weil er glaubte anders nicht arbeiten zu können. Es kam ihm gar nicht zum Bewusstsein, dass ihm das Bier zum ärgsten Feind wurde, dass er durch den unzeitigen und unmässigen Genuss seine Gesundheit untergrub, dass ihm auch das Gefühl des Elends, in dem er sich befand, abhanden kam. Dazu kam die Verhetzung seitens der Unternehmer und Vorgesetzten, die wohl wussten, welchen Bundesgenossen sie bei der Bekämpfung moderner Forderungen der Brauereiarbeiter in deren übermässigem Biergenuss hatten. Die Arbeiter wurden häufig genug geradezu gegen den Verband fanatisiert, wenn man ihnen erzählte, die Verbandsführer wollten den Haustrunk abschaffen oder wenigstens einschränken. Gewiss gab es auch zu jener Zeit Arbeiter, die einem übermässigen Biergenuss abhold waren. Aber die grosse Mehrzahl trank. Es gab Leute, die unglaubliche Mengen vertilgten. Es sei nur eines Vorfalles gedacht. Als um die Mitte der neunziger Jahre der Schreiber dieser Zeilen in einer bedeutenden Bierstadt in einer gutbesuchten Brauereiarbeiterversammlung dafür plädierte für die Abgabe des Hausbiers eine Grenze zu setzen und als zu verabreichendes Quantum 6 Liter pro Tag vorschlug, erhob sich ein derartiger Tumult, dass er froh sein musste den Saal mit heiler Haut verlassen zu können. Aber das hinderte die Führer des Brauereiarbeiterverbandes nicht erst recht ihren Kampf gegen das übermässige Biertrinken fortzusetzen, wenn sie auch bei einer Forderung von 6 Liter Bier als *Wassercapostel* bezeichnet wurden. Und Geduld, Zähigkeit und Ausdauer siegten.

Das erste Ziel war eine Begrenzung des Bierquantums überhaupt, wenn auch dieses selbst oft noch recht hoch war. Sehr häufig wurden in der Folge 7 oder auch 8 Liter pro Tag festgesetzt. Dann ging es daran die Brauereien dafür zu gewinnen, dass ein Teil des Biers für die Familie mit nach Hause genommen werden durfte. Das wurde vielfach durchgeführt, und damit war ein weiterer Schritt zu mässigerem Biertrinken getan. Aber das Ziel des Verbandes war weiter gesteckt, trotz der heftigsten Gegnerschaft in den Kreisen der Mitglieder. War einmal ein bestimmtes Quantum Bier festgesetzt, so glaubten auch sonst mässige Arbeiter es vertilgen zu müssen, weil sie es dem Brauereibesitzer nicht schenken wollten und weil sie es in den meisten Ländern auch versteuern mussten. Geling es dem Verband die Bezahlung des nicht getrunkenen Biers zu erwirken, so war damit erst die Möglichkeit einer wirklichen Mässigung geschaffen. In diesem Bestreben fand der Brauereiarbeiterverband in manchen weitsichtigeren Unternehmern und in den Berufsgenossenschaften, die den Biergenuss während der Arbeit möglichst einschränken wollten, Bundesgenossen. So machte man Ende der neunziger Jahre in verschiedenen Brauereien Badens, hauptsächlich auf Betreiben des Fabrikinspektors Dr. Wörishoffer, den Versuch an Stelle des bisher verabreichten Biers einen bestimmten Geldbetrag treten zu lassen und den Arbeitern das Recht zu geben Bier zu einem angemessenen Preis von der Brauerei zu kaufen. Diesen unverbindlichen Versuchen folgte die erste tarifliche Festlegung der Bierablösung in Nürnberg und Fürth im Jahr 1902. Seit dieser Zeit haben die Bestrebungen das Bier in den Brauereien abzulösen grosse Fortschritte gemacht. Und zwar wurden dabei verschiedene Methoden in Anwendung gebracht. Am besten hat sich das sogenannte *Frankfurter System* bewährt; danach ist dem Arbeiter ein gewisses Quantum Bier zugesichert, und er erhält für die nicht gebrauchten Biermarken den entsprechenden Betrag in Geld.

Die Aufklärungsarbeit des Verbandes hat den Widerstand der Arbeiter gegen eine zweckmässige Art der Bierablösung zum grossen Teil gebrochen, und mehr und mehr sehen auch die Unternehmer den grossen Vorteil dieses Modus ein. Viele verhalten sich wohl noch ablehnend, und selbst einzelne grössere Unternehmergruppen sind bis jetzt zu tariflichen Festlegungen der Ablösung des Freibiers noch nicht zu bewegen gewesen. Aber ihre allgemeine Einführung ist nicht aufzuhalten.

Anfänglich war die Bierablösung fast ausschliesslich auf Süddeutschland beschränkt. Heute gibt es nur wenige Bezirke in Deutschland, wo nicht wenigstens der Anfang mit ihr gemacht wurde. Seit jenem ersten Versuch im Juni 1902 war bis zum Ende des Jahres 1907 die Bierablösung bereits in 206 Betrieben für 12 686 Personen tariflich festgelegt worden. Ohne Abschluss eines Tarifs, aber durch den Einfluss des Verbandes, erfolgte die Ablösung in 43 Betrieben mit 4033 Arbeitern. Im Jahr 1908 wurde die Bierablösung für weitere 2584 Arbeiter tariflich durchgeführt, und sie machte auch im laufenden Jahr weitere Fortschritte. Soweit Feststellungen durch den Brauereiarbeiterverband möglich sind, lässt sich nachweisen, dass heute in Deutschland für rund 30 000 Brauereiarbeiter die Bierablösung durchgeführt ist. Sie hat aber keineswegs an den Grenzen des Reichs Halt gemacht. Mit dem gleichen Eifer fördern die österreichischen und schweizerischen Organisationen der Brauereiarbeiter dieses Bestreben, und ebenfalls mit hervorragendem Erfolg.

Die Wirkung der Bierablösung sowohl auf die Gesundheit wie auch auf die geistige Entwicklung der Brauereiarbeiter ist unverkennbar und hoch erfreulich. Die Brauereiarbeiter stellen heute in jeder Beziehung ihren Mann, sowohl in gewerkschaftlicher wie in politischer Beziehung. Sie haben ihren Gesichtskreis erweitert, indem sie den Dunstkreis übermäßigen Biergenusses zerstreuten. Der Brauereiarbeiter von ehemals ist durch die Aufklärungstätigkeit des Brauereiarbeiterverbandes in vieler Hinsicht kaum wieder zu erkennen. War früher sein Wirkungskreis mit der Arbeit in der Brauerei abgeschlossen, hatte er nur Sinn dafür das bisschen freie Zeit, das ihm verblieb, zu verschlafen und im Biergenuss Entschädigung für seine traurige Lage zu suchen, so sehen wir heute die Brauereiarbeiter bei allen öffentlichen Angelegenheiten eifrig tätig. Sie stehen vielfach an führenden Stellen in der Partei und in der Gewerkschaftsbewegung. Selbst in verschiedenen öffentlichen Körperschaften, in Gemeindevertretungen und Landtagen, sind organisierte Brauereiarbeiter zu finden. So hat der Brauereiarbeiterverband nicht nur Verbesserungen für die Arbeiter geschaffen, die in Mark und Pfennig auszudrücken sind, sondern er hat durch unendliche Mühe und Arbeit aus gedankenlosen Arbeitssklaven denkende Menschen gemacht. Und das ist sicherlich gute, positive Arbeit, die man in das Konto der Erfolge und Errungenschaften der Gewerkschaften nicht an letzter Stelle einsetzen darf.

XX

ROMAN STRELTZOW · EINE UMFORMUNG DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATIE



CHRONIST der russischen Sozialdemokratie sein bedeutet bereits seit geraumer Zeit über innere Parteikämpfe berichten. Zurzeit steht die Partei wieder vor einer Neugruppierung. Sowohl in der *bolschewistischen* wie in der *menschewistischen* Fraktion kriselt es, und hier wie dort mehrt sich die Zahl derjenigen, die sich im Rahmen der traditionellen Fraktionspolitik nicht wohl fühlen und deshalb eine neue Existenzform suchen. Aus der *menschewistischen* Fraktion trat zum Beispiel Plechanow aus, weil ihm diese zu *opportunistisch* schien. Die *bolschewistische* Fraktion dagegen hat selbst eine Reihe ihrer hervorragendsten Mitglieder ausgestossen, da diese sich allzu *radikal* geberden. Die Ausgestossenen wollen nun, wie es scheint, eine selbständige Fraktion bilden, während Plechanow, wie es scheint, sich an die *Bolschewiki* anlehnen will; doch ist es auch möglich, dass sich aus ihm noch eine ganz neue Fraktion bilden wird. Wie dem aber sein mag, jedenfalls ist die Tatsache zu konstatieren, dass die bestehenden Gruppierungen sich im Zustand der Auflösung befinden; und dass im Schoss der Partei die Entstehung neuer Fraktionsgebilde sich vorbereitet. Die Streitobjekte, die den Anlass zu den Änderungen geben, sind bei den *Bolschewiki* ganz andere als bei den *Menschewiki*. Soviel man aus einem gegen die *Menschewiki* gerichteten Artikel Plechanows herauslesen kann, ist er mit der Stellung dieser Fraktion zur Organisationsfrage unzufrieden. Dagegen waren es taktische und rein theoretische Fragen, die die Spaltung der *Bolschewiki* herbeiführten. Eine flüchtige Übersicht der zu Tage geförderten Ansichten wird auch für die ausländischen Genossen wohl nicht ohne Interesse sein.

Ich beginne mit der für die russische Sozialdemokratie praktisch wichtigsten Frage: dem Auf- und Ausbau der Organisation. Um die Stellung der Kämpfenden zu diesem Problem beurteilen zu können, ist es notwendig eine richtige Vorstellung von dem jetzigen Zustand auf diesem Gebiet zu haben. Es ist nämlich von allen Seiten zugegeben, dass die jetzige Lage eine ganz traurige, dass der Parteiapparat fast völlig desorganisiert ist. So berichten zwei Arbeiter im menschevistischen Blatt *Golos Sozialdemokrata* über die örtlichen Parteiorganisationen das folgende:

»Während in den Jahren 1905 und 1906 ihre Mitglieder nach Hunderten und Tausenden zählten, sind ihre Reihen nunmehr dermassen gelichtet, dass man kaum von Dutzenden sprechen kann. Die Intellektuellen sind, mit wenigen Ausnahmen, aus der Partei völlig verschwunden. Und was die besonders aufgeklärten und aktiven Arbeiter anlangt, so muss ebenfalls konstatiert werden, dass mehrere von ihnen, die früher eine intensive Tätigkeit entwickelt haben, nunmehr aus der lokalen Organisation ausgeschieden sind. Innerhalb der Verbände sind somit nur wenige Arbeiter geblieben, die zudem, weil ihnen die nötige Vorbereitung fehlt, nicht im stande sind die erforderliche Parteiarbeit zu leisten. Die Folge ist, dass die Organisationen mit den Massen keine Fühlung haben, dass alle Fragen, die die Masse interessieren, in den Organisationen keinen Widerhall finden, dass die Organisationen sich im Zirkel ihrer kleinlichen Interessen bewegen und ausserhalb ihrer eigenen Grenzen keinen Einfluss auszuüben vermögen.«

So sehen die lokalen Parteigeilde heute aus. Auch mit den zentralen Instanzen ist es nicht besser bestellt. Die Redaktion des *Golos Sozialdemokrata* schildert den jetzigen Zustand wie folgt:

»Das Organisationsstatut, das auf dem Londoner Parteitag /1907/ nach den allerletzten europäischen Fassons ausgearbeitet wurde, stellte sich für unsere Wirklichkeit als unpassend heraus. Die Mehrzahl seiner Paragraphen wird nirgends und von niemandem befolgt. Während der letzten 28 Monate fanden keine 7 Konferenzen statt, wie das Statut vorschreibt, sondern deren nur 3. Die Delegierten zu diesen Konferenzen wurden nicht von den Bezirkstagungen gewählt. Der Parteivorstand hat von den Organisationen nicht nur nicht 10 % sondern nicht einmal 1 % der Einnahmen erhalten, und es bleibt überhaupt dunkel, wie er existiert, denn Berichte erstattet er der Partei nicht. Das Schlimmste ist, dass das Plenum des Parteivorstands, das vom Parteitag mit 15 Personen besetzt wurde, schon seit langem nicht mehr funktioniert; es wird durch zwei gesondert arbeitende und schlecht verbundene Teile vertreten. Die Hälfte des Parteivorstands ist ausserdem faktisch ausserhalb seines Arbeitsbereichs. Der Parteitag, der jährlich zusammenzutreten sollte, wird seit 2½ Jahren nicht berufen, und der Parteivorstand ändert nun den Berufungsmodus, wobei er die Bestimmungen des Statuts verletzt. Endlich ist von den auf dem Londoner Parteitag vertretenen 40 Lokalorganisationen kaum der dritte Teil in Tätigkeit; und von den 200 000 Arbeitern, die dort gezählt wurden, sind momentan bestenfalls 30 000 übrig geblieben, wovon auf Zentralrussland [ohne die Grenzländer: Kaukasus, Polen usw.] kaum 10 000 entfallen. Und was das Allerschlimmste ist: Niemand in der Partei glaubt ernsthaft, dass diese Lage sich irgendwie wesentlich bessern könne.«

Angesichts dieser traurigen Verhältnisse muss jeder Sozialdemokrat sich die Frage vorlegen, was man tun müsse, um den zerrütteten Parteiapparat in einen mehr oder weniger befriedigenden Zustand zu bringen. Dieses Problem kann aber nicht ohne Berücksichtigung der politischen Entwicklung gelöst werden. Und so spielen bei der Besprechung der verschiedenen Organisationsmöglichkeiten auch die Ansichten eine Rolle, die jede Fraktion von der jetzigen politischen Lage und den daraus resultierenden Aufgaben der Partei hegt. Das wichtigste Moment ist dabei natürlich die Bewertung der legalen und der illegalen Tätigkeit. Je nachdem man dieser oder jener mehr Wert beilegt, kommt man auch zu verschiedenen Auffassungen auf dem Gebiet der Organi-

sationsfrage. Die *Bolschewiki*, die bis zuletzt noch von einem nahe bevorstehenden Volksaufstand träumten, neigten mehr zu illegalen Organisationen. Für sie lag bis jetzt das Schwergewicht der Parteitätigkeit in dem Ausbau des unterirdischen Apparats, in der organisatorischen Konzentration aller Berufsrevolutionäre. Alles andere war nur Beiwerk, Nebensache. Je mehr aber die Entwicklung ihren eigenen Gang ging, desto unhaltbarer wurde diese Position, und so kann man schon jetzt eine Schwenkung der *Bolschewiki* in dieser Frage verzeichnen. Immer mehr lernen sie, dass die illegale Arbeit momentan nur eine untergeordnete Rolle spielen kann, und sie wenden ihre Blicke auf das *legale* Gebiet. Nur die extremen Anhänger dieser Richtung sind noch heute der frühern Auffassung treu geblieben und zetern deshalb gegen Lenins *opportunistische* Seitensprünge.

Im Gegensatz zu den schwankenden *Bolschewiki* und den Anarchosozialisten, wie man jetzt die extremen Anhänger dieser Fraktion nennt, verlegen die *Menschewiki* den Schwerpunkt der Parteitätigkeit in die legalen Positionen des Proletariats. Nicht aus besonderer Liebe zur Gesetzlichkeit. Es ist müßiges Geschwätz, wenn einige *Bolschewiki* die andere Fraktion der Neigung zur *Legalität um jeden Preis* bezichtigen. So töricht sind die *Menschewiki* doch nicht, dass sie unter den heutigen Verhältnissen, wo sogar die *Kadetten* eine illegale Partei darstellen, von allen illegalen Mitteln absehen wollten. Sie können sich aber der Einsicht nicht verschliessen, dass die Arbeiterklasse dem unterirdischen Russland immer mehr den Rücken kehrt und in immer grösserm Mass die offenen Institutionen schätzen lernt. Denn, wie verdammenswert auch die reaktionären Anschläge auf die Arbeiterklasse sind, die Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften, Arbeiterbildungsvereine usw. vollkommen auszurotten ist der Reaktion doch noch nicht gelungen. Und wie traurig auch die Verhältnisse in diesen Verbänden liegen, es sind nun einmal die einzigen Stellen, wo man eine reale Arbeiterbewegung beobachten kann. Ausserdem darf nicht vergessen werden, dass die Partei eine legale Vertretung in der *Duma* besitzt, die auch je länger desto mehr die Beachtung der Arbeiterklasse findet. Alle diese Institutionen bilden jetzt die Konzentrationspunkte des russischen Proletariats, und es ist deshalb natürlich, wenn diejenigen Sozialdemokraten, die nicht endlosen Fraktionshader sondern praktische Arbeit bevorzugen, aus den unterirdischen Parteiorganisationen austreten und die sozialdemokratische Tätigkeit in den erwähnten Institutionen auf eigene Faust aufnehmen. Der Sache können sie sicherlich hier weit mehr dienen, als wenn sie ihre Zeit und Kraft auf *bolschewistische* Art vergeuden wollten. Angesichts dieser Entwicklung ist nun die *menschewistische* Fraktion bestrebt die zerbrochene Parteimaschine so zu reparieren, dass alle die, die jetzt in den Gewerkschaften, Bildungsclubs usw. arbeiten, auch in der Partei ihren Platz finden könnten. Im allgemeinen schwebt ihnen diejenige Form der Organisation vor, die die deutschen Genossen während des Sozialistengesetzes gehabt haben: eine lose Verbindung, in der die nicht offen wirkenden Parteigebilde eine dienende Rolle spielen. Dass sie dabei alle *Kampforganisationen, technisch-militärischen Gruppen* usw. als abenteuerliche und demoralisierende Unternehmungen verwerfen, versteht sich wohl von selbst. Aber gerade das ruft das Missfallen der extremen *Bolschewiki* hervor und gibt ihnen mehrfach Anlass die *Menschewiki* als *Liquidatoren* der Partei zu be-

zeichnen, als Zerstörer des zerstörten Organisationsapparats. An der Hetze, die wegen der angeblich *liquidatorischen* Tendenzen des *Menschewismus* entstanden ist, sind aber nicht nur die extremen sondern auch die gemässigten *Bolschewiki* beteiligt.

Der Kampf um die Organisationsform beschäftigt auf das intensivste alle Richtungen der Partei. Dagegen ist die Polemik, die unter den beiden Flügeln der *Bolschewiki* ausgebrochen ist, eine mehr interne Angelegenheit der *bolschewistischen* Fraktion. Doch stellt diese in der Partei vorläufig noch die herrschende Richtung dar, und die Symptome des Auflösungsprozesses, in dem sie sich momentan befindet, sind deshalb von Bedeutung auch für die Gesamtpartei. Ein kurzes eingehendes Verweilen bei den Differenzen, die diese Fraktion beschäftigt, ist somit wohl begründet. Wie schon bemerkt, sind diese Differenzen mehr taktischer und theoretischer Natur. Die theoretischen Differenzen berühren das Gebiet der Philosophie und der Religion. Eine ganze Reihe hervorragender Parteischriftsteller hat sich die Ansichten Machs und Avenarius' angeeignet, die bei den Marxisten als reaktionär gelten. Bedenkt man, welche Bedeutung die Intellektuellen für die Partei haben, so wird man verstehen, dass diese philosophischen Gegensätze nicht ohne tiefe Wirkung auf das Leben der Partei bleiben können. Ebenso steht es mit der religiösen Frage, die noch in viel höherem Maas die Gemüter aufgeregt hat. Hier dreht sich der Streit darum, dass einige Schriftsteller den Sozialismus als eine Art Religion auffassen möchten. Der Wortführer dieser Richtung, Anatole Lunatscharskij, meint in seinem Buch *Religion und Sozialismus*:

»Die Sozialdemokratie würde nur gewinnen, wenn sie sagen täte: Ja, ich bin eine neue, grosse, religiöse Kraft und trage in mir eine Religion, die alle anderen ablöst und sie in der höchsten Potenz enthält. . . . Ich denke, dass, vom religiös-philosophischen Standpunkt aus, Marx das [Feuerbachsche] Werk der Hebung der Anthropologie auf die Stufe der Theologie glänzend fortgeführt hat, das heisst, er hat dem menschlichen Bewusstsein definitiv zu einer menschlichen Religion verholfen.«

In einer Kritik der von glühend religiösem Gefühl durchströmten Erzählung Gorkijs *Eine Beichte* äussert Lunatscharskij noch folgende charakteristischen Gedanken:

»Der Mensch braucht keinen Gott, er ist sich selbst Gott. Der Mensch ist dem Menschen ein Gott. . . . Gott: das ist die Menschheit. Eine totale, sozialistische Menschheit. Das ist das einzig Göttliche, was uns zugänglich ist. Dieser Gott ist nicht geboren, er wird erbaut. Wer ist der Baumeister? In der historischen Epoche, in der wir uns befinden, ist es in erster Reihe das Proletariat. . . . Gott ist die Menschheit der Zukunft, wir müssen ihn in Gemeinschaft mit der Menschheit der Gegenwart bauen, indem wir uns an die vorn stehenden Elemente anlehnen.«

Der deutsche Leser, der diese Zitate liest, wird eine Ähnlichkeit dieser Gedanken Lunatscharskijs mit den Ideen des deutschen Arbeiterphilosophen Josef Dietzgen bemerken: Dietzgen ist in der Tat die Quelle, aus der Lunatscharskij ziemlich ausgiebig schöpft; wobei es dahingestellt bleiben mag, ob er ihn richtig interpretiert. Aber während die Dietzgensche Philosophie auf dem deutschen Boden bisher keinen Anlass zu Parteispaltungen gab, dienen seine auf russisches Gebiet übertragenen Ideenreihen dort als Ausgangspunkte neuer **Parteigruppierungen**.

Es wäre indes, wie schon angedeutet wurde, nicht ganz zutreffend, wollte man meinen, dass die philosophisch-religiösen Kontroversen es allein sind, die die

Spaltung innerhalb des *Bolschewismus* verursachten. Nicht minder, wenn nicht noch mehr, waren es Differenzen politisch-taktischer Natur, die zum Austrag drängten. Und hier war es hauptsächlich die Stellung zur *Duma*, die den Kampf hervorrief. Der *Duma* wird zu viel Beachtung geschenkt: das ist der Vorwurf, den die ausgestossenen *Bolschewiki* ihren früheren Fraktionsgenossen machen. Die Propaganda des bewaffneten Aufstands wird dadurch ganz vernachlässigt: das ist die zweite Anklage, die sie erheben. Und da das Gros der *Bolschewiki* mit Lenin an der Spitze immer mehr nach rechts abschwimmt, da es die parlamentarische Tätigkeit in immer wachsendem Mass zu schätzen beginnt, so war der Bruch unvermeidlich. Der Kampf, der nun zwischen den Ausgestossenen und der Mehrheit der alten *bolschewistischen* Fraktion entbrennen wird, wird aller Voraussicht nach ein sehr begrüßenswertes Resultat zeitigen. Je mehr die Majorität der *Bolschewiki* den Gegensatz zwischen sich und ihren Gegnern hervorkehren wird, um so mehr wird sie sich der *menschewistischen* Auffassung der jetzigen Lage und der ihr entsprechenden Aufgaben nähern. Und dies wiederum wird in immer grösserem Mass die Vereinigung der kämpfenden Brüder ermöglichen. Die jetzige Gärung in der Partei ist also nicht schlimmen Charakters. Bei gutem Willen von allen Seiten kann sie zur Einheit und somit zur Stärkung der russischen Sozialdemokratie führen.

XX

RUNDSCHAU

OFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Rudolf Wissell

Aufschwung Die allgemeine Wirtschaftslage zeigt in den letzten Monaten ganz unverkennbar das Gepräge eines Aufschwungs. Auch wenn man von dem erhöhten Herbstbedarf absieht, ist er ganz wesentlich. Im August schon wurde aus dem schlesischen Steinkohlen- und dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier über erhöhten Absatz berichtet. Der Versand ging zum Teil beträchtlich über den des Vorjahrs hinaus. In der gleichen Zeit aber wurden aus dem Ruhrkohlengebiet noch Klagen laut. Trotz vieler Feierschichten waren die Bestände am Monatsschluss noch grösser als zum Beginn. Ende September konnte dann auch der offizielle Bericht der Essener Kohlenbörse für das Ruhrgebiet die Anzeichen einer Belebung des dortigen Kohlenmarkts melden. Auch bei der Roheisenherzeugung die nämliche Erscheinung. Die günstigen Berichte, die bereits zu Beginn des Sommers aus den Vereinigten Staaten eintrafen, und die zuerst vielfach als auf Stimmungsmache beruhend angesehen wurden, haben

doch eine tatsächliche Unterlage in den Verhältnissen gehabt. Inzwischen hat die Roheisenherzeugung der Vereinigten Staaten mit zirka 2380000 t im September eine Rekordziffer erreicht. Diese Besserung hat auch auf die deutsche Roheisenherzeugung eingewirkt, und in letzter Zeit sind sogar Klagen über Mangel an inländischen Arbeitskräften laut geworden. Eine Besserung wird ferner von den Stahl- und Walzwerken berichtet. Eine ganze Reihe von grösseren Werken hat auch in den letzten Monaten Ertragnisse aufgewiesen, die nach den pessimistischen Berichten zuvor kaum erwartet werden konnten. Auch die Lage der sonstigen Eisen- und Maschinenindustrie ist eine günstigere geworden. Ebenso war im Baugewerbe der Beschäftigungsgrad zufriedenstellend. In der Bekleidungsindustrie hat der Beginn der Wintersaison günstig auf die Beschäftigung und den Absatz eingewirkt.

Dieser Aufschwung der Verhältnisse ist auch aus den Berichten der Krankenkassen an das *Reichsarbeitsblatt* über die Zahl der versicherten Personen zu ersehen. Seit Dezember 1907 war gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahrs

unter Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses bei den männlichen Versicherten stets eine Abnahme zu verzeichnen. Diese stellte sich bei den berichtenden Kassen, die zirka 40% der Versicherten umfassen, noch im April auf 109 640, im Mai auf 44 383, im Juni auf 33 700, im Juli auf 21 304, im August auf 227, um dann im September in eine Zunahme von 16 017 umzuschlagen.

Für einzelne Industriezweige lassen freilich die Verhältnisse noch immer viel zu wünschen übrig. Die Lage der Seeschiffswerften zum Beispiel ist noch sehr gedrückt. Die hamburgische Finanzdeputation veranstaltete neulich Ausschreibungen über die Lieferung von Baggern und Schutten für den Hamburger Hafen- und Elbebetrieb, und diese haben nun ein wirklich auffälliges Ergebnis gehabt. Denn die Preisforderungen schwankten um fast 100%, obwohl die Lieferungsbedingungen Vorschriften über Material und Arbeit bis in die kleinsten Einzelheiten enthielten. Da selbst die billigsten Submittenten zu den ersten deutschen Werften gehören, bleibt nur die Annahme, dass die so niedrigen, einen Gewinn ganz ausschliessenden Preise nur gestellt wurden, um für den eingeschulerten Arbeiterstamm wenigstens Arbeit zu erhalten. In der Tabakindustrie haben die neuen Steuergesetze überaus ungünstig gewirkt. Aus allen Gegenden kommen seit dem 15. August Meldungen über Produktionseinschränkungen, Arbeiterentlassungen und Arbeitsverkürzungen. Über die Verteilung der zur Milderung der Steuerfolgen ausgeworfenen 4 Mill. M. werden auch Klagen erhoben. Wochenlang müssen die Arbeiter auf Antwort auf ihre Eingaben warten, und es wird geradezu um Pfennige gefeilscht. Der Bureaokratismus zeigt sich hier wieder einmal von seiner allerschlechtesten Seite. Auch die Bierproduktion hat unter den Wirkungen der Steuern zu leiden. Vielfach sind Boykotts die Folgen der von den Brauereien, zum Teil um das Mehrfache des Steuerbetrags, versuchten Preiserhöhungen. Die Wirkungen des Beschlusses des sozialdemokratischen Parteitags über den Branntweinboykott lassen sich noch nicht ziffermässig feststellen.

Börse Mit den ersten Anzeichen einer Hebung des Wirtschaftslebens hat sich an der Börse eine durch die tatsächlichen

Verhältnisse nicht zu erklärende Kurs-treiberei entwickelt. Überblickt man die Steigerung der Kurse in den Industrie- und Handelswerten — nach der monatlichen Kursstatistik der *Frankfurter Zeitung* war der Durchschnittsstand der berücksichtigten Dividendenpapiere Ende September 166,05% gegen 146,87% zur gleichen Vorjahrszeit —, so muss es ausgeschlossen erscheinen, dass die finanziellen Ergebnisse der wirtschaftlichen Besserung diesen Kursen allein die Unterlage geben. Die erwartete Verzinsung des dem Kursstand entsprechenden Kapitals wäre nur bei einer Hochkonjunktur zu erwarten. Es zeigt sich hier wieder, dass die Spekulation die Erträgnisse des bessern Geschäftsgangs gewissermassen vorweg nimmt.

Geldmarkt Die rege Spekulation erforderte natürlich auch ganz erhebliche Geldmittel; weit mehr noch als durch das Wiedererwachen von Industrie und Handel ohnehin verlangt wurden. Die Mittel der Reichsbank wurden derart in Anspruch genommen, dass sie sich zum Schutz ihres Geldbestands veranlasst sah den Diskontsatz, der seit dem 16. Februar 1909 auf 3½% stand, zu erhöhen, und zwar am 20. September auf 4% und dann am 16. Oktober auf 5%. Diese Verteuerung des Geldes hat für die ruhige Weiterentwicklung des wirtschaftlichen Lebens schwere Gefahren. Ohne Bankkredite kann unsere Industrie nicht auskommen. Je höher die Verzinsung des Geldes ist, desto geringer der Gewinn. Das fällt um so mehr ins Gewicht, wenn allseits über die Preise für die Produkte geklagt wird. Für die Arbeiterschaft ist es dann um so schwerer eine Erhöhung der in der schlechten Zeit vielfach verschlechterten Löhne wieder durchzusetzen.

Genau so wie die Mittel der Reichsbank wurden in den letzten Wochen auch die der Bank von England in Anspruch genommen. Nach der Türkei, Ägypten, Japan usw. sind ziemlich erhebliche Geldsendungen gegangen: ein Zeichen erhöhter industrieller und kommerzieller Tätigkeit auch in diesen Ländern. Ganz besonders aber sind von Amerika Ansprüche gekommen. Wohl zumeist, um der dorthier drohenden Inanspruchnahme ihrer Goldbestände entgegenzuwirken, hat die Bank von England sich veranlasst gesehen ihren Diskontsatz am 7. Ok-

tober von 2½ auf 3, am 14. Oktober auf 4 und am 21. Oktober auf 5 % hinaufzusetzen.

× **Berufsstatistik** Zahlen werden nicht gern gelesen. Aber sie lassen sich nicht immer umgehen.

Das erste amtliche Material über die Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907, die Darstellung der Bevölkerung nach der persönlichen Berufstätigkeit, ist vor einiger Zeit erschienen. Ein Vergleich der Zahlen mit denen der früheren Berufszählungen ergibt als wesentlichste Tatsachen eine bedeutende Zunahme der im Hauptberuf Erwerbstätigen und der weiblichen Berufsarbeit, dabei eine erhebliche Abnahme der der Landwirtschaft zuzurechnenden Berufsangehörigen und eine ebensolche Zunahme in Gewerbe und Handel. Lässt man die Abteilung F der amtlichen Statistik (Personen ohne Beruf und Berufsangabe) unberücksichtigt, so beträgt

	1882	1895	1907
bei einer ortsanwesenden Bevölkerung von	45 222 113	51 770 284	61 720 529
die Zahl der im Hauptberuf Erwerbstätigen	17 632 008	20 770 875	26 827 362
das sind in %	38,99	40,12	43,46

In beiden Perioden erweist sich also das Wachstum der Erwerbenden erheblich stärker als das Volkswachstum: 17,80 % respektive 29,16 % gegen 14,88 respektive 19,22 %.

Von den hauptberuflich Erwerbstätigen waren

	1882	1895	1907
männlich	13 372 905	15 506 482	18 583 864
weiblich	4 259 103	5 264 393	8 243 498
das sind auf 100 des männlichen Geschlechts	60,38	61,03	61,01
des weiblichen Geschlechts	18,46	19,97	26,37

Die prozentuale Steigerung des Anteils der Erwerbenden an der Gesamtbevölkerung ist fast ausschliesslich auf die Zunahme der Erwerbenden weiblichen Geschlechts zurückzuführen.

Auf je 100 Erwerbstätige (a) respektive Berufszugehörige (Erwerbstätige und Angehörige) (b) kommen

in der Berufsabteilung	1882	1895	1907
A (Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht usw.)	a 43,38	36,19	32,69
	b 42,41	35,74	28,65
B (Industrie einschliesslich Bergbau und Baugewerbe)	a 33,69	36,14	37,23
	b 35,51	39,12	42,75

C (Handel und Verkehr einschliesslich Gastwirtschaft usw.)	a	8,27	10,21	11,50
	b	10,02	11,52	13,41

D (Lohnarbeit wechselnder Art und häusliche Dienste nicht bei der Herrschaft Lebender)	a	2,10	1,89	1,56
	b	2,07	1,71	1,28

E (Militär-, Hof-usw.-dienst und freien Berufsarten)	a	5,43	6,22	5,75
	b	4,92	5,48	5,58

Die Land- und Forstwirtschaft ist zurückgegangen. Zwar ist die absolute Zahl der hauptberuflich Erwerbstätigen in der Landwirtschaft gegenüber der letzten Zählung von 8 292 692 auf 9 883 257 gestiegen, doch hat sich die Zahl der Berufszugehörigen von 18 501 307 auf 17 681 176 vermindert. Die Zunahme der hauptberuflich Erwerbstätigen in der Landwirtschaft entfällt ausschliesslich auf das weibliche Geschlecht. Das ist fraglos auf die Art der Zählung zurückzuführen. Es ist ganz auffallend, dass den in der Landwirtschaft gezählten 7 282 471 Arbeitern respektive Arbeiterinnen nur 2 349 581 Angehörige gegenüberstehen. Sicher sind hier eine Reihe Familienangehöriger als hauptberuflich tätig gezählt, die nur gelegentlich mit tätig sind. Die Zahl der Selbständigen ist in der Landwirtschaft um 67 751 gefallen. Von 1882 bis 1895 war sie noch um 280 692 gestiegen.

In der Industrie und im Bergbau ist die Zahl der Hauptberufstätigen von 8 281 220 in 1895 auf 11 256 254 in 1907 gewachsen. Die Hauptzunahme entfällt auf die Arbeiter, deren Zahl sich um 44,28 % erhöhte. Relativ viel grösser noch war die Zunahme bei den sogenannten *Angestellten*, dem technischen etc. Personal. Hier trat von 1895 bis 1907 eine Steigerung um 160 % ein. Erheblich ist auch das Wachstum der Abteilung C (Handel usw.). Die Zahl der Erwerbstätigen stieg von 2 338 511 auf 3 477 626; das ist eine Zunahme um 48,71 %.

Die absoluten Zahlen ergaben folgendes Bild. Es wurden gezählt:

	Selbständige	
	1895	1907
Landwirtschaft	2 568 725	2 500 974
Industrie	2 061 764	1 977 122
Handel	843 557	1 012 192
zusammen	5 474 046	5 490 288
	Angestellte	
	1895	1907
Landwirtschaft	96 172	98 812
Industrie	263 745	686 007
Handel	261 907	505 900
zusammen	621 825	1 290 728

	Arbeiter	
Landwirtschaft	5 627 794	7 283 471
Industrie	5 955 711	8 593 145
Handel	1 233 557	1 959 545
zusammen	12 817 062	17 830 121

Abgenommen hat die Zahl der für häusliche Dienste im Haushalt der Herrschaft Beschäftigten. Auf 100 der Gesamtbevölkerung kamen 1882 2,93, 1895 2,59 und 1907 2,05 Dienende.

Das wesentlichste Ergebnis der Berufsstatistik ist die anscheinliche Strukturveränderung der Gesamtbevölkerung. Die landwirtschaftliche Bevölkerung tritt zu gunsten der industriellen zurück. Des weitern wird die Entwicklung durch die prozentuale Zunahme der Erwerbstätigen und durch das erhebliche Wachstum der weiblichen Berufsflätigkeit charakterisiert.

× **Kurze Chronik** Der Wert der deutschen Einfuhr im Spezialhandel (ausschliesslich Edelmetalle) betrug in den ersten 9 Monaten dieses Jahres 6040,2 Mill. M., gegen 5620,2 Mill. M. im Vorjahr. Der Wert der Ausfuhr betrug 4795,5 Mill. M., gegen 4732 Mill. M. 1908. × Die Ein- und Ausfuhr an Edelmetallen stellte sich im 1. Vierteljahr 1908 auf 303,6 und 55 Mill. M., im 1. Vierteljahr 1909 auf 219,6 und 222 Mill. M. Betrag also der Überschuss 1908 248,6 Mill. M., so ist im laufenden Jahr ein Minderbetrag von 2,4 Mill. M. das Ergebnis. × Das Grossherzogtum Luxemburg ist laut einer Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 29. September aus der norddeutschen Brausteuergemeinschaft ausgeschieden. × Der zwischen den beiden grossen Vereinigungen der deutschen Tapetenfabriken bestehende Preiskampf ist durch den Zusammenschluss beider Vereinigungen zu einem Kartell deutscher Tapetenindustrieller beendet. × Der Zinkhüttenverband hat bis Ende September die Zinkpreise innerhalb 4 Wochen um 20 bis 22,50 M. pro t erhöht. × Die deutschen Rollschuhfabrikanten planen die Bildung eines Syndikats. × Bei 11 deutschen Konsularbehörden sind zurzeit Handelssachverständige tätig: in Rio de Janeiro, Kalkutta, Johannesburg, Sydney, Yokohama, Petersburg, Valparaiso, Konstantinopel, New York, Chicago und Mexiko. Landwirtschaftliche Sachverständige sind tätig in Kopenhagen, London, Paris, Petersburg, Rom, Chicago und Montreal. ×

Literatur

Eine neue Monatschrift für Wirtschaftskunde und Wirtschaftspolitik wird von Richard Calwer unter dem Titel *Die Konjunktur* /Berlin, Simon/ herausgegeben. Calwer will in ihr systematische Wirtschaftskunde pflegen. In dem einleitenden Artikel legt er deren Notwendigkeit dar. Systematisches Wissen sei auf dem Wirtschaftsgebiet viel zu wenig verbreitet. Jede wirtschaftliche Krise zeige, wieviel Opfer der Unwissenheit gebracht werden müssten. Ebenso wie für den einzelnen Gewerbetreibenden eine genaue Kenntnis der jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse unumgänglich sei, sei sie Voraussetzung für die Personen, die heute grosse Betriebe, Kartelle und Syndikate, Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen leiten. Es genüge nicht die Marktlage auf engem Gebiet zu kennen, es sei notwendig auch die Faktoren zu überschauen, die die Marktlage auf dem Interessengebiet in irgend einer Weise verändern können. Noch seien die Quellen dazu keineswegs einwandfrei. Die überseeische Nachrichtenübermittlung zum Beispiel stehe nicht im Dienst einer objektiven Berichterstattung. Daher müssten Einrichtungen geschaffen werden, die ohne Rücksicht auf die Interessen den Sachverhalt festzustellen suchten. Die *Konjunktur* will an die Lösung dieser Aufgabe herangehen und einen neutralen Boden zu schaffen versuchen, auf dem sich bis zu einem gewissen Grad auch die wirtschaftlichen und politischen Gegner zusammenfinden könnten und müssten. Das 1. Heft bringt ausser allgemeinen Artikeln Berichte über Warenherstellung, Arbeitsmarkt, Geldmarkt, Warenmarkt, Warenverteilung und -konsum. Dem neuen Unternehmen sei guter Erfolg gewünscht.

Sozialpolitik / Robert Schmidt

Verein für Sozialpolitik Die diesjährige Tagung des Vereins für Sozialpolitik, die vom 27. bis zum 29. September in Wien stattfand, bot einige sehr interessante sozialpolitische Erörterungen. Unsere Aufmerksamkeit richtet sich vor allem auf das von Professor Fuchs, Dr. Mombert und Dr. Weiss behandelte Thema *Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden*. Mit viel Genugtuung wurden im Kreise dieser Sozialpolitiker, von denen manche den staatssozialistischen Auffassungen des Pro-

fessors Ad. Wagner nahe standen, die Fortschritte, die die Kommunalisierung der Produktion für die Bedürfnisse der Gemeinde zu verzeichnen hat, hervorgehoben. Aber in der Debatte gelangten neben dieser Bewunderung der kommunalen Betriebe auch die Schattenseiten eines an sich richtigen Prinzips eindrucksvoll zum Ausdruck. Professor Alfred Weber erblickt in dem Anwachsen der Verstädtlichung und Verstaatlichung der Betriebe auch zugleich ein Erstarken der Bürokratie, ein Unterdrücken der freien Persönlichkeit, eine Verspiessbürgerlichung der Arbeiter, verquickt mit einem Streben als pensionsberechtigter Beamter eine Stellung zu ergattern. Diese *Papachen- und Mamachen-Existenzen*, wie Redner spöttisch bemerkte, machen charakterstarken Leuten den Aufenthalt in dieser Atmosphäre glatt unmöglich und drohen uns auch die grossen Massen zu verderben, aus denen heraus wir zu neuen grossen Kulturmöglichkeiten gelangen wollen.

Dass der staatliche und kommunale Betrieb diese Mängel reichlich aufweist und auch sozialpolitisch nicht auf der Höhe steht, wiesen die Vertreter des Gemeindearbeiterverbandes, Mohs und Dittmer, in zahlreichen Fällen aus ihrer Praxis nach. Dafür brachte auch ferner die Rede des Wiener antisemitischen Bürgermeisters Lueger einen deutlichen Beweis, der den Teilnehmern der Generalversammlung mit Stolz erklärte, dass in seinen umfangreichen kommunalen Betrieben kein Sozialdemokrat beschäftigt werde. Herr von Thiel erklärte sich schliesslich mit preussischer Schneidigkeit gegen das Streikrecht der Arbeiter in kommunalen Betrieben, gab aber, um den bürokratischen Auswüchsen zu begegnen, den überraschend verständigen Rat für ein ordentliches Wahlrecht zum Landtag und Stadtparlament zu sorgen. Das ist sicher der rechte Weg. In einem demokratischen Gemeinwesen hat die Unterdrückung der Selbständigkeit und Meinungsfreiheit des Arbeiters nach einem bürokratischen System keinen dauernden Bestand.

Bei dem zweiten Punkt der Tagesordnung, *Die Produktivität der Volkswirtschaft*, von den Professoren Philippovich, Kammerer und Wieser behandelt, wandte man sich einer theoretischen Frage zu, bei deren Behandlung Untersuchungen über Produktionsformen und technische Steigerung der Warenerzeugung kritisch beleuchtet wurden. Dieser nicht minder

wichtige Teil der Verhandlung wird erst, nachdem die Referate gedruckt vorliegen, einem grössern Kreis zugänglich sein.

×

Hansabund

Die Organisation der Interessenten des Handels und der Industrie, der *Hansabund*, hat vor kurzem die Grundsätze für die Richtschnur seines Strebens veröffentlicht. Viel kommentiert wurde die vorsichtig zurückhaltende Stellung zur Sozialpolitik, eine für den Bund natürlich gefährliche Klippe. Der *Hansabund* will eintreten: In der Sozialpolitik für eine auf die gemeinsamen berechtigten Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Vermeidung bürokratischer Ausgestaltung Rücksicht nehmende soziale Gesetzgebung, deren Fortschreiten, Inhalt und Kostenlast sowohl der Konkurrenzmöglichkeit der deutschen gewerblichen Tätigkeit auf dem Weltmarkt wie der innern wirtschaftlichen Lage Rechnung trägt und mit dieser Massgabe namentlich auf Sicherstellung der Zukunft aller Arbeitnehmer und auf Erhaltung ihrer Arbeitsfreudigkeit Bedacht nimmt. Der *Hansabund* wird sich jedoch in Gemässheit seiner allgemeinen Grundsätze auch in sozialpolitischen Fragen, unter Wahrung strikter Neutralität, jeder Tätigkeit da enthalten, wo sich entgegengesetzte Interessen und Forderungen der in ihm vertretenen Erwerbsgruppen und deren Angehörigen gegenüberstehen. Dies gilt insbesondere von entgegengesetzten sozialpolitischen Forderungen und Interessen des Grosshandels und der Grossindustrie einerseits und des Mittel- und Kleingewerbes oder Handwerks andererseits und von denen der Arbeitgeber auf der einen und der Arbeitnehmer auf der andern Seite. Der *Hansabund* vertritt nur die gemeinsamen Interessen von Gewerbe, Handel und Industrie; die Vertretung von sozialpolitischen Sonderforderungen einzelner Erwerbsgruppen, insbesondere der Unternehmer und Angestellten, muss er ihren Sonderverbänden überlassen. Dagegen hält es der *Hansabund* auf allen Gebieten, also auch auf dem sozialpolitischen, zugleich im allgemeinen und öffentlichen Interesse für seine Aufgabe auf die Milderung und tunlichste Ausgleichung der verschiedenen wirtschaftlichen Richtungen und Interessen sowohl bei den Beratungen seiner Verwaltung und den Versammlungen seiner Mitglieder wie in jeder sonst möglichen Weise hinzuwirken.

Die Scharfmacher sind mit dieser Tendenz nicht einverstanden; sie verlangen eine strikte Ablehnung aller weitergehenden sozialpolitischen Forderungen.

× **Zentralverband deutscher Industrieller** Die Ausschusssitzung am 15. Oktober beschäftigte sich nochmals mit der Novelle zur Gewerbeordnung. Besonders wurden die in der Kommission des Reichstags geforderten Lohnnämter für die Heimarbeiter scharf verurteilt. Man fürchte, so heisst es in einem Bericht über die Sitzung, dass bei dem Fortschreiten der Gesetzgebung auf diesem Weg die Betriebe nicht mehr aufrecht erhalten werden können. Es wird deshalb die Hoffnung ausgesprochen, dass die Regierung den Gesetzentwurf dem Reichstag nicht wieder vorlegen werde.

Die Lohnnämter hat die Regierung bisher mit ungefähr den selben Argumenten wie die Herren im *Zentralverband* bekämpft; insofern ist die Befürchtung der Herren unbegründet. Wenn aber unsere Industriellen ihre Betriebe in jedem Fall geschlossen hätten, in dem sie, wenn sozialpolitische Vorlagen in Sicht waren, dies androhten, müsste in Deutschland die Industrie längst ausgestorben sein.

× **Kurze Chronik** In Brüssel wird im Anschluss an die Weltausstellung im Jahre 1910 eine

Ausstellung für Heimarbeit geplant, zu deren Arrangement auch Vertreter unserer Gewerkschaften hinzugezogen werden. × Die holländische Regierung hat eine Kommission eingesetzt, die über Verhütung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Untersuchungen veranstalten soll. Der Kommission gehören unter anderen auch 7 Arbeiter an, darunter 3 Mitglieder der modernen Gewerkschaftsbewegung. × In den Vereinigten Staaten ist für die Eisenbahnarbeiter durch Gesetz der Neunstundentag vorgesehen. Leider sind für gewisse Dienste recht erhebliche Ausnahmen zugelassen, so dass der Neunstundentag nicht allgemein durchgeführt wird. Immerhin wird eine Reihe schwerer Missstände, die wiederholt Eisenbahnunfälle verursachten, beseitigt. × Für die französischen Eisenbahner wird nunmehr das Altersversorgungsgesetz in Kraft treten. × Die bayrische Regierung hat eine Verordnung erlassen, die den Theateragenturen gewisse Beschränkungen auferlegt. Es wird vor allem die

Führung bestimmter Geschäftsbücher vorgeschrieben. Wichtig erscheint, dass die Vermittlungsgebühr nicht mehr in beliebiger Höhe genommen werden darf. Die Gebühr soll 5 % der Gage nicht übersteigen und soll mit der Dauer des Kontrakts sinken. Die Gebühr darf auch nur dann erhoben werden, wenn nach der Probezeit ein festes Engagementsverhältnis eintritt. Es wäre sehr zu wünschen, dass die anderen Bundesstaaten dem Beispiel Bayerns folgten; noch mehr würde sich eine Verordnung für das ganze Reich empfehlen. × In Preussen soll die Legitimationskarte für ausländische Arbeiter vom Jahre 1910 ab für alle ausländischen Arbeiter eingeführt werden. Bisher waren nur die Arbeiter aus Italien, Österreich oder Russland davon betroffen.

× **Literatur** Mit den sozialen Errungenschaften beschäftigt sich der

Oberregierungsrat Georg Evert in einer Broschüre *Sozialer Krieg und Friede* /Berlin, Mittler/. Der Verfasser erscheint als ein Verfechter der Puttkamerschen Schule, die jeden Streik als die Hydra der Revolution ansah. Er beklagt sich über die Undankbarkeit der Arbeiter gegenüber den sozialpolitischen Fortschritten, er kritisiert Marx, ohne dass er ihn verstanden hat, und sieht das Heil von den gelben Gewerkschaften kommen. Die christlichen Gewerkschaften und die Gewerkvereine finden noch einige Anerkennung, die freien Gewerkschaften sind natürlich störende Gebilde im sozialen Frieden. Deshalb hofft der Herr Regierungsrat auf eine entschlossene Abkehr unserer Arbeitermassen von der Sozialdemokratie. Ist diese erst erfolgt, und sieht unser deutsches Unternehmertum sich einer Arbeiterwelt gegenüber, von der es nicht als Schmarotzerpflanze sondern als gleichberechtigter führender Produktionsfaktor betrachtet wird, dann wird es sicher freudig die Hand zur Versöhnung bieten. Lassen wir Herrn Evert bei diesen Hoffnungen. × Das Protokoll der letzten Konferenz der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter ist jetzt erschienen /Hannover, Brey/. Die Verhandlungen, die die Klagen der Arbeiter dieser ausserordentlich gesundheits-schädlichen Industrie wiedergeben, sind ein sozialpolitisch wichtiges Dokument. × *Das Jahrbuch für die soziale Bewegung der industriellen Beamten, das der Bund*

der technisch-industriellen Beamten herausgibt, enthält in seinem 2. Heft 1909 eine Abhandlung über Organisationsfragen der Angestelltenverbände, eine kurze Registrierung der wichtigen Entscheidungen auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung und eine Besprechung der Rechtsverhältnisse der Grubenbeamten nach der Novelle zum preussischen Berggesetz. Zu den ständigen Rubriken zählt die *Soziale Rundschau* und die *Parlamentsbeilage*. × Das *Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich* /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/ bringt die sehr wichtigen Hauptergebnisse der Berufs- und Betriebszählung von 1907. Eine Neuaufnahme bedeuten die Übersichten über Arbeitgeberverbände, vaterländische Arbeitervereine und gelbe Gewerkschaften. Ferner bilden Übersichten über die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise mit kommunaler oder staatlicher Unterstützung und über die Stellenlosigkeit in kaufmännischen Verbänden eine Erweiterung der Rubrik *Arbeitsmarkt*. × Die neue Reichsversicherungsordnung hat eine zahlreiche Literatur veranlasst. So unterzieht der Arbeitersekretär Karl Mössinger den Entwurf einer eingehenden Kritik in einem Vortrag *Die neue Reichsversicherungsordnung*, den das Gewerkschaftskartell Magdeburg als Broschüre herausgegeben hat. Er hebt die wesentlichsten Fragen kurz hervor und gibt eine gute Information über die wichtigsten Kapitel des Gesetzes. Justizrat Dr. L. Fuld ist dagegen in seinem Vortrag *Die Reichsversicherungsordnung* /Giessen, Roth/ im allgemeinen mit der Tendenz der Reformvorschläge der Regierung einverstanden. Er ist zwar weniger ein Freund der Halbierung der Krankenkassenbeiträge, hält aber das Fortbestehen der Betriebskrankenkassen für nützlich. Der Witwen- und Waisenversicherung könnten keine höheren Leistungen auferlegt werden, da sonst die Beitragslasten zu erhebliche Steigerungen erfahren müssten.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Franz Staudinger

Ethik

Was ist Ethik? Die Ethik eines Schuhmachers oder Schreiners ist sehr einfach zu verstehen. Da sind die technischen Grundlagen vorhanden und bekannt. So und so muss man es machen. Und auch wenn man neue, das bisherige Verfahren *revo-*

lutionierende Proben macht, so ruhen doch auch diese auf der vorhandenen technischen Grundlage und sind methodisch darauf aufzubauen. Kennt man dagegen die technische Grundlage sozialen menschlichen Zusammenlebens so, dass sich das methodische Verfahren daraus klar ergäbe? Wohl, so ein bisschen Gesetz und Ordnung ist schon drum herum. Nur dass sie nicht nach dem Gesichtspunkt allgemeinen Lebenszusammenhangs sondern nach dem Interesse der gerade die Haupthebel bewegenden Mächte aufgebaut, und Änderungen, die diesen schaden, verpönt sind. Warum aber vereinigen sich die Menschen nicht auf dem Gebiet, wo sie es bereits heute allgemein vermöchten, und bewirken durch ihre Massenkraft, dass für sie und ihre Interessen, nicht für die Vermehrung des Grosskapitals, direkt und indirekt produziert werden muss? Dazu haben wir doch schon die Technik. Aber da fehlt es eben noch an der *Ethik*, die dazu gehört, das heisst an dem allgemeinen Bewusstsein und dem Willen dieser Technik gemäss zu handeln. Und so haben wir heute in der Praxis die Moral des *Übermenschen*, die auf Moral und Menschheit trampelt; in der Theorie aber noch allzusehr die hergebrachte Nebelethik, die in den Fragen von Egoismus und Altruismus, von Gemeinwohl und Sympathie, von Hedonismus und Utilitarismus, von Rationalismus und Intuitionismus herumstochert und niemals zu einem andern Ziel kommt als die Katze, die mit ihrem Schwanz spielt.

Diese Gedanken traten mir wieder besonders nahe, als ich des berühmten, 1909 verstorbenen Cambridger Professors Henry Sidgwick *Methoden der Ethik*, übersetzt von Dr. Constantin Bauer, 1. Band /Leipzig, Klinckschardt/ in die Hand nahm. Sidgwick will, wie Mill und andere, die angebliche Tatsache, dass der Mensch die eigene Glückseligkeit sucht, mit der andern angeblichen Tatsache, dass er die allgemeine Glückseligkeit suchen soll, verbinden. Er sieht nicht, wie sie alle nicht, dass diese Frage auf einer wirtschaftlichen Grundlage, dem freien Handel, ruht, der einerseits sein eigenes Interesse suchen muss, dazu aber, sobald er allgemein ist, ein allgemeines Gesetz über sich braucht. Dieses allgemeine Gesetz, dem Kant doch immerhin eine über die Freihandelsbeschränktheit in einiger Beziehung hinausgehende vernünftige und soziale Formulierung zu geben verstand, soll bei Sidgwick auf einer

Intuition ruhen. Dabei wird natürlich nur die psychologische, nicht aber die soziale Seite, die doch in unserm sozialtechnischen Handeln beide verbunden sind, betrachtet. Begründet werden kann da nichts. Dass Sidgwick im übrigen auf seinem Boden geistvoll und gründlich ist, muss freilich anerkannt werden.

Im nämlichen Verlag hat Elisabeth Schwartz eine Übersetzung von J. M. Guyaus *Sittlichkeit ohne Pflicht* mit einer bibliographisch-kritischen Einleitung des Alfred Fouillée und Randbemerkungen Friedrich Nietzsches erscheinen lassen. Der früh verstorbene Verfasser, dessen *Irréligion de l'avenir* freilich bedeutender als das vorliegende Werk sein dürfte, ist geradezu hinreissend in der Kraft und Wärme seiner Darstellung. Das Leben schafft nach ihm aus sich selbst heraus die Pflicht zum Handeln durch seine Kraft zum Handeln und so auch die Sanktion durch sein Handeln selbst. Das letzte klingt anarchistisch. Und charakteristischerweise stimmt Nietzsche mehrfach gerade solchen Äusserungen zu, während er den Gedanken, dass das Leben die Pflicht erzeugt, abweist und den Trieb zur Macht, der morallos sei, an dessen Stelle setzt. Die verschiedenen Pflichten sieht Guyau als Produkte verschiedenartiger Formen des sozialen Lebens an, aber er glaubt doch gegen Spencer, im individuellen Leben sei auch eine innere Entwicklung, die Ursache der sozialen Bewegung, nicht bloss ihr Ergebnis sei. Er streift sodann auch die Kooperation, meint aber doch, ein Steuer zum unbekanntem Ziel hätten wir nicht, das müsse erst geschaffen werden; das sei die grosse Aufgabe. Jedenfalls ist die Lektüre dieser gediegenen Schrift ausserordentlich anregend, und die des Französischen Unkundigen können dem Verlag wie der Übersetzerin nur dankbar sein, dass sie sie ihnen in schöner Ausstattung zugänglich machen.

Ethik auf realer sozialer Grundlage: ein wenig findet man sie hier. Begeistert und allgemein begeisternd rauschen dagegen die Klänge in Walter Kinkels Schrift *Der Humanitätsgedanke* /Leipzig, Eckardt/ aus blauer Luft. Schon das Kapitel vom Werden des Humanitätsgedankens zeigt keinen Boden, darauf man sie pflanzen könnte. In der Luft der Begeisterung allein kann sie nicht wachsen. Und was kommt zwischen Anfang und Ende? Wohl sagt der Verfasser mit Lipps: Das Klassen- und Privilegienrecht muss

in das sitzliche Menschenrecht übergehen. Aber wie dieser schöne Wunsch zu verwirklichen sei, davon schweigt der Dichter. Die Humanität soll den Nationalhass überwinden. Schön. Aber wie kann das geschehen? Wenn die humansten Menschen auf dem Meer in einem Schiffelein hungern, so werden sie zuweilen Kannibalen. An anderer Stelle sagt er, der politische Konservatismus sei »nur die Folge der einseitigen Empfindung des Wertes der Beharrlichkeit ohne Sinn für die Erkenntnis der Veränderung«. Da muss man doch unwillkürlich aufschreien. Wenn so ein begabter und wohlmeinender Mann statt solcher leeren Abstraktions-spiele einmal den Zusammenhang zwischen Wollen und Willensunterlage an der einfachsten Arbeit eines Gassenkehrers studieren und dann diese Erkenntnis auf den freilich noch recht unvollkommen geordneten sozialtechnischen Zusammenhang der Menschen anwenden wollte, würden ihm solche Redeb Blüten nicht mehr entsteigen.

Sicherer marschiert dagegen auf realem Boden Ferdinand Tönnies in dem Büchlein *Die Sitte* in Martin Bubers Sammlung *Die Gesellschaft* /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/. Es ist ein populäres, leicht lesbare, gründliches Werkchen, das durch den geringen Anschaffungspreis von 1,50 M. nicht allzu schwer zugänglich ist. Viele Einzelheiten sind auch für den Kundigen interessant. Sehr zuzustimmen ist Tönnies, wenn er am Schluss, das Verhältnis von Sitte zu Sittlichkeit behandelt, zwar die Sitte für notwendig erklärt, aber doch ein Gesetzbuch der Ethik unabhängig von der Sitte »zum Schaffen der Gemeinschaft« entworfen wissen will. Ich wünschte nur, er möchte die Sitte einmal systematisch eingehender daraufhin untersuchen, welchen Anteil die blosse Tradition und welchen die gesellschaftlichen Neubildungen haben, wenn Sitten sich umformen. Er wäre der Mann dazu.

Ganz im Gegensatz zu dieser Schrift steht *Die Religion der Tat* von Werner Schütz /Düsseldorf, Schmitz & Olbert/. Sie ist zwar von der Ortsgruppe des *Deutschen Monistenbundes* in Düsseldorf der Herausgabe gewürdigt worden, besitzt aber die wissenschaftliche Qualifikation dazu nicht. Auch da, wo man mit dem Verfasser übereinstimmt, vermisst man gar sehr den Zusammenhang und die Begründung. Das Schönste an der Schrift ist der wissenschaftliche Moralgrund-

satz, dass man kein Recht habe unbewiesene Behauptungen an Stelle des Wissens zu setzen. Das Böse aber ist, dass dieser Grundsatz blosses Paradedstück ist. So, wenn der Verfasser in dogmatischer Weise jeden Dualismus der Weltanschauung und Lebensführung für irrig und kulturhemmend und nur den Monismus für allein richtig erklärt. Weiss er doch wohl schwerlich, ob wir ein oder mehrere Grundelemente haben, und was der Träger des Geistigen ist, ebensowenig wie ein Geistlicher, der den Dualismus predigt. Wenn er sodann gegen die Emanzipation der Frau etc. Ladenhüter ältester Observanz aufbügelt, so lächelt man freilich. Ebenso, wenn er sich nicht schämt heute noch zu behaupten, die Sozialisten »wünschten nichts glühender als die Bourgeois an die Laternenpfähle zu knüpfen«. Aber man klappt das Buch zu und fragt sich höchstens nur, was für ein Unterschied zwischen diesem Monistenpater und dem Patriarchen im *Nathan* sei. Dieser, der die stolze menschliche Vernunft von vornherein verwarf, brauchte jedenfalls nicht seinem eigenen wissenschaftlichen Grundsatz ins Gesicht zu schlagen. Durchaus andere Qualitäten weist die Darwinrede des Bonner Privatdozenten Dr. Erich Becher *Der Darwinismus und die soziale Ethik* /Leipzig, Barth/ auf. Wenn man auch hier nicht mit allem übereinstimmt und besonders die soziale Ethik, die doch das Thema erwarten lässt, gar zu sehr in Einzelheiten aufgelöst findet, so ist doch die Arbeit sonst klar und gut durchgeführt. Der Verfasser betont unter anderm die Notwendigkeit die bestehenden Situationsunterschiede auszugleichen und behandelt die Gemeinschaft auch vom biologischen Gesichtspunkt aus. Freilich, wie eine besondere soziale Struktur die Situationsunterschiede hervorbringen, eine andere sie eventuell beseitigen kann, wird nicht berührt. So bleiben verschiedene Erörterungen über Abnahme der Geburten, Ehe, Kampf gegen Krankheiten und verbrecherische Anlagen etwas in der Luft hängen. Wenn er zum Beispiel die Feststellung Dugdales mitteilt, dass von den 834 direkten Nachkommen einer 1740 geborenen Frau 400 prostituiert, Vagabunden, in Armenhäusern und 76 Verbrecher waren, und dass sie an Gefängnis, Armenunterstützung und direktem Schaden den Staat 5 Mill. M. gekostet haben, so müsste man doch dabei wissen, wie viel davon der Situation, das heisst der wirt-

schafflichen Lage und der Erziehung und Beeinflussung durch die Umgebung zuzuschreiben sein möchte, ehe man den Fall als *typisch* für verbrecherische Vererbung anführen könnte. Und selbst dann wäre immer noch die Frage, ob und wie weit nicht durch geeignete Behandlung selbst verbrecherische Erbneigungen an der Entwicklung gehindert werden könnten. An einem Baumschössling sind gar viele Knospen, und man kann die oder jene, wenn man es versteht, zum Treiben bringen oder am Austreiben hindern.

In dieser Hinsicht gibt das Büchlein Musgraves *Die Seelenschmiede von Redhill* /Frankfurt a. M., Neuer Frankfurter Verlag/ verschiedene gute Winke, wie man es mit verwahrlosten Kindern machen und nicht machen soll. Wenn Musgrave schildert, wie die in England zu Zwangsziehung verurteilten jungen Leute die Anstalt lieb gewinnen und freie Disziplin üben lernten, und wenn er verschiedene Zwangsbehandlungen in Deutschland damit vergleicht, so wird einem etwas beschämt zu Mut. Es tröstet nicht ganz, wenn Dr. Agnes Gerling in der *Frankfurter Zeitung* ihm mit einigem Recht vorwirft, er habe die englische Anstalt zu rosig und die deutschen zu schwarz gemalt, dort seien nicht 1 %, wie er angibt, sondern 9 % der Zöglinge rückfällig geworden, und er habe gerade eine relativ gute englische Anstalt schlechten deutschen, die er nicht einmal nenne, gegenübergestellt. Die neuerlichen Veröffentlichungen über derartige Anstalten in Posen etc. genügen, um sehr misstrauisch zu machen. Die Deutschen sind zwar schwerlich liebloser als andere Völker, aber sie sind vielleicht etwas erblich belastet durch die nicht erst seit Friedrich Wilhelm I. eingebürgerte und seit einiger Zeit wieder verstärkte Polizeigewohnheit das richtige Verhalten einzureglementieren, einzuschmauzen und einzuprügeln, was denn oft auf der andern Seite eine oppositionelle Mannhaftigkeit am falschen Ende erzeugt.

× ×

Religion Nur als Phase in der Religionsentwicklung will Paul Pflüger, Pfarrer in Zürich, in seiner *Religion der Modernen* /Zürich, Schröter/ das Christentum, das er sonst wert hält, ansehen. Wir haben nicht mehr die Religion, die Jesus eigen war. Unsere Weltanschauung ist anders, und die Zeit der Autori-

täten und der absoluten Werte ist dahin. Während die Moral sozialer wird, wird die zukünftige Religion individualistischer werden und eine grössere Anzahl kleiner Gemeinschaftsbildungen zeitigen, die aber einander duldsamer gegenüberstehen. Ob diese Idee, die sich mit der Penzigs berührt, richtig ist, bleibe dahingestellt. Möglich wäre doch auch, dass wir die Religion des Innenlebens, die freilich, wie Pflüger richtig sagt, nicht mit der Ethik zusammenfällt, gar nicht mehr abgesondert sondern in und mit den übrigen Angelegenheiten unseres Lebens pflegen lernten, ohne dass sie doch Schemen ist. Ob dann die heutigen Kirchen, die ja auch weit minder durch ihre eigentlich religiösen als durch ihre sozialen Funktionen zusammengehalten werden, wegfallen und ihre Funktionen an andere Institutionen abgeben, oder ob sie bestehen bleiben und ihre Funktionen verändern, oder ob einst allgemeinere und besondere Organisationen neben einander vorhanden sein werden, liegt noch in zu weitem Feld, um erörtert werden zu können. An das Schriftchen *Religion eines Modernen* in 14 Sätzen ein persönliches Glaubensbekenntnis des Verfassers, ein Gedanken-, Willens- und Gemütsbild, darin sich innere Sammlung, Gefühl der Kleinheit und der Unendlichkeit in Denken und Streben, Leben und Tod, soziales Ideal und Persönlichkeitsbewusstsein in einem Brennpunkt findet. Ich habe das Gefühl noch nirgends so schön die wesentlichen Grundbestandteile dessen, was man *Religion der Modernen* nennen kann, und so bezeichnend zusammengestellt gesehen zu haben.

×
Kurze Chronik Am 17. September ist in Leipzig Geheimrat Professor Dr. Heinze gestorben.

Am bekanntesten ist er in philosophischen Kreisen durch seine Weiterführung von Ueberwegs *Grundriss der Geschichte der Philosophie* geworden, den er zu einem umfassenden Nachschlagewerk ausgestaltet hat. Daneben hat er unter anderm eine Reihe von Artikeln der *Allgemeinen deutschen Bibliographie* verfasst und ist Mitbegründer der von Avenarius ins Leben gerufenen *Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Philosophie* gewesen.

×
Literatur Seit dem 1. Oktober erscheint in Leipzig eine *Internationale philosophisch-soziologische Literaturzeitung*,

herausgegeben in zwanglosen Heften zu 50 Pf. × Die verdienstvolle *Philosophische Bibliothek* / Leipzig, Dürr/ hat eine Übersetzung von La Métrics *L'homme machine*, mit einer Vorrede und mit Anmerkungen von Max Brahn versehen, neu aufgelegt. Zwei weitere Bände der gleichen Sammlung bringen eine Auswahl von Lessings und von Schillers philosophischen Schriften. Es erübrigt sich auf den Nutzen dieser Ausgaben besonders hinzuweisen.

Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Lichtsinnesorgane der Laubblätter Im *Jahrbuch für wissenschaftliche Botanik* berichtet Professor Haber-

landt über neue Versuche zur Physiologie der Lichtsinnesorgane der Laubblätter, durch die er seine mehrfach bestrittene Theorie zu stützen sucht.

Dass die grünen Laubblätter die Fähigkeit besitzen sich gegen das einfallende Licht so zu orientieren, dass die wirksamen Strahlen senkrecht zur Blattfläche stehen, ist eine längst bekannte Tatsache. Diese sogenannte *fixe Lage* ist für die Pflanzen nützlich, weil die Blattfläche in ihr das meiste Licht empfängt, wodurch die Kohlenstoffassimilation wesentlich gefördert wird. Das Einrücken eines in ungünstiger Stellung befindlichen Blattes in die fixe Lichtlage geht durch entsprechende Krümmungen oder Drehungen des Blattstils respektive des Gelenkpolsters am Blattstil vor sich; doch zeigten Versuche, bei denen entweder das Gewebe des Blattstils oder die Blattspreite (Blattfläche) gegen die direkte Einwirkung des Lichts geschützt waren, dass die genauere Einstellung in die günstige Lichtlage nur infolge der Lichtempfindlichkeit der Blattspreite erfolgt, während der Stil nur die grobe Einstellung zu vermitteln vermag und bei manchen Pflanzen gar nicht lichtempfindlich ist. Er gehorcht hier der Spreite ebenso wie der Hals dem Kopf des Menschen, der sich zur Seite wendend eine Lichtquelle fixiert.

Haberlandt hatte bereits vor einigen Jahren gezeigt, dass als Perzeptionsorgan des Blattes für das Licht nicht die inneren Gewebe in Frage kommen können, sondern nur die obere Epidermis. Diese besteht in der Regel aus einer einzigen Lage farbloser Zellen, deren Aussenwände meist mehr oder weniger papillenartig vorgewölbt sind, während die inneren Wände eben sind. Jede Epidermiszelle stellt somit eine plankonvexe

respektive bikonvexe Linse dar, bei der der durchsichtige Zellsaft als lichtbrechendes Medium fungiert. Eine solche Sammellinse muss auf der tangentialen Innenwand eine hell leuchtende, von einer dunklen Zone umgebene Fläche erzeugen. Dass es sich in der Tat so verhält, zeigt in einfacher Weise der *Linseversuch* Haberlandts: Man trennt die Epidermis mit einem scharfen Schnitt ab, bringt sie auf ein Deckglas, das mit dem Präparat nach unten auf einen Glasring gelegt wird, der einem Objektträger aufgeklebt ist; die Papillen sind also abwärts gerichtet. Als Lichtquelle dient der Planspiegel des Mikroskops. Stellt man nun das Mikroskop auf die Innenwände der Epidermis ein, so sieht man bei senkrechtem Einfallen des Lichts in jeder Zelle das helle Mittelfeld und die dunkle Randzone. Wird der Spiegel etwas zur Seite geschoben, so dass das Licht schräg einfällt, so rückt auch das helle Mittelfeld zur Seite, und die zentrische Intensitätsverteilung des Lichts geht in eine exzentrische über. Das Blatt besitzt also in der papillösen Epidermis ein ausgezeichnetes optisches Mittel, um sich über die Richtung des einfallenden Lichts zu orientieren. Haberlandt glaubte anfangs, dass sowohl der Unterschied zwischen Hell und Dunkel wie der zwischen zentrischer und exzentrischer Beleuchtung der Innenwände von der Pflanze respektive dem Blatt empfunden wird, und zwar in der Weise, dass bei zentrischer Beleuchtung, also bei senkrechtem Einfallen der Lichtstrahlen, heliotropisches Gleichgewicht herrscht, während bei exzentrischer Beleuchtung eine heliotropische Reizbewegung ausgelöst wird, durch die die zentrische Intensitätsverteilung und damit das Gleichgewicht wieder hergestellt wird. Es kommen aber auch Blätter mit vollkommen ebenen Aussenwänden der Epidermis vor, die trotzdem gleichfalls die Fähigkeit besitzen die Richtung des Lichts zu perzipieren. Hier bilden aber die tangentialen Innenwände der Epidermiszellen Vorwölbungen nach dem Blattinnern, so dass bei senkrecht einfallendem Licht die mittleren Partien der Innenwände stärker beleuchtet werden als die nur schräg getroffenen Randpartien; bei schräg einfallendem Licht erhält umgekehrt die Randzone mehr Licht, so dass auch bei diesen Blättern eine entsprechende Änderung der Intensitätsverteilung auf der Innenwand der Epidermiszellen stattfindet. Doch ist die pa-

pillöse Epidermis viel mehr verbreitet, und die Helligkeitsunterschiede sind bei ihr auch entschieden beträchtlicher als bei der zuletzt erwähnten optischen Einrichtung.

Um zu beweisen, dass tatsächlich die als Sammellinse wirkende Epidermiszelle die Lichtperzeption bewirkt und für das Zustandekommen der Bewegung des Blattes wesentlich ist, tauchte Haberlandt die Blätter respektive die ganze Pflanze unter Wasser. Da der wässrige Zellsaft nahezu das gleiche Lichtbrechungsvermögen hat wie Wasser, so kann unter solchen Umständen von einer Linsenwirkung der Epidermiszellen nicht mehr die Rede sein. Tatsächlich ergab sich; dass den untergetauchten Blättern mit papillöser Epidermis die Fähigkeit abgeht sich in die fixe Lichtlage einzustellen, was um so entscheidender ist als es Blätter gibt, die auch unter Wasser sehr wohl in die günstige Lichtlage einrücken; das sind aber durchgehends Blätter mit der vorher erwähnten seltener vorkommenden optischen Einrichtung, wobei die Epidermisaussenwände eben sind, während die Innenwände Vorwölbungen nach dem Blattinnern zeigen.

Trotzdem ist die Haberlandtsche Theorie bestritten worden. Kniep bedeckte die papillöse Epidermis statt mit Wasser mit Paraffinöl, dessen Brechungsexponent den des Wassers und des Zellsafts erheblich übertrifft. Jede Epidermiszelle wird auf diese Weise von einer plankonvexen Linse (einer Zerstreuungslinse) aus Paraffinöl bedeckt, so dass bei senkrecht auffallendem Licht die Mitte der Innenwand dunkel erscheinen und die Lichtintensität nach den Rändern zunehmen muss, die Beleuchtungsverhältnisse denen in normalen Blättern also gerade entgegengesetzt sind. Aber auch diese Blätter stellten sich in die fixe Lichtlage ein.

Auf grund dieser Versuche liess Haberlandt die Annahme, dass von den lichtperzipierenden Epidermiszellen der Unterschied zwischen Hell und Dunkel empfunden wird, fallen, so dass als wesentlich nur die Empfindlichkeit zwischen zentrischer und exzentrischer Intensitätsverteilung anzusehen wäre. Nach dieser Auffassung verhalten sich die Epidermiszellen, worauf Ernst Mach aufmerksam gemacht hat, ganz analog dem menschlichen Auge, »das sich dann in der heliotropischen Gleichgewichtslage befindet, wenn das Bild eines fixierten Gegenstands, zum Beispiel einer Flamme, auf

die Macula lutea fällt. Dies entspricht der zentrischen Intensitätsverteilung des Lichts auf den Epidermisinnenwänden. Rückt das Bild auf die rechte oder linke Seite der Netzhaut, so dreht sich das Auge, bis das Bild wieder auf die Macula lutea fällt. Sowie nun der Mensch mit seinem Auge unabhängig vom jeweiligen Adaptionzustand der Netzhaut das betreffende Objekt zu fixieren vermag, sei es nun ein helles Feld auf dunklem Grund oder umgekehrt ein dunkles Feld auf hellem Grund, so vermag auch das Laubblatt unabhängig von dem Adaptionzustand, von der Lichtstimmung seiner lichtempfindlichen Plasmahäute, nur auf grund der Unterschiedsempfindlichkeit bezüglich zentrischer und exzentrischer Lichtverteilung auf den Epidermisinnenwänden, sich senkrecht zur Richtung des einfallenden Lichts einzustellen, das heisst die optischen Achsen seiner Epidermiszellen parallel zur Lichtrichtung zu orientieren und so die Lichtquelle gewissermassen zu fixieren.

Noch aus anderen Benetzungsversuchen wurden die Haberlandtschen Anschauungen als irrig bestritten. Weil durch Benetzung mit Wasser und Bedeckung mit einem Glimmerplättchen die Linsenwirkung der Epidermiszellen ausgeschaltet wurde und trotzdem die Blätter lichtempfindlich blieben, glaubten manche Forscher die Haberlandtsche Theorie verwerfen zu müssen. Haberlandt konnte jedoch zeigen, dass auch in den benetzten Blättern mindestens bei schräger Beleuchtung auf den Innenwänden infolge von Reflexionen Unterschiede in der Intensitätsverteilung auftreten, die zwar viel kleiner sind als bei unbenetzter Epidermis, aber in gleichem Sinn zu einer exzentrischen Lichtverteilung führen. Die zu Anfang erwähnten neuesten Versuche Haberlandts sind Benetzungsversuche nach einer neuen Methode. Bei ihnen wurden die Versuchsblätter nur teilweise mit Wasser benetzt und mit dem Glimmerplättchen bedeckt; zwischen der benetzten und der unbenetzten Blattpartie wurde ein leichter schwarzer Papierschirm angebracht, und dann wurden die beiden Blattpartien von entgegengesetzten Seiten schräg beleuchtet. Der Blattstil krümmte sich nun immer der Lichtquelle zu, die die trockene Blattpartie beleuchtete. Dies geschah selbst dann, wenn bei gleich starker Beleuchtung die benetzte Blattfläche 2,2 bis 4,8 mal so gross war wie die unbenetzte, oder wenn das benetzte Stück doppelt

so intensives Licht empfing wie das gleich grosse unbenetzte.

Damit dürfte wohl endgültig die Linsenwirkung der Epidermiszelle als massgebend für das Einrücken der Laubblätter in die günstige Lichtlage entsprechend den Haberlandtschen Anschauungen erwiesen sein.

Zum Schluss mag noch bemerkt werden, dass zwar meistens alle Zellen der oberseitigen Epidermis in gleicher Weise an der Lichtperzeption beteiligt sind. Doch kommt auch eine gewisse Arbeitsteilung innerhalb der Zellen vor, indem nur gewisse Zellen, die anatomisch und physiologisch scharf von ihren Nachbarzellen unterschieden sind, der Perzeption der Lichtrichtung dienen. Wegen ihrer Ähnlichkeit mit den sogenannten *Richtungsaugen* mancher niederen Tiere hat Haberlandt sie *Ocellen* genannt.

×

Kurze Chronik In Neapel starb der hochverdiente Begründer und Leiter der zoologischen

Station Professor Dr. Anton Dohrn im 69. Lebensjahr. × Im Alter von 74 Jahren starb Cesare Lombroso, der Begründer der Kriminalanthropologie. × Auf der 81. deutschen Naturforscherversammlung, die vom 19. bis zum 25. September in Salzburg tagte, ergriff der Berliner Geograph Penck das Wort zu dem bekannten Streit Peary-Cook. Er betonte, dass eine Nachprüfung der Behauptungen beider Nordpolfahrer oder Nordpolarreicher vor allem deshalb nicht gut möglich sei, weil sie die Erreichung des Nordpols als einen Sportrekord betrieben hätten; gerade hierdurch sei aufs neue zum Bewusstsein gebracht worden, wie notwendig die systematische wissenschaftliche Erforschung der Polargegenden sei. × Der Halleysche Komet ist in der Frühe des 12. September von Professor Max Wolf in Heidelberg photographisch wieder gefunden worden, und zwar als kleiner Nebel 16. Grösse dicht an dem von den Herren Cowell und Crommelin vorausberechneten Ort. Er ist dann am 15., 17. und 24. September auch direkt beobachtet worden und dürfte bald auch in mittelgrossen Fernrohren sichtbar werden. Seine Sonnennähe wird er am 20. April 1910 erreichen.

×

Literatur Der Krönersche Verlag in Leipzig hat seine Volksausgaben durch Charles Darwins *Geschlechtliche Zucht-*

wahl vermehrt. In diesen Volksausgaben sind bereits *Die Entstehung der Arten* und *Die Abstammung des Menschen* erschienen. Darwin hat das letztgenannte Werk bekanntlich mit der *Geschlechtlichen Zuchtwahl* vereinigt im Jahr 1871 herausgegeben. Bedenken hingegen wurden gleich nach der Veröffentlichung laut. Darwin selbst äusserte hierzu, dass ihm der Nachteil der Vereinigung der beiden Gegenstände nicht entgangen sei, doch wusste er nicht, wie er ihn vermeiden konnte. Gleichwohl halte ich die Trennung in 2 Bände, die in der Volksausgabe vorgenommen ist, nicht für schädlich. × Unter dem Titel *Der gegenwärtige Stand der Abstammungslehre* /Leipzig, Teubner/ hat Professor Dr. L. Plate, der Nachfolger Haeckels, den Vortrag, den er im *Deutschen Monistenbund* in Berlin gehalten hat, in etwas erweiterter Form herausgegeben. In den Stand der Probleme, die gegenwärtig die Forscher bei der Deszendenztheorie beschäftigen, führt er aber nur sehr unvollkommen ein. Das Skizzieren der Beweise für die Tatsächlichkeit der Deszendenz mag in einem populären Vortrag immerhin noch angebracht sein, aber es nimmt einen zu breiten Raum ein, ebenso die Polemik gegen die sogenannten *Gegner*, die besonders in dem Teil, der sich gegen das Christentum oder, wie Plate will, gegen die Orthodoxie wendet, recht oberflächlich ist. Das eigentliche Thema füllt noch nicht den 4. Teil des 57 Seiten starken Heftchens. × Das Buch Wilhelm Bölsches *Aus der Schneegrube* ist bei Reissner in Dresden in einer neuen Volksausgabe erschienen. Es führt den Untertitel *Gedanken zur Vertiefung des Darwinismus*. Bölsche geht in seiner interessanten Art auf die Schicksale des Darwinismus und auf dessen Zusammenhang mit der Bildung einer Weltanschauung ein. Ein anderes, neues Buch Bölsches *Das Pferd und seine Geschichte* /Berlin, Bondi/, in dem er die Entwicklung des Pferdes schildert, bildet den 2. Band seines in dieser Zeitschrift bereits besprochenen *Tierbuchs*, einer volkstümlichen Naturgeschichte. Der 1. Band schilderte die Entstehung der Säugetiere überhaupt und wandte sich dann den sogenannten *Cernaystieren* zu, einer uralten Säugetiergruppe, die die Ur- und Ausgangsgruppe aller späteren uns heute noch bekannten höheren Säugetiere bildet. × In seinem Buch *Ernst Haeckel* /Leipzig, Barth/ bringt Waither

May im wesentlichen Tatsachen ohne eigene kritische Beurteilung. Das zusammengetragene Material ist gut geeignet dem Leser eine Unterlage für ein eigenes Urteil über Haeckel zu geben, den Mann, dessen Charakterbild wie das keines andern Gelehrten unserer Zeit von der Parteien Gunst und Hass entsteht in der Geschichte schwankt. × *Die Mechanik des Weltalls* von Ludwig Günther /Leipzig, Teubner/ soll eine volkstümliche Darstellung der Lebensarbeit Johannes Keplers sein. In ausführlicher Weise wird gezeigt, wie Kepler seine Probleme aufstellte und behandelte und schliesslich zu seinen berühmten Gesetzen geführt wurde. Den Abschluss von Keplers Lebensarbeit bildet das Newtonsche Gravitationsgesetz, das daher in einem Schlussabschnitt noch mit erörtert wird. × Die an anderer Stelle hier erwähnte Sammlung von Einzelschriften aus reiner und angewandter Wissenschaft *Wissen und Können*, herausgegeben von Professor Weinstein, /Leipzig, Barth/ bringt unter anderm Margaret Warner Morley *Vom Leben*, deutsch von Marie Landmann, ein Werkchen, das in verständlicher und gefällig geschriebener Weise in die Lebenserscheinungen der Pflanzen und Tiere einführt. In der selben Sammlung erschien Wilhelm Foerster *Über Zeitmessung und Zeitregelung*. Dieses sehr lesenswerte Büchlein setzt immerhin einige mathematische Kenntnisse voraus; im 5. Kapitel, das die Pendeluhrn behandelt, die gegenwärtig den Gipfelpunkt der Zeitmessungseinrichtungen darstellen, ist der Autor nicht davor zurückgeschreckt Differentiale und Integrale zu benutzen. × Eine neue volkstümliche Bibliothek erscheint im Verlag von Josef Singer in Charlottenburg. Die ersten uns vorliegenden Bändchen, *Osswald und Blücher Essbare und giftige Pilze Mitteleuropas* und *Praktischer Führer durch die heimische Pflanzenwelt*, Müller und Heinrichs *Die wildwachsenden und im Garten gezogenen Heilpflanzen*, Neumann und Kirsch *Unsere gefiederten Freunde aus Wald und Flur*, zeichnen sich durch eine sorgsame Ausstattung und recht gute farbige Abbildungen aus. Weitere Bände bringen Übersetzungen von Darwins Hauptwerken, jedoch nur in ausgewählten Kapiteln, während von den nicht übersetzten Teilen nur kurz der Inhalt angegeben ist. Bölsches *Entwicklungslehre im 19. Jahrhundert* ist ein Abdruck der im Jahr 1901 in der

vom *Verlag Aufklärung* herausgegebenen Sammlung *Am Anfang des Jahrhunderts* erschienenen Studie.

Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft Unter dem Titel *Die Aufgaben der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft* /Tübingen, Mohr/ hat Professor Adolf Weber ein Büchlein publiziert, das sich mit grosser Entschiedenheit gegen die Missachtung theoretischen Begreifens und die unklare Vermischung ethischen Rasonnements mit wissenschaftlicher Untersuchung in der durch Schmoller als Haupt vertretenen historisch-deskriptiven Nationalökonomie wendet. Er hebt mit Recht hervor, dass diese Schule, soviel wertvolles Material sie zusammengetragen und verarbeitet hat, keineswegs die Deduktionen und das Isolierverfahren der klassischen Nationalökonomie, in Sonderheit Ricardos, widerlegen noch die dort behandelten Probleme nach einer andern Methode habe lösen können. In der Tat, für die Erforschung der grundlegend allgemeinsten Zusammenhänge der modernen Volkswirtschaft ist durch die Schmollersche Richtung so gut wie nichts geleistet worden. Wie wäre das auch anders möglich, da der Weg zu solcher Erkenntnis durch eine systematische, begrifflich zergliedernde Analyse der Erscheinungen und damit mitten durch Abstraktionen hindurchführt, die in ihrer Eigenschaft als Abstraktionen natürlich kein unmittelbares Spiegelbild der Wirklichkeit sein können und daraufhin vor der angeblich höheren Warte jenes Empirismus von vornherein nicht als *wissenschaftlich* angesehen werden.

Aber das Programm, das Weber für die Behandlung der Ökonomie aufstellt, unterscheidet sich, prinzipiell betrachtet, in keiner Weise von dem hergebrachten Schema, nach dem in den Lehrbüchern der Gegenstand traktiert wird; einem Schema, das in seiner bunteklektischen Systemlosigkeit an die entscheidende Vorfrage, ob und wie theoretische Nationalökonomie nach einer ihr eigentümlichen, von der historischen Beschreibung deutlich unterschiedenen Methode möglich sei, niemals gedacht zu haben scheint. Eine Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft, meint Weber, hierin mit den Grenznutzpsychologen übereinstimmend, habe von der Konstatierung eines allgemeinsten »Wirtschaftlichkeitsprinzips«, dem die Men-

schen in all ihrem konkreten wirtschaftlichen Handeln folgen, auszugehen; es seien weiterhin die Modifikationen, denen dieses Handeln infolge von allerhand geschichtlich gegebenen Umständen unterworfen ist, und die »Grundprinzipien der wirtschaftlichen Organisation« zu entwickeln, woran sich dann die »eigentliche Ausführung« zu schliessen habe, nämlich die Lehre 1. vom Güterbedarf, 2. von der Bereitstellung (Produktion der Güter), 3. vom Ergebnis des wirtschaftlichen Güterprozesses (Volksreichtum und Verteilung), 4. vom Rhythmus im wirtschaftlichen Leben. Diese Anordnung soll der traditionellen, die »die wirtschaftlichen Sozialphänomene auf 4 Grundtypen, *Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion* zurückführt«, darin überlegen sein, dass sie die Untersuchung und Darstellung des »Güterbedarfs« derjenigen der Güterproduktion voranstellt. Hasbach habe in einer Schrift über *Güterverzehrung und Güterherverbringung* die Notwendigkeit einer solchen Umordnung der Reihenfolge klarlich dargelegt. Die Nachfrage sei doch die eigentliche Triebkraft der gesellschaftlichen Wirtschaft, darum könne die Produktion, weil abhängig von jener Triebkraft, erst nach der Nachfrage an zweiter Stelle zur Erörterung kommen. Wer das leugne, »verwechsle eben damit den technischen mit dem wirtschaftlichen Standpunkt«. Dann folgt die Aufzählung von allerhand Unterabteilungen, in die jene 4 Hauptabschnitte der wissenschaftlichen Volkswirtschaftslehre zerfallen. Ein solch gewaltsames Auseinanderreissen und totes Rubrizieren des Zusammenhängenden, das doch, wenn überhaupt von irgendwelcher Theorie die Rede sein soll, in seinem innern Zusammenhang unter klarbestimmten, den Gang der Untersuchung methodisch regelnden Gesichtspunkten erkannt werden soll, ist heute noch typisch für die *Lehrbücher und Grundlegungen* der Nationalökonomie, ein charakteristisch adäquater Ausdruck des in ihnen enthaltenen theoretischen Rasonnements. Und das ein halbes Jahrhundert, nachdem das Marxsche *Kapital* den Leitfaden, der über leere Allgemeinheiten hinaus in das spezifische Problemgebiet einer wirklich theoretisierenden Volkswirtschaftslehre führt, in dem Begriff der *Produktionsform* plastisch dargelegt hat. Erst durch diese *Bestimmung* wird die *spezifische Beziehung*, in der eine theoretische, auf das zusammenfassende Begreifen des

wirtschaftlichen Gesamtprozesses gerichtete Nationalökonomie die Güterproduktion betrachtet, klar, wird es klar, warum und inwiefern — im Gegensatz zu der primär naturalwirtschaftlichen Form des Wirtschaftsprozesses — der moderne wirtschaftliche Gesamtprozess, in dem die Produktionsform allgemein durch die Zweckbestimmung der Produktion Güter als *Waren* zu erzeugen charakterisiert ist, nicht etwa nur einer historisch genetischen Beschreibung sondern auf grund dieser seiner spezifischen Produktionsform einer methodisch systematisch fortschreitenden Zergliederung seines Zusammenhangs bedarf: einer Zergliederung, die die Geldform des Warenaustausches als schlechthin unabtrennbares Korrelat dieser Produktionsform, das spezifische Geregeltsein des Preissystems als unabtrennbar notwendiges Korrelat der näheren Bestimmungen dieser Produktionsform im Gesamtprozess entwickelt. Die Theorie ist eben nicht die Theorie des wirtschaftlichen Prozesses schlechthin — was liesse sich über den viel sagen? — sondern Theorie eines bestimmten, historisch gewordenen gesellschaftlichen Wirtschaftsprozesses, die diesen charakterisierende Formbestimmtheit, ausgehend von der Formbestimmtheit der Produktion in ihm, als ein systematisch zusammenhängendes Ganzes zu begreifen hat. Nur in diesem Sinn besitzt die theoretisch systematische Ökonomie im allgemeinen Rahmen der historisch beschreibenden und genetisch erklärenden Ökonomie einen in sich geschlossenen Komplex bedeutsamer Aufgaben, die der Natur der Sache nach mit den Mitteln nur historischer Untersuchung unmöglich gelöst werden können. Indem der Theoretiker bei seiner Analyse die Güterproduktion von vornherein in dieser ihrer Formbestimmtheit im modernen Prozess, also als Produktion von Waren für den Austausch, fasst, denkt er sie selbstverständlich als Produktion im Austausch *nachgefragter* Güter. Aber um so unfasslicher muss ihm die Anweisung erscheinen, dass das, was nur mit und durch einander sein, nur mit und durch einander begriffen werden kann, in 2 Teile zu zerschneiden sei, deren jeder Gegenstand einer besondern *Lehre* zu bilden hat. Solche willkürlich vorgenommenen Abstraktionen, mit denen so oder so die *Grundlegungen* arbeiten, beweisen nur, wie wenig das Bewusstsein von einem einheitlichen Ziel des ökonomischen

Theoretisierens und einer durch dies Ziel bedingten besondern Methode entwickelt ist, wie üppig in den Definitionen und Distinktionen noch der Geist der Scholastik wuchert:

»Wer will was Lebendigs erkennen und beschreiben,

Sucht erst den Geist heraus zu treiben.

Dann hat er die Teile in seiner Hand,

Fehlt, leider, nur das geistige Band.»

×

Kurze Chronik Der Verein für Sozialpolitik hielt seine diesjährige Generalversammlung

Ende September in Wien ab (siehe die Rubrik *Sozialpolitik*, pag. 1439 ff.).

Die einleitende Ansprache Schmolfers kennzeichnete die Treibereien, mit denen von grossindustriellen Interessentengruppen hinter und vor den Kulissen gegen jede noch so staatsershaltend bescheidene sozialreformmerische Richtung an den Universitäten gewählt wird. Philippovich-Wien und Kammerer-Charlottenburg referierten über die Entwicklung von Produktivität und Technik, Fuchs-Freiburg und Mombert-Freiburg über die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden und die Arbeiterverhältnisse in den städtischen Betrieben. Adolf und Max Weber wandten sich mit scharfem Angriff gegen das Überwuchern des bürokratischen Geistes. × Der 3. Hochschullehrertag, der Mitte

Oktober in Leipzig stattfand, erklärte sich einstimmig für die vom Professor Wach-Leipzig aufgestellte These: die Zulassung zur Habilitation dürfe von keinerlei politischen und religiösen Voraussetzungen abhängig sein (siehe die Rubrik *Geschichte*, pag. 1453). Professor Binding machte die sensationelle Mitteilung, dass eine Interessentengruppe die Dreistigkeit besessen dem sächsischen Kultusministerium 30 000 M. für die Berufung eines *Tendenzprofessors* nach Leipzig anzubieten. An diese Mitteilung hat sich eine umfangliche Pressauseinandersetzung geknüpft. × Der Grazer Gelehrte und Universitätsprofessor Ludwig Gumplo-wicz, durch seine soziologischen Schriften und seine Theorie des Rassenkampfes als gesellschaftsbildenden Faktors weithin bekannt, ein radikaler Feind jeder schönfärberischen Ideologie, ist freiwillig aus dem Leben geschieden.

×

Literatur Der Privatdozent der Philosophie in Bonn E. Ham-macher, behandelt in einem höchst umfangreichen Band *Das*

philosophisch-ökonomische System des Marxismus / Leipzig, Duncker & Humblot/. Wohlthuend berührt die Objektivität, mit der der Verfasser seinem Thema gegenübersteht; man hat den Eindruck, dass es ihm um ein Verstehenwollen, um eine durch keinerlei Nebenabsichten verfälschte Würdigung zu tun ist, so wunderliche Wege zuweilen seine Kritik — besonders im Schlusskapitel *Der Sozialismus als ethische Notwendigkeit* — einschlägt. Hammacher verlangt eine ethische Beurteilung des sozialistischen Zukunftsstaatsideals unter dem Gesichtspunkt, ob dieses, konsequent durchgeführt, kulturfördernd oder kulturhemmend wirken werde. Als ob nicht darüber, was *Kultur* ist, und wie man ihre vielgestaltigen Ziele im Verhältnis zu einander einschätzt, selbst wieder die allerschärfsten Gegensätze bestünden. Aber von der Selbsttäuschung über die vermeintliche Eindeutigkeit eines solchen Massstabs ganz abgesehen, was soll man von einem Gegenargument wie dem folgenden denken: Der Sozialismus würde, da er das die Menschen heute verknüpfende »gemeinsame Band, . . . das Interesse des Lebensunterhalt zu verdienen« durch Sicherstellung der materiellen Existenz beseitige, eine »Unfähigkeit zum gegenseitigen Verständnis . . . ein Fehlen gemeinsamer Interessen« herbeiführen, an der »das sozialistische Gemeinwesen entweder tatsächlich oder doch wenigstens kulturell zu grunde gehen müsste«. Ähnliche Luftsprünge macht seine Logik bei der moralisierenden Beurteilung des kapitalistischen Systems. In seiner konsequenten Ausgestaltung sei dieses widerkulturell und darum unsittlich. Doch lasse es sich ja reformieren, indem man den Unterricht unentgeltlich macht und »durch die Steuerschraube den Überfluss an Reichtum auf der einen Seite den Unbemittelten auf der andern Seite zuführt«. Wie dann ohne Grosskapital und andererseits ohne Vergesellschaftung der Produktionsmittel weiter produziert werden soll, bleibt philosophisches Geheimnis. Das Hauptinteresse des Verfassers richtet sich wohl auf die polemische Auseinandersetzung mit Marx' sogenannter *dialektischer Methode* und den Nachweis, dass in dieser gewisse erkenntnistheoretische Quidproquos des Hegelianismus in veränderter Gestalt fortwirken. Aber die Breite der Erörterung erschwert eher das Verständnis. Klarer und präziser findet man die entscheidenden Punkte in Max Adlers Aufsatz

Marx und die Dialektik, im Anhang seiner Broschüre *Marx als Denker*, herausgearbeitet. × Eine eindringliche, klare Charakteristik und Begründung des als *revisionistisch* bezeichneten Standpunkts gibt Eduard Bernstein in Amsterdam gehaltener Vortrag *Der Revisionismus in der Sozialdemokratie* /Berlin, Walther/. Mit dem Prinzip des Marxismus, sofern dieser die gesellschaftlich ökonomische Entwicklung realistisch begreifen und aus der realistischen Betrachtung des gegebenen die der modernen Arbeiterschaft in ihrem Aufwärtstreben gesetzten Ziele und Wege zu erkennen sucht, vollkommen einverstanden, verlangt der Revisionismus, eben unter Berufung auf dies Prinzip, dass an gewissen von Marx vor Jahrzehnten formulierten Ansichten über den kapitalistischen Entwicklungsgang und die Verwirklichungsbedingungen des Sozialismus, die mit dem Verlauf der seitherigen Entwicklung nicht zusammenstimmen, nicht länger aus Gewohnheit, Pietät, dekorativen Rücksichten, eigenwilliger Ideologie oder agitatorischen Interessen festgehalten werde. Trotz der gewaltigen Ausdehnung des Kapitalismus habe sich die soziale Struktur nicht durch eine scharfe Scheidung der Gesellschaft in zwei Heerlager vereinfacht, vielmehr durch die Entstehung neuer Mittelschichten nur noch immer mehr kompliziert. Die Krisen, die nach Marx Hand in Hand mit der fortschreitenden Produktivitätsentwicklung innerhalb des Kapitalismus immer mächtiger werden und schliesslich mit Naturnotwendigkeit zu einem Zusammenbruch des ganzen Systems führen, liessen eine solche Tendenz zunehmender Verschärfung nicht erkennen, rechtfertigten also auch die Diagnose einer unvermeidlichen Katastrophe nicht. Die grosse Emanzipationsbewegung der Arbeiterschaft, die im allmählichen Vorrücken Etappe um Etappe zu erobern hat, bedürfe auch solcher Perspektiven und Konstruktionen, die in der gegebenen Erfahrung keine Bestätigung finden, nicht länger. Der Anhang der Broschüre enthält den interessanten Entwurf eines sozialistischen Parteiprogramms in revisionistischem Sinn.

Geschichte / Paul Kampffmeyer

Kleinbürgerlicher Utopismus Die Handwerkerbewegung des Jahres 1848 hat ihr theoretisches Rüstzeug zum Teil von einem deutschen Professor er-

halten: von Karl Winkelblech. Die theoretischen Sätze, die Winkelblech gegen das freie Konkurrenzsystem, gegen die Verhehlungsfreiheit formulierte, konnten in ein zünftiges Handwerkerprogramm unverändert übergehen. Winkelblech betrachtete das Proletariat noch als »krankhaften Auswuchs des sozialen Organismus, der gänzlich vertilgt werden muss«. Und das Proletariat ist nach ihm nicht zu seiner eigenen Befreiung berufen sondern seine Lage kann nur von oben herab durch eine neue günstige Erwerbsordnung verbessert werden, »die den gesamten Privaterwerb regelt und die auch die Grenze festsetzt, bis zu der die Mitglieder der Zunft ihre Unternehmungen ausdehnen dürfen«. Das Leben und Wirken Winkelblechs bis zum Jahre 1849 stellt der Privatdozent Dr. W. E. D. Biermann in seinem auf 3 Bände berechneten Werk *Karl Georg Winkelblech (Karl Marlo) / Leipzig, Deichert/ anschaulich* dar. Das Werk ist zugleich ein wertvoller Beitrag zur Geschichte der sozialen Bestrebungen des Jahres 1848. Aus der Darstellung Biermanns ragt die gewaltige Überlegenheit der Sozialisten Marx und Engels über den utopistischen Mittelstandstheoretiker Winkelblech weit hinaus. Hellläugig erschauen diese Sozialisten bereits in dem ökonomischen Liberalismus den geschichtlich notwendigen Weg zur Überwindung der tief klaffenden Gegensätze dieser Gesellschaftsordnung und zur Anbahnung des Sozialismus. Winkelblech will den Liberalismus in Fesseln schlagen, er will ihn in zünftiger Schnürbrust verkrüppeln lassen. »Die Auffassung Winkelblechs von den Fortschritten der Technik und den Umwälzungen, die mit der industriellen Revolution verbunden waren, ist eine von dem absolut fortschrittlichen Marxismus total verschiedene. Seine Auffassung ist im letzten Grund kleinbürgerlich, sozialkonservativ, im gewissen Sinn sogar reaktionär.« (Biermann)

X
Ultramontane Das *Jahrbuch der Zeit- und Kulturgeschichte* 1908, herausgegeben von Dr. Franz Schnürer / Freiburg i. B., Herder/, das die gewaltige Geistesarbeit eines Jahres auf allen Lebensgebieten zusammenzufassen sucht, ist mit einer geschichtsphilosophischen Betrachtung Dr. Richard Kraliks eingeleitet. Da konstruiert nun unser Geschichtsphilosoph zunächst eine einheitliche euro-

päische Zivilisation, die durch den Wechsel der Epochen und Weltalter nicht unterbrochen wird und die sich mit grundsätzlicher Schärfe gegen die orientalische Zivilisation kehrt. In allen gegen den Orient gerichteten mythischen und historischen Bewegungen sieht Kralik den gleichen Kulturgedanken leuchten, der heute in der europäisch-christlichen Zivilisation lebt. Und so verknüpft er denn mit dem mythischen Herakles die heute in Wien residierende apostolische Majestät und mit dem Argonautenzug das Einrücken der Österreicher in Bosnien. Was der Okzident an grossen welthistorischen Anregungen vom Orient empfing, übersieht unser Philosoph von seiner hohen Warte aus vollständig, und tief ergrimmt über die orientalische Barbarei, die wir fast vor unseren Toren »auf dem Balkan noch dulden«, ruft er uns zu einem fröhlichen Kulturkampf gegen den Orient mit den Worten auf: »Wir müssen erkennen, dass das, was wir im Jahre 1908 als Hauptarbeit zu leisten hatten und auch noch in den nächsten Jahren zu leisten haben werden, das selbe ist wie das, was Sokrates und Platon gegen die Sophisten, was Miltiades und Leonidas gegen die Perser leisteten, was der deutsche Reichsfürst Gottfried von Bouillon, was Kaiser Konrad und Kaiser Friedrich Barbarossa gegen den Islam leisteten, als sie die Donau herab über Wien nach dem Orient die christlichen Waffen führten. Wenn wir heute das Christentum als den Kern abendländischer Zivilisation gegen die Sophisten im Innern und gegen die Bekämpfer draussen verteidigen und beschützen, so setzen wir die Kulturarbeit des rächenden Zeus gegen die Aphroditenwirtschaft des Paris, die Kulturarbeit des römischen Senats gegen die Geheimbünde der barbarischen Bacchanalien und gegen die skeptische, alles untergrabende Scheinphilosophie fort.« Das Löwenfell des Herakles und die Mönchskutte des Peter von Amiens sind wesensverwandt, Miltiades marschiert in Reih und Glied mit Aehrenthal, und aus dem Mund des regierenden Papstes, der die Irrlehren der Modernisten verdammt, redet die erhabene Weisheit des Sokrates gegen die Sophisten. Gewiss, wir glauben es unserm katholischen Geschichtsphilosophen aufs Wort, dass seine Hauptarbeit noch im wesentlichen mit der Arbeit Gottfrieds von Bouillon zusammenfällt, und dass er alle weltgeschicht-

lichen Zusammenhänge noch mit den Augen eines Kreuzzugsritters betrachtet, nämlich als Kämpfe für ein mittelalterliches katholisches Christentum gegen die orientalische Zivilisation.

Erfreulicherweise erhebt sich das Jahrbuch sonst über das Zeitalter Friedrich Barbarossas und legt an die modernen Kulturbewegungen schon moderne Massstäbe an. Natürlich geht es nicht, wenn ultramontane Historiker und Sozialpolitiker die moderne Kultur *bearbeiten*, ohne ein unbarmherziges Abhacken und Verrenken der Glieder ab. So lässt Professor Anton Koch in seiner Übersicht über die soziale Bewegung von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung nur noch ein winziges Stümpfchen stehen, und in der Totenschau wird dem Knebler des preussischen Universitätswesens, Althoff, alles Reaktionäre so gründlich abgehackt, dass er dann als Verwaltungsgenie dasteht.

× **Weltfriedensgedanke** ×
Fast eine 300jährige Geschichte hat der Weltfriedensgedanke hinter sich.

Im Jahre 1623 verkündigt bereits Emeric Crucé die Idee des ewigen Friedens in seiner Schrift *Der neue Cynée oder Staatsgespräche zur Erwägung der Gelegenheit und der Mittel einen allgemeinen Frieden und Handelsfreiheit für alle zu gründen*. Die Errichtung eines Schiedsgerichts zur Schlichtung aller grossen Streitfragen ist von Crucé klar ausgesprochen. Von diesem Crucéschen Vorschlag an bis zur Einberufung des Haager Friedenskongresses verfolgt Professor Charles Richet die Geschichte des Friedensgedankens in seinem mit überzeugender Kraft geschriebenen Werk *Die Vergangenheit des Krieges und die Zukunft des Friedens* (Wien, Verlag der *Österreichischen Friedensgesellschaft*). Wir schreiten mit Richet über die blutgetränkten Leichenfelder der Weltgeschichte dahin, wir erhitzen uns mit ihm über die biologischen, metaphysischen, historischen Einwände der Freunde des Krieges gegen die Friedensidee, und dennoch wirken alle diese Dinge nicht so stark auf uns ein wie der von Richet vertretene Gedanke, dass der Militarismus an seiner dialektischen Entwicklung zu grunde gehe, und dass sich das Leben der modernen Kulturvölker in wachsendem Mass internationalisiert. Die Erfindung und Anwendung immer neuer, verderbenbringender Mordinstrumente wird nach Richet den Krieg

schliesslich unmöglich machen. In diesem Sinn führt er aus: »Wenn irgend ein Chemiker das Glück hätte ein Sprengmittel zu erfinden, das auf 20 km eine ganze Stadt zerstören oder eine Armee auf einen Schlag vernichten würde, so hätte er durch solch entsetzliches Mittel jeden Krieg unmöglich gemacht. . . . Es liegt darin nichts Paradoxes zu behaupten, dass die Erwartung einer noch vollkommeneren Bewaffnung eigentlich günstig für die Erhaltung des Friedens gewirkt hat. Demnach können alle neu erfundenen Mordmaschinen unserer Sache nur nützlich sein. Sie werden den Krieg so fürchterlich gestalten, dass auch die Waghalsigsten sich an dieses schreckliche Spiel nicht heranwagen werden.«

× **Kurze Chronik** ×
Die grosse Kulturart der Gründung des Weltpostvereins verherrlicht ein

am 4. Oktober in Bern enthülltes Denkmal. × Der diesjährige Hochschullehrertag hat eine allgemeine geschichtliche Bedeutung durch folgende Ereignisse erlangt: Am 13. Oktober stellte Professor Lamprecht-Leipzig fest, dass Deutschland nicht mehr an der Spitze der Universitäten des Weltalls stehe: »Frankreich und Amerika sind uns bei weitem voraus.« Ferner wurde konstatiert, dass eine Gruppe Industrieller versucht hatte der Universität Leipzig einen *Tendenzprofessor* durch Subvention der Universität aufzuoktroyieren. Endlich fand das Referat des Professors Wach allseitige Zustimmung, nach dem ein sozialdemokratischer Lehrer nicht grundsätzlich vom akademischen Lehramt ausgeschlossen werden sollte. Wach befürwortete aber den Ausschluss von Anarchisten und »grundsätzlichen Negierern«. × Die *Leipziger Lehrerschaft* wies um Mitte Oktober noch einen ungeheuren kulturellen Tiefstand sächsischer Seminare nach. Denn sie ermittelte aus den Aufzeichnungen der Seminaristen, dass die Lehre vom leibhaftigen Teufel und von den bösen Geistern, denen 50 % der Irrsinnfälle zugeschrieben wurde, noch gelehrt wurde.

× **Literatur** ×
Zur 25. Jubiläumsfeier der Glaswerke und optischen Werkstätten in Jena erschien aus der Feder Eberhard Zschimmers das Werk *Die Glasindustrie in Jena* (Jena, Diederichs/), das den Fachmann und den

Laien gleich interessiert. Mit grosser Spannung verfolgt der Leser die gewaltigen Umwälzungen in der technischen Herstellung des Glases von den ältesten Zeiten an bis auf die Tage Abbes und Schotts. Schnell und in ungeahnter Grösse blühte in Jena ein Riesenbetrieb auf, in dem heute über 1100 *Arbeitsgenossen* in 5 Abteilungen tätig sind. In dieser industriellen Schöpfung soll der Grundgedanke Abbes zum Ausdruck gelangen: unpersönlicher Besitz und Vertretung idealer unpersönlicher Interessen. Die Darstellung beleben kraftvolle Zeichnungen Erich Kuithans, die im Geist Meuniers gehalten sind. × Die Schrift Hermann Gorters *Der historische Materialismus* /Stuttgart, Dietz/ erfüllt nicht die grosse Aufgabe, die sich dieser gestellt hat: den Arbeiter in die Ideengänge der ökonomischen Geschichtsauffassung einzuführen. Gorter wandelt diese Geschichtsauffassung einseitig in eine technologische Geschichtsauffassung um. Die Technik ist bei ihm die grosse geschichtsbildende, die Eigentums- und Klassenverhältnisse umwälzende Kraft. Im *Kommunistischen Manifest* schildert Marx dagegen plastisch, wie die Beherrscherin der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, die Bourgeoisie, die Produktionswerkzeuge, die Technik, revolutioniert. Ein sozialökonomisches Moment, der Wettkampf der kapitalistischen Eigentümer, reckt die Produktionstechnik ins Gigantische aus und entwickelt ungeheure Produktivkräfte. Nach Gorter erzeugt das Werkzeug aus sich heraus die Gesellschaft: Der zusammengesetzte hölzerne Webstuhl produziert eine Gesellschaft mit kleinen Meistern und Gesellen; die mit Dampf oder Elektrizität getriebene eiserne Webmaschine eine Gesellschaft mit Grossindustriellen, Aktionären, Direktoren, Bankiers und Lohnarbeitern. Der zusammengesetzte Webstuhl findet sich aber in einer Gesellschaft produzierender Kleinmeister, in einer Gesellschaft hausindustrieller Weber, ja er geht sogar noch fast unverändert zuerst in die kapitalistische Manufakturwerkstätten über. Wer über die ökonomische Geschichtsauffassung schreibt, muss sich vor allem über die Beziehungen zwischen den Produktionsverhältnissen (den Eigentumsverhältnissen nach Marx) und der Technik klar sein. × Der Liberalismus eines Wilhelm von Humboldt liess den Staat im Interesse der vollen Entwicklung des Individuums zu einem blossen Sicherheitsinstitut verkümmern. Dieser

Gedanke ist in dem modernen Liberalismus fast ganz zurückgetreten. In dem Schriftchen Paul Jägers *Liberale Weltanschauung* /Heilbronn, Salzer/, das ethisch auf Kant, Schiller und Fichte fusst, erscheint der Staat als eine sittliche, den Mühseligen, Beladenen und Gedrückten helfende Macht, der, wenn er das bewusst und mit Willen versäumt, seine sittliche Autorität verspielt. Von hier aus gehen die Linien in die praktische Politik. . . . Für die geschichtlichen Wandlungen, die in der Staatsauffassung des Liberalismus eingetreten sind, ist das Schriftchen recht beachtenswert. × Mannigfaltige und starke Anregungen zu einem eingehenden Studium der Eheformen schöpfen wir aus dem populären, flott geschriebenen Werkchen Reitzensteins *Liebe und Ehe im alten Orient* /Stuttgart, Franckh/. Reitzensteins Kennzeichnung der religiös-kulturellen Hingabe der Frau an den Mann als einer »religiösen Prostitution« scheint mir verfehlt zu sein, weil eine derartige Hingabe nicht als eine das Weib entwürdigende Handlung sondern als ein gottesdienstlicher, weihvoller und ehrender Akt angesehen wurde. Prostituierten bedeutet aber blossstellen, preisgeben. Die Prostituierte ist ein Weib, das sich als käufliche Ware auf dem Markt einen Preis geben lässt. × In der amüsanten Sammlung schlagfertiger und schnurriger Antworten *Mutterwitz in Alltagsleben und Weltgeschichte* /München, Langen/ hat Robert Hesselgar manchen Zug zur Charakteristik gekrönter Häupter aufgezeichnet.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Romane All die modernen Romane und Dramen, die zur Basis ihrer Handlung das Leben der Journalisten nehmen, sind wenig erfreulich. Otto Ernst macht sich zum Beispiel die Sache viel zu leicht. Er kontrastiert nur Schufte mit Engeln, und er zeigt sich darin nur als mittelmässiger Theaterschriftsteller. Man überlege weiter, wie im Sudermannschen *Sturmgesellen Sokrates* alles zur Presse Gehörige verballhornt wird. Max Halbe karikiert in seinen *Blauen Bergen* einen Sohnmock. Will man hier irgendwelche Wahrheit sehen, dann findet man nur Widersinn. Ab und zu ist in Schnitzlers *Weg ins Freie* von Zeitungsleuten die Rede. Der Dichter gleitet aber nur

über diese Dinge hin, er will sie auch gar nicht treffen. Das sind so einige Beispiele. Und jetzt beschäftigt sich ein sehr dicker Roman Hermann Gottschalks auch mit der Presse. Er heisst *Gerhard Frickeborns Freiheit* /München, Langen/. Hermann Gottschalk ist mir schon einmal als Verfasser einer Börsengeschichte begegnet. Ich konnte in ihm einen klugen Kopf erkennen, der sich seine Arbeit sauber und logisch anlegt, der wohl für einrige Äusserlichkeiten seines Stoffs ein Auge, aber nicht für dessen heimliche Seele ein Herz hat. Solch Mangel ist ein Stillfehler, ein aus Not geborenes Überschätzen der erkennbaren Dinge gegenüber den fühlbaren, den zu ahnenden. Der neue Roman, der also von der Presse handelt, ist sicher ein starker Fortschritt. Gottschalk lernte das Schreiben. Und obwohl, er nicht auf allen 543 Seiten unsere Aufmerksamkeit bindet, schuf er doch sehr anerkanntswürdige Partien. Die kluge Anlage des Buches ist von vornherein gewinnend. Der Autor verzichtet darauf uns gleich in die hellste Gegenwart hineinzuführen. Er schildert Deutschlands Presse, als der Liberalismus der achtziger Jahre auf der Höhe war. Da kommt nun ein liberaler Feuerkopf, der Gerhard Frickeborn, der aus einem mittelstädtischen Käseblättchen ein wichtiges Parteiorgan macht. Der liberale Schwärmer und ein reaktionärer Realpolitiker werden die Hauptgegner. Der Reaktionsäre siegt, gestärkt durch den Kampf, den er gegen die neu sich erhebende Proletarierwelt unternimmt. Der liberale Redakteur wird um seine Ideale gebracht, und als das Buch zum Ende gekommen ist, steht der Mann, der als ein begeisterter Jüngling gekämpft hat, ohne Lebensglück da. Der starke Dreissiger will hinausziehen, um an Hochschulen und im Leben zu lernen, wie unsere Gegenwart wirkt, welche Probleme sie bietet, mit welchen Erwartungen sie den heutigen Menschen locken, mit welchen Enttäuschungen sie ihn belasten wird. Der Frickeborn hat schon etwas gut Menschliches in sich. Er ist mehr als ein Buchbegriff mit einem Alltagsrahmen, er ist schon eine geschene und richtig geschriebene Erdengestalt. Als dieser Frickeborn ins Gefängnis wandert, durch die Dummheit und Rachsucht seiner reaktionären Feinde, da fesseln uns all seine winzigen Erlebnisse, seine Angst, seine Langeweile, seine Verbitterung, sein Schmerz über gekränktes Ehrgefühl, seine Erkenntnis von

matter Freundschaft. Das sind alles ganz gewöhnliche Dinge, von der Wahrheit gestempelt. Gottschalk geht nicht vom Leben ab und hat dennoch etwas Dichterisches vermocht. Das mag ihm gelobt werden. Allerdings nur für diese 50 Seiten des Buches. Der Rest ist nichts, und auch der Anfang wenig. Wie wird aus einem Provinzblättchen ein führendes Parteiorgan? Das ist eine wichtige Frage, auf die ein poetischer Schriftsteller nicht nur die Tatsache des Sieges als Antwort geben darf. Das Leben der Zeitung muss geschildert werden. Gottschalk kann das noch nicht. Hier ist sein Stil nicht viel wert, hier spricht er mit Abstrakten statt mit lebendigen Worten. Hier schien er mir mit diesem braven, ernstesten, aber so sehr mässig schreibenden Fürsten Wrede verwandt, der auch gern ein dichtender Historiker von den grossen Aufgaben unserer Zeit sein möchte. Ich sehe deutlich, dass Gottschalk den Ausgang seines Buches sehr klug überlegt hat. Der Frickeborn, der im Lauf der Geschichte so fertig an Tugenden, an Gesinnungen und Mut war, ist am Ende ganz unfertig, bereit wie ein grüner Student zu jeglichem Lernen, zum leisesten Eindruck. Der ewige, unverbesserliche, goldene, im Grund aber nutzlose, ideologische Liberale sollte derart charakterisiert werden. Aber, du lieber Gott, das ist einfach, wie man am Cafétisch sagt, nicht *herauskommen*. Wir brauchen wohl einen modernen Presseroman. Leider sind die *Journalisten* noch immer das beste Literaturwerk aus dieser Welt, wenn auch nicht das beste deutsche Lustspiel, wie einige kritische Heisssporne daherreden. Die Menschlichkeit der Freytagsschen Figuren fehlt den Personen des Gottschalk. Der liberale Verleger ist ein schwacher Trottel, der strebende liberale, im Innersten gewöhnliche Anwalt ein Jämmerling, der reaktionsäre Gegner Frickeborns ein mächtiger Gewaltmensch, der mit Jungfernschaften und Ministerialdirektoren gleich souverän umgeht. Die Schablone, nicht das Blut und die vom wirklichen Leben geführte Zunge, reden aus all den Menschen. Das ist ihr Schaden. Und trotz alledem sind viele Stellen im Buch Gottschalks, die zu einer energischen Aufmunterung bewegen. Mir scheint, dass Gottschalk ein erfahrener Mann ist, der mit Umsicht schreibt. Dann müsste er wissen, dass die Welt nicht schwarz oder weiss ist, nicht niederträchtig oder beneidenswert, dass sie meliert ist, grau, gemischt aus Schwarz und Weiss, aus Ge-

meinheit und Herrlichkeit. Die Nuancen dieser Mischung richtig zu sehen und zu schreiben, das liegt noch nicht in der Macht Gottschalks.

Der Wiener Max Burckhard will es seinem Freund und Landsmann Hermann Bahr an Fleiss nachtun, und er hat wohl im Lauf dieses Jahres mehrere Bücher veröffentlicht. Der Roman *Die Insel der Seligen* /Berlin, S. Fischer/ ist wenig wert. Die Ideen sind matt, der Stil nur mittelmässig. Die Zwecklosigkeit, sagen wir besser: die Unvollkommenheit, unserer rechtlichen Einrichtungen soll gezeigt werden. Nachdem eine Gesellschaft von Verbrechern, schuldigen und schuldlosen, bedeutenden und erbärmlichen, in einer Strafkolonie, einer Deportationsinsel der Seligen, vereint ist, sind die Kolonisten sich selber überlassen. Aber unter den Leuten, die von einem vorzüglichen Eintrachtsleben träumten, breiten sich nun alle Laster und Leidenschaften der Alltagsmenschen aus. Die Insel der Seligen wird eine Hölle, die Utopie von der Insel war eine verruchte Idee. Der einstige Herr des *Burgtheaters* ist ein Mann, der für mancherlei Freiheit in seinem österreichischen Vaterland kämpft. Aber solch Verdienst schafft noch keinen Romanschriftsteller.

Der Prager Paul Leppin schrieb *Die sieben Kapitel eines Wunders, den Berg der Erlösung* /Berlin, Oesterheld/. Das ist das Leben eines Dirnleins, das nachts von Hause fortläuft, um ein Freudenmädchen zu werden, die das Gemeinste und Schönste zugleich wird, eine mirakulöse Liebesdienerin, die im stande ist mit betrunkenen Schweinen eine Stunde des Schimmerns zu erleben. Das hat ein ganz klein wenig Lyrik, balladeske Stimmung, wohl einen kargen Symbolismus und Ewigkeitsstil in der Sprache. Aber es ist doch nichts, nur dilettantisch und wenig tauglich.

Dieser Schriftsteller hat nur ein sehr kleines Talent; einige von seiner Gemeinde glauben das Gegenteil. Wie viel kräftiger, begabter ist sein Landsmann Max Brod. Emsig geht er seinen Weg. Er hat sich in seinen ersten Versuchen heftig verirrt, er ist im *Nornepygge* noch nicht reif. Er ist es auch noch nicht im Geschichtlein *Das tschechische Dienstmädchen* /Stuttgart, Juncker/. Doch er wächst offenbar. So ein kleines Weiblein, ein Schwesterlein sogar von dem Hurenblut Leppins, verliebt sich in den sanften Jüngling, und dann kommt auf einmal an den Tag: Dies zarte Wesen —

übrigens haben sie alle in der Monelle des Marcel Schwob ihre Ahnin — ist ein verheiratetes, verprügeltes Eheweib gewesen, das dem Leben ausweicht, weil es im Leben ein Jammer ist. Die Fabel der Geschichte, die auf eine Überraschung hinausläuft, ist nicht das Angenehme. Sie will mir gar nicht in den Sinn. Aber die schwachen Züge unseres Daseins, die fein und fühlbar durch das Büchlein skizziert sind, gefallen mir. Augen und Feder leben in Freundschaft bei Brod. Er verlässt auch den Schwulst und die Originalität, die nur aufgeblähte Mattigkeit war. Ich wittere in ihm einen Schriftsteller, der sehr sachlich zu werden verspricht.

×
Kurze Chronik Gestorben ist als ein junger, aber früh gebrochener Mann der österreichische Schriftsteller Franz Schamann. Ich weiss nicht, ob er jemals in Buchform etwas veröffentlicht hat. Doch ich habe von ihm manches gelesen, Proben einer Persönlichkeit, die ein eigentümliches, auf kernige Pathetik und bitteren Pessimismus zugleich zielendes Talent verriet. Ich weiss nicht, ob Schamann mit seiner harten Lebensnot und seiner grossen Menschenscheu jemals etwas Erfreuliches geworden wäre, wenn ihm jemand die Wege etwas ebener dargeboten hätte. Aber die Persönlichkeit, die in ihm steckte, mit der ich immer nur in mittelbare Berührung gekommen bin, verriet mir seinen eigentümlichen Wert. Von den schwer erkennbaren, rätselvollen, nie reifenden und nie sich klärenden Poetennaturen ist er eine gewesen. In die Leidens- und in die Krankengeschichte unserer Literatur, noch eher der deutsch-österreichischen, möchte ich ihn einreihen. Ein Mensch, dem der Untergang wie ein schweres Schicksal aufgeprägt war. Man kann sich ihn kaum ohne Sorgen und ohne nie erfüllte Sehnsucht auf Ruhe vorstellen, ohne eine Frau, die ihn schätzen und schützen möchte und verzagt, da er selber gar nicht für ergebene Obhut bestimmt ist. Schamann ist bald, bald vergessen, und nur wie ein schwerer, trauriger Schatten bleibt die Vorstellung von dem Beklemmenden seiner Persönlichkeit.

KULTUR

Landwirtschaft / Arthur Schulz

Praussisches Landesökonomiekollegium Wie schon seit 3 Jahren bildete auch in der diesjährigen Tagung des Landesökonomiekollegiums das Problem der

innern Kolonisation mit seinen Unterfragen (Besiedelung der Moore, Ansiedlungspolitik in Posen und Westpreussen, Bauernkolonisation und Ansässigmachung von Landarbeitern, Organisation der Besiedlungskörperschaften) den Hauptgegenstand der Beratungen. Nachdem diese im Druck erschienen sind, möge hier einiges daraus erwähnt werden.

Die Referenten Freiherr von Wangenheim und Professor Sering waren in der Frage der Arbeiteransiedlung darin einig, dass die eigentliche Aufgabe der innern Kolonisation nicht darin bestehe dem Grossbetrieb Arbeiter zu schaffen sondern eine neue Grundbesitzverteilung herbeizuführen als Grundlage jeder gesunden Sozialreform und als Voraussetzung auch für die Lösung der Arbeiterfrage. An der Hand einer von ihm gefertigten sehr lehrreichen statistischen Zusammenstellung über die Abwanderung im Gebiet des landwirtschaftlichen Grossbetriebs (Ostelbien), des mittel- und grossbäuerlichen Betriebs (nördliches Westelbien) und des kleinbäuerlichen Betriebs (südliches Westelbien) zeigte Sering, dass die Nachkommen der Bauern und Arbeiter der beiden letzteren Gebiete in grösserer Zahl auf dem Lande geblieben sind, weil sie mehr Aussicht haben vorwärts zu kommen. Es müsse deshalb die soziale Verfassung der östlichen Landbevölkerung derjenigen der westlichen angepasst werden. Nur dort werde der grundbesitzende Arbeiter seine Landstelle den Nachkommen vererben, wo es ihm möglich sei durch Landerwerb zur Selbständigkeit aufzurücken. Da das im Osten infolge Mangels an selbständigen Kleinbauernwirtschaften sehr schwer sei, müssten hier kleine selbständige Stellen, die dem tüchtigen Arbeiter zugänglich seien, in grösserer Zahl neu geschaffen werden. Wie schon im vorigen Jahr, so stellte Sering auch diesmal es als Ziel hin einen erheblichen Teil des Grossgrundbesitzes, etwa 2 Mill. ha, im Osten zur Bauernansiedlung zu verwenden. Ihrer bedürften wir dringend zur Versorgung unseres heimischen Marktes mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Wir könnten dadurch die landwirtschaftliche Produktion bedeutend heben und erreichen, dass sich im Osten noch einmal so viel Menschen ernähren. In Posen und Westpreussen habe die Kolonisation eine gewaltige Steigerung der Produktion zur Folge gehabt. Höchst bemerkenswert ist der von Sering gelieferte Nachweis, dass der durch die Ansiedlungspolitik geschaffene Kleinbe-

sitz nicht nur mehr Vieh sondern auch, was weniger bekannt ist, pro Flächeneinheit mehr Roggen und Gerste — freilich nicht mehr Weizen — gewonnen hat als der Grossgrundbesitz.

×
Besiedelungsorganisation Schon in einer frühern Rundschau (1909, I. Band, pag. 202) habe ich mitgeteilt, dass in Ostpreussen darüber, wie die Kolonisationstätigkeit am zweckmässigsten zu organisieren sei, ein heftiger Streit entbrannt ist. Diese Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze kamen auch in den Verhandlungen des Landesökonomiekollegiums zum Ausdruck. Hier vertrat der ostpreussische Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp den Standpunkt, dass lediglich öffentlich-rechtliche Körperschaften mit freier Selbstverwaltung, die auf Dividendenverteilung verzichten und an denen der Staat nur als Aufsichtsbehörde beteiligt sei, zur Kolonisation geeignet seien. Dr. Kapp hat seine Anschauungen ausführlich in 3 in Königsberg erschienenen lezenswerten Denkschriften, *Kolonisations- und Landarbeitervorlage*, einem *Nachtrag* dazu und *Innere Kolonisation und Selbstverwaltung*, niedergelegt, während die gegnerische Auffassung, dass die privatrechtliche Gesellschaftsform für das ostpreussische Kolonisationsunternehmen beizubehalten sei, weil sie weniger schwerfällig sei, und vor allem, weil sie den bäuerlichen Genossenschaftsverbänden eine Mitwirkung an der Neuschaffung bäuerlicher Wirtschaften ermögliche, besonders von Swart in zwei Aufsätzen in Schmollers *Jahrbüchern* verfochten wurde.

Eine Fortsetzung der Diskussion im Landesökonomiekollegium boten die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhausens vom 24. Februar dieses Jahres über den Zweimillionenfonds zur Förderung der innern Kolonisation in Pommern und Ostpreussen. Nach lebhafter Debatte, in der besonders der Abgeordnete Glatzel die Frage der Organisation der Kolonisierungstätigkeit unter zu reichenden Gesichtspunkten beleuchtete, wurde unter Zustimmung des Landwirtschaftsministers ein Antrag von der Groeben angenommen, der die Regierung ersuchte unter Zuziehung von Interessenten und Sachverständigen eine Konferenz zur Prüfung der Frage zu berufen, wie in den einzelnen Provinzen die vom Landesökonomiekollegium gewünschte Organisation des Ansiedlungswesens zu gestalten, wie insbesondere unbeschadet der

Verschiedenheit in den einzelnen Provinzen eine Zusammenfassung der ganzen Arbeit in einer Zentralstelle zu ermöglichen sei. Bei Gelegenheit der Beratung des Antrags von der Groeben trat im preussischen Abgeordnetenhaus zum erstenmal die *Freie parlamentarische Arbeitsvereinigung zur Förderung der innern Kolonisation* in Tätigkeit, die am 29. Januar von Mitgliedern aller Fraktionen mit Ausnahme — bedauerlicherweise — der sozialdemokratischen ins Leben gerufen worden war.

Die vom Abgeordnetenhaus angeregte Konferenz hat am 14. und 15. Juni unter dem Vorsitz des Landwirtschaftsministers getagt und Referate des Freiherrn von Wangenheim und des Landeskulturgerichtspräsidenten Metz über die Organisation der Bauernkolonisation sowie Referate des Professors Gerlach und des Generalkommissionspräsidenten Petersen über die Organisation der Arbeiteransiedlung entgegengenommen. Das Protokoll der interessanten Verhandlungen ist bei Möser in Berlin erschienen.

×
Ostpreussische Landgesellschaft Den Anlass zu all diesen Auseinandersetzungen über die Organisationsfrage hat bekanntlich die Reorganisation der *Ostpreussischen Landgesellschaft* gegeben. Über diese erstattet der Vorsitzende ihres Aufsichtsrats, Oberpräsidialrat Dr. Robert Graf von Keyserlingk, im *Archiv für innere Kolonisation* einen ausführlichen Bericht, aus dem einige Hauptpunkte hier hervorgehoben seien, weil die reorganisierte *Ostpreussische Landgesellschaft* voraussichtlich das Vorbild für die übrigen provinziellen Kolonisierungsunternehmungen abgeben wird. Danach wird sie auch in Zukunft eine G. m. b. H. bleiben und aus folgenden Gesellschaften bestehen: dem preussischen Staat mit einer Stammeinlage von $3\frac{1}{2}$ Mill. M., für die auf Dividende verzichtet wird, dem Provinzialverband mit 2 Mill. M., den einzelnen (30) Kreisen mit je 30 000 M., der Landwirtschaftskammer und den 3 grossen provinziellen Verbänden landwirtschaftlicher Genossenschaften mit je 150 000 M., so dass also in Ostpreussen insgesamt ein Kapital von etwa 7 Mill. M. in den Dienst der innern Kolonisation gestellt werden wird. Auch Private können mit einer Einlage von je 1000 M. zugelassen werden. Die Provinz, beteiligten erhalten eine Dividende von höchstens 4%. Die ostpreussische Landgesellschaft steht einstweilen noch ablehnend bei Seite. Die Gesellschaft wird künftig

das Hauptgewicht auf Schaffung von Arbeiterstellen und von kleinbäuerlichen Ansiedlungen mit familienhafter Arbeitsverfassung legen. Für die Arbeiteransiedlung will sie nur als Zentrale dienen, während der Kreis, der wiederum auf die Beihilfe der Gemeinden und Genossenschaften angewiesen ist, in jedem Fall als Besiedelungsunternehmer auftritt und als solcher auch den Rentengutsvertrag mit den ansiedlungslustigen Landarbeitern abschliesst. Bei dem fortwährend niedrigen Kursstand der Rentenbriefe will man zur hypothekarischen Beleihung der Arbeiterstellen vornehmlich den Kredit der Landesversicherungsanstalt verwerten. Der Staat gewährt der Gesellschaft Besiedelungszuschüsse bis zur Höhe von 400 000 M. pro Jahr, und zwar pro ha besiedelte Fläche je 10 M., ausserdem für jede Arbeiterstelle von höchstens 1,5 ha Fläche 800 M., für jede bäuerliche Ansiedlung von höchstens 15 ha Fläche 600 M. und für jede grössere Ansiedlung 400 M. Der Staat gibt aber diese Subvention nur da, wo der Arbeiter mehrfache Arbeitsgelegenheit findet und wo er in eine Gemeinde eingegliedert wird, also nicht für Arbeiterkolonien im Gutsbezirk. Zur Vermeidung enger wirtschaftlicher Abhängigkeit von einem einzelnen Arbeitgeber soll die Resthypothek auf dem Arbeiterrentengut nicht für den einzelnen Gutsbesitzer sondern für den Kreis eingetragen werden.

Nach einer vor wenigen Monaten im Druck erschienenen Denkschrift hat die *Ostpreussische Landgesellschaft* in den $2\frac{1}{2}$ Jahren ihrer Erstlingsarbeit 336 selbständige Stellen geschaffen, also mehr als die mit einem Kapital von 100 Mill. M. arbeitende Ansiedlungskommission in den ersten 3 Jahren ihrer Tätigkeit; denn die letztere konnte von 1886 bis 1888 nur 311 neue Stellen gründen. Von den bis Oktober 1908 verkauften Stellen umfassten 75 weniger als 2,5 ha, 115 waren Bauernstellen von 2,5 bis 10 ha, 137 solche von 10 bis 25 ha, und 35 Güter wiesen einen grösseren Flächeninhalt auf. Die Ansiedler haben eine jährliche Durchschnittsrente von 6,50 M. für den Morgen nackten Landes zu zahlen, wovon $\frac{3}{4}$ die an die Rentenbank zu zahlende Staatsrente einschliesslich $\frac{1}{2}$ % Amortisation darstellt. Die *Ostpreussische Landgesellschaft* hofft, dass ihre Tätigkeit dem Zug in die Industriebezirke des Westens, der alljährlich grosse Menschenmassen dem platten Land entfremdet, allmählich ein Ziel setzen werde.

×

×

Mecklenburgische Kolonisation

Der mittlere und kleine Grundbesitz auf dem unter Verwaltung des Finanzministeriums stehenden Domanium hat sich im Jahre 1908 um 110 Büdnerereien und 307 Häuslereien vermehrt, so dass am Schluss des Jahres 1908 ein Bestand von 7938 Büdnerereien und 11 274 Häuslereien vorhanden war. Während das Gebiet des mecklenburgischen Domaniums seit Jahrzehnten mit grossem Erfolg besiedelt wird, hat sich in dem ausgesprochenen Grossgüterdistrikt der Ritterschaft die innere Kolonisation erst in den letzten Jahren Bahn gebrochen. Seit 3 Jahren ist die *Mecklenburgische Ansiedlungsgesellschaft* A. G. zu Schwerin mit Eifer tätig. Sie hat im Jahr 1908 4112 Morgen Gutsland in Kleinbesitz umgewandelt und eine Dividende von 4 % auf das mit 50 % eingezahlte Aktienkapital von 1 Mill. M. verteilt. Im Gegensatz zu diesem Unternehmen, das eine reine Erwerbsgesellschaft ist, wurde im April dieses Jahres nach dem Vorgang ähnlicher Gründungen in den preussischen Provinzen Pommern, Ostpreussen, Hannover und Schleswig-Holstein auch in Mecklenburg eine gemeinnützige Kolonisationsanstalt gegründet: die *Mecklenburgische Bau- und Besiedlungsgenossenschaft*. Diese will im ritterschaftlichen Gebiet neue Dorfgemeinden mit zahlreichen Häusler- und Büdnerstellen und mit ausreichendem Gemeindegut schaffen und daneben zur Ergänzung der vom Staat ausgehenden Kolonisation für die sogenannten *Einlieger* besonders in den Domanialdörfern Arbeitermietehäuser errichten. Angeregt wurden diese Unternehmungen in erster Linie durch die Schriften Professor Ehrenbergs in Rostock und seiner Mitarbeiter über die Existenzbedingungen der mecklenburgischen Häusler und Einlieger und die Bedeutung der inneren Kolonisation für die Landarbeiterfrage.

Kleinsiedlungen

Über die von der Generalkommission zu Bromberg geschaffenen Kleinsiedlungen in Posen berichtet Regierungsrat Riechert, Spezialkommissar in Posen, im 5. Heft der *Schriften zur Förderung der innern Kolonisation* /Berlin, *Deutsche Landbuchhandlung*/. Mit der Sesshaftmachung von deutschen Arbeitern unter Mitwirkung der Bromberger Generalkommission beschäftigen sich gegenwärtig in der Provinz Posen 8 eingetragene Genossenschaften m. b. H. und 2 Gesellschaften m. b. H., ferner die A. G.

Landbank als Gründerin der grossen Kolonie Zabikowo bei Posen und 2 Rittergutsbesitzer. Diese nur in kleineren Bezirken wirkenden Unternehmungen, deren älteste erst seit 3 Jahren tätig sind, wollen die Bauernkolonisation der Ansiedlungskommission auf dem Gebiet der Kleinsiedlung ergänzen. Sie haben bis 1908 344 Stellen an landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter verkauft. Für 233 bereits auf die Rentenbank übernommene Stellen haben die meist der Arbeiterklasse angehörenden Erwerber einen Kaufpreis von 1 406 835 M. vereinbart und davon 175 835 M. bar angezahlt. Im übrigen haben sie eine jährliche Rentenbankrente von 40 533 M. aufzubringen und ausserdem 237 297 M. Resthypothen für die Rentengutsausgeber zu verzinsen. Die normale Industriearbeiterstelle umfasst $\frac{3}{4}$ bis $\frac{1}{4}$ Morgen und soll ausser Obst und Gemüse das Grünfutter für die Ziege und die Kartoffeln für das Schwein liefern, eine normale Landarbeiterstelle ist 4 bis 6 Morgen gross und soll bei intensiver Bewirtschaftung die Kuhhaltung ermöglichen. Die Stellen haben rasch Käufer mit genügender Anzahlung gefunden; zum Teil sind die Erwerber deutsche Rückwanderer aus Russland und Galizien. Über die Landarbeiteransiedlung des westpreussischen Kreises Briesen, der als erster preussischer Kommunalverband mit der Ansässigmachung landwirtschaftlicher Arbeiter vorgegangen ist, berichtet Richter-Zaskotsch im 5. Heft der genannten Schriftensammlung.

Rentengutsbildung

Über die Rentengutsbildung in den Provinzen Ostpreussen und Pommern gewährt die dem Abgeordnetenhaus vorgelegte Denkschrift über die Verwendung des Fonds zur Förderung der inneren Kolonisation in den Provinzen Ostpreussen und Pommern Aufschluss. Danach sind im Kalenderjahr 1907 in Ostpreussen 204 auf bisherigem Gutsland begründete Bauern- und Landarbeiterstellen mit insgesamt 3348 ha, in Pommern 269 Rentengüter mit 6539 ha auf die Rentenbank übernommen worden. »Die Käufer, heisst es in der Denkschrift, sind meistens bestrebt mittlere Stellen zu erwerben, auf denen sie mit ihrer Familie volle Beschäftigung finden und fremde Arbeitskräfte nicht nötig haben... Die wirtschaftliche Lage der Ansiedler ist durchweg zufriedenstellend.« Auf Grund des Ministerialerlasses vom 8. Januar 1908, der die Anwendung des Gesetzes vom 7. Juli 1891 auch auf Ren-

tengüter bis zur Mindestgrösse von 12,5 a anordnet, wurden in Preussen nach einer Zusammenstellung im *Ministerialblatt der landwirtschaftlichen Verwaltung* bis zum 1. Januar 1909 300 Rentengüter für landwirtschaftliche und 457 für nichtlandwirtschaftliche Arbeiter begründet und auf die Rentenbank übernommen. Im laufenden Jahr dürfte sich diese Zahl beträchtlich vergrössern, da sich die preussische Regierung auf grund der Verhandlungen des Landesökonomiekollegiums und des Abgeordnetenhauses entschlossen hat zunächst in den Provinzen Ostpreussen, Westpreussen und Posen mit der Arbeiteransiedlung auf Domänen vorzugehen.

Nach den vom Landwirtschaftsministerium alljährlich veröffentlichten Nachweisungen ergibt sich, dass auf grund des Gesetzes vom 7. Juli 1891 durch die Generalkommissionen bis Ende 1907 im ganzen 12 495 Rentengüter begründet und zu diesem Zweck 1597 Güter mit 151 035 ha aufgeteilt wurden. Von den ausgelegten Rentengütern umfassten 1288 unter 2½ ha, 2103 2½ bis 5 ha, 2021 5 bis 7½ ha, 1615 7½ bis 10 ha, 4294 10 bis 25 ha, 1174 über 25 ha. Es wurden unter Mitwirkung der Generalkommissionen in Pommern 48 651 ha Gutsländ, in Westpreussen 38 645 ha, in Ostpreussen 23 035 ha, in Posen 17 079, in Schlesien 8934 ha, in Schleswig-Holstein 5468, in Brandenburg 4235 und in Westfalen 3188 ha in Kleinbetriebe aufgeteilt. Die Bildung von Kleinbesitz durch die Ansiedlungskommission und durch private Parzellierer ohne Inanspruchnahme der Generalkommissionen ist natürlich in diesen Zahlen nicht einbezogen.

× **Kurze Chronik** Am 28. Mai dieses Jahres wurde in Kiel die *Schleswig-holsteinische gemeinnützige Siedelungsgenossenschaft* gegründet. Ihr gehören alle wichtigeren öffentlich-rechtlichen Korporationen der Provinz an: der Provinzialverband, die Landschaft, der landwirtschaftliche Kreditverband, die Kreis kommunalverbände, der Zollfonds, die Landesversicherungsanstalt, die Landesbrandkasse, die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und die Landwirtschaftskammer. × Die ähnlich zusammengesetzte *Hannoversche gemeinnützige Ansiedlungsgesellschaft* hat in ihrem 2. Geschäftsjahr mehrere Heide- und Moorkomplexe urbar gemacht, das neugewonnene Kultur-

land und mehrere grössere Höfe an Kleinbesitzer aufgeteilt und dadurch bei einem Betriebskapital von 150 000 M. einen Reingewinn von 19 000 M. erzielt. Natürlich hat die junge Kolonisationsanstalt damit ihre Leistungsfähigkeit noch nicht vollständig entfaltet. × Die *A. G. Landbank* in Berlin hat im Geschäftsjahr 1908 auf 9 Gütern gesiedelt und 281 selbständige kleinere Stellen verkauft. × Die polnische landwirtschaftliche Parzellierungsgenossenschaft in Posen (*Spolka rolnikow parcelacyjna*) hat im Jahr 1908 einen Gesamtumsatz von 16 871 947 M. erzielt und 65 000 Morgen aufgeteilt, und zwar, da das Gesetz vom 10. August 1904 den Polen die Begründung neuer Gehöfte nahezu unmöglich macht, entweder durch Adjazentenparzellierung, das heisst durch Verkauf an benachbarte polnische Kleinwirte, oder durch Ausbauparzellierung, das heisst durch Herrichtung der alten Gutsgebäude und Instkaten zu Wohnstätten für neue bäuerliche Ansiedler. Über die Parzellierungstätigkeit der übrigen polnischen Kampfinstitute, besonders der sehr bedeutenden *Bank parcelacyjni* während des letzten Jahres sind mir zuverlässige Zahlen nicht bekannt geworden.

× **Literatur** Wir besitzen zahlreiche vorzügliche Spezialwerke über einzelne Gebiete der innern Kolonisation aus den Federn Serings, Stumpfes, Metz', Belgards, Bernhards, Gerlachs, Sohnrays und anderer. Das grundlegende Werk des frühern Präsidenten der Frankfurter Generalkommission Metz *Innere Kolonisation in den Provinzen Brandenburg und Pommern 1891 bis 1907* wird jetzt durch zwei Schriften bis zur Gegenwart fortgeführt. Diese Schriften sind *Neuntze Aus der Praxis der innern Kolonisation* /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/ und *Pagenkopf Die innere Kolonisation, ihr Ziel und ihr gegenwärtiger Stand* /Berlin, Parey/. Obwohl beide Werke von verantwortlichen Generalkommissionsmitgliedern verfasst sind, muss ihnen im Tatsächlichen unbedingt Glauben geschenkt werden. Das Studium dieser und anderer Bücher und die Besichtigung der in den östlichen Provinzen geschaffenen Ansiedlungen lehrt, dass kaum auf einem andern Gebiet die in einem grossen Teil unserer Partei noch vorherrschenden Anschauungen so dringlich der Revision bedürfen wie auf dem der innern Kolonisation.